

Internationale Münchner Friedenskonferenz

2014

31.1. - 2.2. 2014

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von

Aminata Traoré

Mohssen Massarrat

Bettina Gruber

Hep Monatzeder

Günter Wippel

Clemens Ronnefeldt

Mouna Sabbagh

Christiane Reymann

Hans-Christof von Sponeck

Ute Finckh-Krämer

Brigitte Wolf

Angelika Holterman

www.friedenskonferenz.info



**Frieden und Gerechtigkeit
gestalten - NEIN zum Krieg**

Impressum

Dokumentation der Internationalen
Münchener Friedenskonferenz 2014

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 31.1. – 2.2. 2014

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer,
Gudrun Haas, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Übersetzungen: Regina Prokopetz

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, Heinz Staudacher

Gesetzt aus Charis SIL, Pigiarniq und Perpetua

Bildmaterial: Sue Dürr, Antje Wagner, Martin Pilgram, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Mitglieder des Ehren-Kurats:

- Prof. Dr. Hans-Peter Dürr †, Träger des Alternativen Nobelpreises;
- Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak;
- Dr. Franz Alt, Publizist;
- Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter;
- Konstantin Wecker, Liedermacher, Komponist, Autor
- Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Friedens- und Konfliktforschung

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 64 bis 67):

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Abschied von Hans-Peter Dürr		4
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“		8
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ am 31.1.2014 im Literaturhaus		9
Einleitung, Moderation	Clemens Ronnefeldt	9
Grußwort der Landeshauptstadt München	Hep Monatzeder	11
Friedensbildung im Alpen-Adria-Raum	Bettina Gruber	13
Frieden für den Nahen und Mittleren Osten	Mohssen Massarrat	18
Perspektiven für Frieden und Entwicklung in Mali	Aminata Traoré	23
Bericht aus dem Gesprächsforum am 1.2.2014 mit Aminata Traoré, Günter Wippel und Mohssen Massarrat		28
Bericht von der Aktuellen Runde Moderation	Angelika Holterman	34
Grußwort	Brigitte Wolf	34
Bericht von der Diskussion mit Mouna Sabbagh, Hans-Christof von Sponeck, Christiane Reymann, Ute Finckh-Krämer		36
Friedensgebet der Religionen am 2.2.2014 im Pfarrsaal St. Anna		54
Informationen zu den Mitwirkenden		56
Informationen zu den Trägerorganisationen		68
Orientalischer Tanz: Mouna Sabbagh		

In Erinnerung an Hans-Peter Dürr

Ein Kämpfer ist von uns gegangen

Am 7. Oktober hätten wir seinen 85. Geburtstag gefeiert, dieses müssen wir nun ohne ihn tun. Am 18. Mai 2014 verstarb Hans-Peter Dürr.

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen. Vieles verbinden wir mit seinem intensiven, ja rastlosen Leben: Ein großartiger kritischer Physiker, der sich und seine Wissenschaft immer wieder selbstkritisch und reflektierend hinterfragt hat, der die Erkenntnis der Grenzen des Planeten Erde auch als die Anforderung an Wissenschaft und Forschung verstanden wissen wollte, der unermüdlich für einen Paradigmenwechsel auch in der Wissenschaft eintrat.

Grenzen waren für ihn etwas ungeheuer Wichtiges, sie zu erkennen und nach ihnen zu leben sein Plädoyer; Maß halten und den Frieden mit der Natur

zu suchen seine leidenschaftlich vorgetragene Forderung: „Unser Lebensstil in der westlichen Welt – auf alle übertragen – würde die Erde bei weitem überfordern, dazu bräuchten wir mindestens fünf neue Erden“

Diese Erkenntnis veranlasste ihn zu einer radikalen grundsätzlichen Kritik am westlichen kapitalistischen System. Diese Kritik brachte er immer wieder – vor – oft kontrovers – auch und besonders in einer Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, als viele schon das Ende der Geschichte nahen sahen. Er wusste, solange die Natur so ausgebeutet und zerstört wird, ist ein friedliches harmonisches Leben nicht möglich. Deshalb war er grundsätzlicher Gegner der Atomenergie und ein Streiter für die Energiewende hin zu den Erneuerbaren – besonders als solche Position noch nicht populär war.

Gegen den Strom zu schwimmen, zeichnete ihn aus

Frieden – das war sein Lebenselixier, seit er als junger Mensch die Bombennächte von München überlebte. Für



den Frieden engagierte er sich als junger Student im leidenschaftlichen Streit mit dem Atombombenbauer E. Teller. Atomaffen abschaffen – immer wieder hat er diese Forderung wiederholt und dafür gestritten, diesen Weg unbeirrbar weiter zu gehen. Allen Widerständen zum Trotz. Das wahnwitzige SDI-Programm eines Ronald Reagan hat er mitverhindert. Ihm gelang seine eigene Prophezeiung: Lasst uns SDI zu einem „dirty word“ machen. Dafür wurde er mit dem Right Livelihood Award ausgezeichnet (dem Alternativen Nobelpreis). In der Begründung für diesen Preis heißt es „in Anerkennung seiner fundierten Kritik der strategischen Verteidigungsinitiative und seiner Arbeit, hochentwickelte Technologien zu friedlichen Zwecken nutzbar zu machen“ erhält Hans Peter Dürr diesen Preis.

Krieg war ihm ein Graus. Deswegen engagierte er sich für die zivile Konfliktbearbeitung, für

die Friedenswissenschaft und war ein konsequenter Gegner der Interventionspolitik auf beiden Seiten des Atlantiks.

Für den Frieden zu streiten, dafür war ihm keine Veranstaltung zu klein, keine Reise zu weit. Er war bei den großen Friedensdemonstrationen der Friedensbewegung (oft als begeisterter Redner) ebenso dabei, wie bei den Friedenskongressen der Naturwissenschaftler („Mainzer 23“) oder bei den Veranstaltungen zur Münchner Sicherheitskonferenz. Diese Aktivitäten setzte er als Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, als Beiratsmitglied der Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für den Frieden, im Rahmen von Pugwash International und vielen anderen Organisationen intensiv fort. Dabei scheute er nie die Mühen der Ebenen, die tagtägliche oft frustrierende Kleinarbeit.



Weltweit und in unserem Land war seine Vernetzung einzigartig – in der Zivilgesellschaft, in der Politik und auch mit der Wirtschaft. Folgerichtig wurde er einer der

Berater von Michael Gorbatschow, der allen Widerständen zum Trotz (und letztendlich trotz seines Scheiterns) maßgeblich zur Überwindung der Ost-West Konfrontation, des Kalten Krieges beitrug.

Er wollte die Kontroverse und überzeugen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die großen Herausforderungen Frieden, Gerechtigkeit und Überleben des Planeten gewinnen.

Es ist ihm gelungen. Wir werden seine Arbeit fortsetzen, wir werden uns an vieles von ihm immer wieder erinnern: seine plastischen Beispiele, seine bildhafte Sprache, seine Überzeugungskraft, seine Ausdauer.

Lieber Peter, in diesem Sinne machen wir weiter. Du wirst uns fehlen.

*Berlin, den 19.05.2014
Reiner Braun
Geschäftsführer IALANA*



Neues Denken für eine Welt im Umbruch

*„Ein Baum, der fällt, macht mehr Lärm, als ein Wald, der wächst. Lasst uns deshalb dem wachsenden Wald lauschen!“
eine von Hans-Peter Dürr oft zitierte tibetische Weisheit*

Eine der großen Gestalten der Gegenwart ist aus dem Leben gegangen. Hans-Peter Dürr, Quantenphysiker und Philosoph, Brückenbauer zwischen Naturwissenschaften und Spiritualität, Zukunftsdenker und zivilgesellschaftlicher Aktivist, Träger des Alternativen Nobelpreises und mit der Wissenschaftler-Vereinigung PUGWASH auch Friedensnobelpreisträger, ist im Alter von 84 Jahren nach langer Krankheit in München gestorben.

Das letzte Vierteljahrhundert seines Lebens war es ihm ein zentrales Anliegen, mit der von ihm gegründeten Initiative „Global Challenges Network“ (GCN) die weltweiten Antworten auf die bedrohlichen Herausforderungen der Gegenwart in einem globalen Netzwerk zu verbinden.

Vordenker der Friedensbewegung

Sein Einfluss auf Kultur und Politik in München, Deutschland und der ganzen Welt war immens. Als Vordenker der Friedensbewegung konnte der Atomphysiker mit wissenschaftlichen Argumenten der Aufrüstung entgegenreten und die Gefahren der Nukleartechnik aufzeigen. Als Netzwerker verband er weltweit Wissenschaftler gegen die US-amerikanische Rüstungsinitiative ‚Star Wars‘ und ihrem im Weltraum geplanten Abwehrschild und trug so dazu bei, die Rüstungsspirale zu bremsen. Als wortgewandter Kritiker von gefährlichen technologischen Megaprojekten prägte er das Verständnis von Nachhaltigkeit und Zukunftsforschung. Als Aktivist und Mitgestalter bei Greenpeace, zahlreichen internationalen Vereinigungen wie dem ‚Worldwatch Institute‘ oder dem ‚World Future Council‘ gestaltete er den globalen zivilgesellschaftlichen Kampf für eine ‚bessere Welt‘. Als Brückenbauer zwischen Naturwissenschaft und ganzheitlichen Weltbildern arbeitete er mit an der Entstehung eines neuen ganzheitlich-systemischen Weltbildes. Als engagierter Wissenschaftler appellierte er immer wieder an seine Kollegen, Verantwortung zu übernehmen und ihr wachsendes Wissen für die Zukunftsfähigkeit einzusetzen, anstatt die Zerstörung der Welt zu beschleunigen.



Passionierter Grenzgänger

Hans-Peter Dürr bot als Denker, Wissenschaftler, Aktivist und selber Suchender vielen Menschen eine Orientierung und wurde mit zunehmendem Alter immer mehr zu einer moralischen Instanz in einer zunehmend krisengeschüttelten Welt.

Auch wenn er die Grenzen der Physik als akademische Disziplin immer wieder überschritt, sprach der Quantenphysiker und Alternative Nobelpreisträger Hans-Peter Dürr immer auch als Naturwissenschaftler.

Sein Antrieb, Physiker zu werden und insbesondere zu den Atomen, den Atomkernen und Elementarteilchen hinauzusteigen, entsprang nach Krieg und Zusammenbruch dem Wunsch, „zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält“. Dass Hans-Peter Dürr auf dem Wege hinunter „ins Innerste der Welt“ nicht nur „Philosophen“ wie dem Nobelpreisträger Werner Heisenberg begegnete, sondern mit Edward Teller auch Kernphysikern, die Atombomben bauten, war nicht seine Absicht. Es war aber Grund und Anlass für ihn, ein „passionierter Grenzgänger“ zu werden. Ihm wurde die Ambivalenz der Forschung deutlich: dass tiefe Einsichten auch unmittelbar zu Kenntnissen führen, die unsere Lebenswelt einschneidend verändern, ja sie zerstören können.

Die Erkenntnisse aus der modernen Quantenphysik, die in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts das naturwissenschaftliche Weltbild revolutioniert haben, jedoch bislang spurlos in unserem Alltagsverständnis von Natur geblieben sind, wiesen für ihn den Weg in die Zukunftsfähigkeit. Dieses „Neue Denken“ mit den darin enthaltenen konstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten zu vermitteln – das war sein Anliegen.

Welt als Beziehung

Dies „neue Denken“ bedeutet die Überwindung des materialistischen Weltbilds durch die Erkenntnis der Quantenphysik, dass Materie nicht aus Materie aufgebaut ist. Bei der Suche nach dem „Kern“ der Materie entdecken wir eine Welt, die in der Deutung von Hans-Peter Dürr mehr dem Geistigen ähnelt: eine Welt voller Möglichkeiten – ganzheitlich, offen, lebendig. Auch wir Menschen sind, so Dürr, „nicht Teile einer Wirklichkeit, sondern beteiligt an einer Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit wird in jedem Augenblick neu geschaffen, und so bereichert jeder kreative Beitrag von uns die Wirklichkeit unserer Zukunft.“ Hans-Peter Dürr wurde in seinen zahllosen Vorträgen und Schriften nicht müde zu erklären, dass in der Natur alles mit allem auf höchst subtile Weise zusammenhängt und es daher gilt, aus dieser universellen Verbundenheit heraus zu denken und zu handeln. „Wir denken immer noch in den Strukturen des 19. Jahrhunderts und kleben an der Illusion, dass es mit List und Tücke gelingen wird, die Welt in den Griff zu bekommen. Wir haben lange genug an den Ästen gesägt, auf denen wir sitzen. Jetzt wird es Zeit, unseren Platz im Ganzen der Natur neu zu definieren und uns endlich als Teil eines Gesamtprozesses zu verstehen und damit die Chance zu ergreifen, dass jeder und jede von uns einen Teil dazu beitragen kann, das Lebendige lebendiger werden zu lassen.“

Hans-Peter Dürr begeisterte und ermutigte. Er machte Mut zu einem anderen Denken, Mut zu einem anderen Leben. Die Zukunft ist offen, lautete sein Credo – alles ist gestaltbar.

Netzwerke der Zukunft

Ihm gelang es in Vorträgen und Gesprächen, mit seiner bilderreichen Sprache diese abstrakten, von der neuen Physik gespeisten Einsichten verständlich darzulegen und deren Konsequenzen für den politischen und persönlichen Alltag aufzuzeigen. Für ihn war die Zeit reif für einen gesellschaftlichen Wandel. Er selbst wollte aktiv diesen Wandel vorantreiben und gründete 1987 sein Global Challenges Network (GCN e.V.), damals ein fast unverständlicher Namen für eine Initiative. Das Internet steckte noch in den Kinderschuhe und die globalen Herausforderungen waren im Kalten Krieg eingefroren.

Doch Hans-Peter Dürr war Weltenbürger und ein genauer Beobachter. „Es ist ein zunehmender Prozess der Vernetzung von Initiativen und der Kooperation zwischen ihnen zu beobachten. Was entsteht, ist ein lebendiges Netzwerk. Wichtig wird sein, ob es uns gelingt, eine „kritische Masse“ zu werden, um wirklich einen Prozess in Gang zu setzen und wir nicht einzelne Rufer in der Wüste bleiben. Diese Lernprozesse sind langsam, aber wir dürfen nicht die Geduld verlieren“.

Deswegen gründete er GCN. Die digitale Vernetzung nahm an Fahrt auf. Aus seiner Vision eines globalen Netzwerkes, das sich den vielen aktuellen Herausforderungen stellt, ist heute die Internetplattform WorkNet:future entstanden – eine stetig wachsende und anschauliche Enzyklopädie von zukunftsfähigen Initiativen und deren Projekten.



Hans-Peter Dürr hat in seinen letzten Lebensjahren diese Verwirklichung seiner Vision begeistert begleitet. Weil er immer unerschütterlich daran festgehalten hat, dass es außerhalb der von Menschen behaupteten Macht und konstruierten Ordnung auf unserem Globus noch etwas anderes gibt: eine realisierbare Vision einer solidarischen, achtsamen Gesellschaft. Lokale und weltumspannende Netzwerke bilden deshalb ein spürbares Gegengewicht zu globalen Irrungen und bereiten den nachhaltigen Umbau unserer Zivilisation vor. Seine Organisation GCN wird weiter an der Sichtbarmachung des globalen Engagements arbeiten.

Ein Pionier der Zukunft ist gegangen. Die Spuren, die er gelegt hat, werden bleiben. „Wenn ich sterbe“, so sagte er kurz vor seinem Tod, „habe ich kein Bewusstsein mehr, aber das, was ich gedacht habe, ist im Hintergrund aufgehoben. Es hat sich mit dem Weltgeist vermengt, hat das Gesamte als Information beeinflusst und steckt darin.“

München, den 19. Mai 2014

Frauke Liesenborghs, Geschäftsführung GCN e.V.

Geseko von Lüpke, Vorstand GCN e.V.

*Manuel Schneider, Geschäftsführung oekom e.V.
und Selbach-Umwelt-Stiftung*

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten - also vorwiegend den Staaten der NATO - vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UNO-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzähligen Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Ein Umsteuern ist notwendig - zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.*

Von der Bundesregierung erwarten wir:

Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels

Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben

Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung

Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.

Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.

- Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Die inhaltlichen Beiträge zu den Friedenskonferenzen sind dokumentiert unter www.friedenskonferenz.info

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten



Clemens Ronnefeldt

Moderator

Einführung

Liebe Besucherinnen und Besucher, in diesem Jahr jährt sich der Beginn des 1. Weltkrieges zum einhundersten Mal,

vor 75 Jahren begann der 2. Weltkrieg. Warum ist das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden nur so erstaunlich kurz?

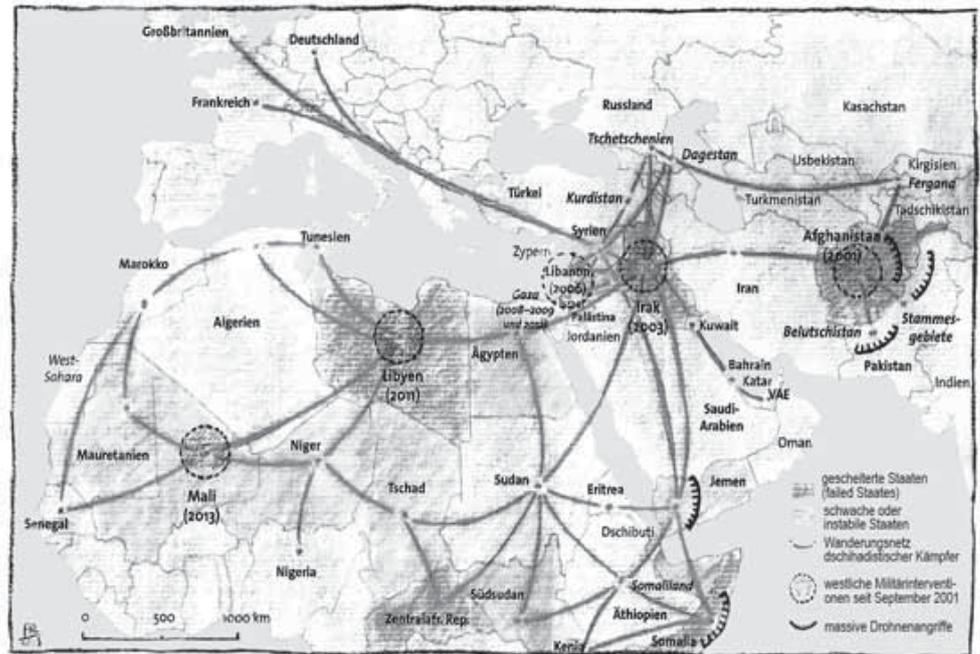
In den letzten Tagen hat die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für ein stärkeres militä-

risches Engagement in Krisengebieten geworben und von möglichen Einsätzen der Bundeswehr in Mali und Zentralafrika gesprochen. Bei einer Rede an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg erklärte Bundespräsident Joachim Gauck, die Bundeswehr sei „Stütze unserer Freiheit“, „Armee des Volkes“, „Teil des Demokratiewunders“, und „Friedensmotor für das große Wir“. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung bewaffneter Drohnen sagte der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maiziere: „Ethisch ist eine Waffe stets als neutral zu betrachten“.

Saudi-Arabien ist im Jahre 2012 auf dem ersten Empfängerplatz deutscher Rüstungsexporte weltweit angelangt - angesichts der Menschenrechtslage dieses Landes für mich ein Skandal allererster Ordnung. Ich möchte heute Abend den im Bayrischen Hof versammelten deutschen Politikerinnen und Politikern in Erinnerung rufen, dass die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes und das strikte Gewaltverbot nach Artikel 2,4 der UN-Charta noch immer den Bezugsrahmen darstellen, an dem sich deutsche Friedenspolitik zu orientieren hat.

Aus „Le Monde Diplomatique“ habe ich eine Karte mitgebracht, welche die gescheiterten militärischen Interventionen und Kriege der letzten Jahre im Überblick zeigt:

2001 in Afghanistan, 2003 im Irak, 2006: Sommerkrieg zwischen Israel und Libanon, 2008/2009 und 2012: Bombardierungen des Gazastreifens, 2011: Militärintervention in Libyen, 2013: Militärintervention in Mali, 2014: Militärintervention in der Zentralafrikanischen Republik.



PHILIPPE NÉKACEWICZ

Die Verbindungslinien zeigen die Wanderbewegungen dschihadistischer Kämpfer, die überwiegend von Saudi-Arabien für ihren Söldnerinsatz bezahlt werden.

Sämtliche Interventionen und Kriege führten zu unsäglichem Leid, keine einzige erreichte positive Ziele wie ein Mehr an Demokratie oder eine Verbesserung der Lebensqualität für die betroffenen Menschen.

Es ginge auch anders - und für diese zivilen Alternativen möchten wir heute Abend werben: Die beiden US-Wissenschaftlerinnen **Erica Chenoweth** und **Maria J.**

Stephan untersuchten alle Aufstände oder Revolutionen zwischen den Jahren 1900 und 2006. Es waren insgesamt 323, davon waren 105 gewaltfrei und 218 bewaffnet. Manche hatten sowohl gewaltfrei wie bewaffnete Elemente. Als „Erfolg“ definierten die beiden Autorinnen, wenn ein Jahr nach dem Höhepunkt der jeweiligen Aufstände oder Revolutionen die wichtigsten zuvor genannten Ziele erreicht worden waren, z.B. der Sturz eines Diktators und die Durchführung freier Wahlen.

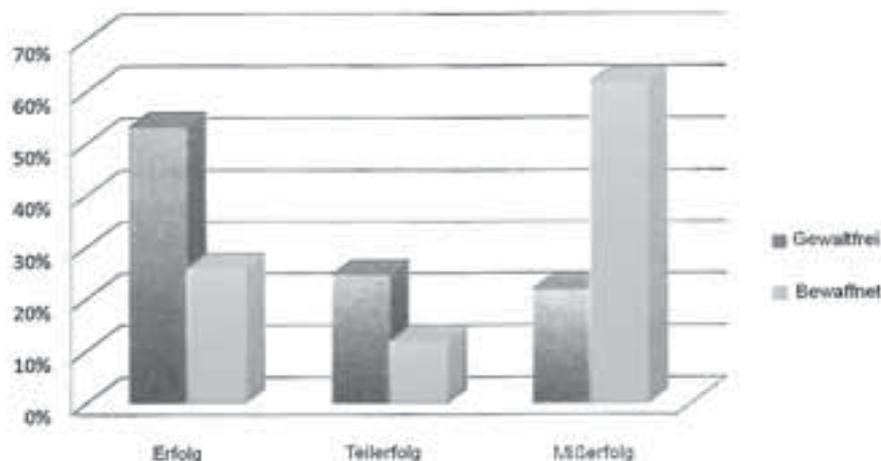
Die Untersuchungsergebnisse zeigen beim ersten Säulenpaar links,

dass gewaltfreie Kampagnen etwa doppelt so häufig zum jeweiligen Erfolg führten, wie die Ausübung von Gewalt.

Das mittlere Säulenpaar verdeutlicht, dass dort, wo nur Teilerfolge errungen werden konnten, Gewaltfreiheit doppelt so effektiv war wie Gewalt.

In allen Fällen von Misserfolgen - rechtes Säulenpaar - fanden sich rund dreimal mehr gewaltsame als gewaltfreie Kampagnen.

Ich möchte allen im Bayrischen Hof Versammelten Außen- und Verteidigungsminister die Lektüre dieser Studie wärmstens empfehlen.



Grußwort der Landeshauptstadt München

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München



als Bürgermeister der Landeshauptstadt München darf ich Sie zur 12. Internationalen Münchner Friedenskonferenz und dem Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ herzlich willkommen heißen - was mir wieder einmal eine große Freude ist. Wahrscheinlich - und leider - wird es in diesem Jahr auch mein letztes Grußwort auf der Konferenz als Bürgermeister sein, denn - wie Sie ja wissen - wird meine Amtszeit nach der Kommunalwahl im April enden.

Bleiben wir zunächst bei den „traurigen“ Nachrichten:

Leider war der angestammte Saal im Alten Münchner Rathaus dieses Jahr schon so frühzeitig belegt, dass die Friedenskonferenz wieder einmal ausweichen musste.

Nun wird es aber endlich etwas positiver: Mit dem Literaturhaus hier am Salvatorplatz haben Sie nämlich einen wunderbaren Ort gefunden, der mit Sicherheit das richtige Ambiente für spannende und inspirierende Diskussionen bieten wird. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für das DGB-Haus in der Schwanthalerstraße, wo es morgen weitergeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Jahr haben einige denkwürdige Ereignisse in Sachen Krieg und Frieden Jubiläum: Der 1. Weltkrieg begann vor 100 Jahren, der 2. Weltkrieg vor 75 Jahren.

Vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer und die Grenze der beiden getrennten deutschen Staaten öffnete sich. Dieses Ereignis und das darauffolgende Ende des Kalten

Krieges weckten große Hoffnungen auf eine friedlichere und sicherere Welt, die - wie wir alle wissen - freilich allzu rasch bitter enttäuscht wurden. Diese Enttäuschung hält nach wie vor an, sehen wir uns doch jedes Jahr konfrontiert mit neuen Kriegen und gewaltsamen Konflikten in vielen Regionen der Welt.

Daran hat auch die Münchner Sicherheitskonferenz, die frühere „Wehrkundetagung“, nichts geändert, obwohl sie heuer bereits zum 50. Mal stattfindet. Auch dieses Jahr werden drüben im Bayerischen Hof wieder zahlreiche hohe Repräsentanten aus Militär und Rüstungsindustrie, aus Politik und Wirtschaft diskutieren, wie unsere Welt „sicherer“ gemacht werden kann. Ich möchte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz den Titel von Bertha von Suttners großem Antikriegsroman (übrigens erschienen vor 125 Jahren) entgegenhalten: „Die Waffen nieder!“.

Denn seit einem halben Jahrhundert fußt die Sicherheitskonferenz auf einer falschen Logik:

Um die Welt sicherer und friedlicher zu machen, braucht es nicht noch mehr Waffen, Soldaten und Militäreinsätze, sondern viel mehr zivile und friedliche Lösungsansätze. Statt lediglich an den Sympto-



men von Krisen herumzudoktern und den Blick auf vordergründige Interessen von Konflikt- und Kriegsparteien, auf militärische Strategie und auf einen staatszentrierten Sicherheitsbegriff zu reduzieren, müssen wir uns den tatsächlichen Konfliktursachen zuwenden, die da heißen: eine ungerechte Verteilung von Wohlstand, Ressourcen und Lebenschancen, damit einhergehend Perspektivlosigkeit und bittere Armut, aber auch oftmals eine lebensbedrohliche Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zwar profitieren wir in Europa von der Friedensdividende der Europäischen Einigung und kriegerische Auseinandersetzungen sind innerhalb Europas nicht mehr

denkbar; blicken wir jedoch über den Tellerrand, so sehen wir, dass es gerade auch unser westlicher Lebensstil ist, der die Brandherde weiter befeuert. Uran aus Mali für westliche Kernkraftwerke, Coltan aus der Demokratischen Republik Kongo für unsere Mobiltelefone, Gold-, Silber- und Blut-Diamanten aus Krisengebieten für Schmuck und Hightech-Industrie – das alles sind Beispiele dafür, wie unser Konsumhunger Konflikte auslöst und am Laufen hält. Jede und jeder Einzelne von uns trägt hier eine Verantwortung und kann mit einem bewussteren Konsumverhalten etwas bewegen.

Wenn wir wirklich einen nachhaltigen Frieden erreichen wollen, müssen wir - und auch die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz täten gut daran - auf das große Ganze schauen: Wie können wir einer für alle Menschen gerechteren und friedlicheren Welt tatsächlich näher kommen?

Dies erreichen wir nur mit ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung, einem Dialog der Religionen und Kulturen auf Augenhöhe sowie vor allem mit einer fairen Handels- und Entwicklungspolitik. Natürlich - und gestatten Sie mir, dass ich das als grüner Bürgermeister besonders betone - sind wir auch zu großen Anstrengungen beim Schutz der Umwelt und des Klimas verpflichtet.

Ich bin deshalb sehr froh, dass die Organisatoren und Sie als Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nachlassen und dass ich heute die bereits 12. Münchner Friedenskonferenz eröffnen darf, die alternative und gewaltlose Lösungswege sucht und aufzeigt. Bedauerlicherweise haben die Organisatoren der Sicherheitskonferenz trotz intensiver Bemühungen des Vereins wieder keine Vertreter der Friedenskonferenz als Redner eingeladen. Immerhin können jedoch zwei Referenten der Friedenskonferenz mit Beob-

achterstatus an der Sicherheitskonferenz teilnehmen – nämlich Herr Prof. Dr. Mohssen Massarrat, der heute abend zu uns sprechen wird, und Herr Hans-Christof von Sponeck.

Damit möchte ich auch ganz herzlich die Referentinnen und den Referenten des heutigen Abends begrüßen: Frau Aminata Traore, die ehemalige Kultusministerin von Mali (1997-2000), Frau Dr. Bettina Gruber vom Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt und den gerade genannten Friedensforscher Herrn Prof. Massarrat.

Wir sind gespannt auf Ihre interessanten Ansätze und Beiträge. Ich wünsche der 12. Internationalen Münchner Friedenskonferenz ein gutes Gelingen und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr ertragreiche Diskussionen und einen spannenden Abend.



Friedensbildung im Alpen-Adria-Raum

Erfahrungen und Perspektiven

Frau Doktorin Bettina Gruber ist Stellvertretende Leiterin des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik an der Universität Klagenfurt.

Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte sind u. a. :

- Grenzüberschreitende Forschungsprojekte im Alpen-Adria-Raum
- Friedenspädagogik (Interkulturelles Lernen, Erinnerungskultur ...),
- Kulturwissenschaftliche Friedensforschung,
- Migrationsforschung und -politik

Im November 2011 war sie mit der Durchführung einer internationalen Konferenz zum Thema: „20 Jahre Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Erinnerungskultur und Friedensperspektiven“ betraut.

Im Jahre 2012 war sie mit einer Konferenz zur Friedensbildung im Alpen-Adria-Raum beschäftigt - und genau zu diesem Thema wird sie heute Abend auch zu uns sprechen.

Wieso thematisiere ich heute auf dieser Internationalen Friedenskonferenz den Alpen-Adria-Raum und Friedensbildung in diesem Zusammenhang?

In diesem Jahr jährt sich zum 100. Mal der Beginn des 1. Weltkrieges. Es gibt kaum eine Region in Europa, in der nahezu alle Kriege und gewalttätigen Konflikte des 20. Jahrhunderts so direkte und unmittelbare Folgen hatten, wie in dieser Region. Nirgends auf dem europäischen Kontinent hatten sich am Ende des 1. Weltkrieges auf so engem Raum so viele Konfliktherde gebildet wie in dieser Region (wir verstehen im engeren Sinn darunter den Raum Kärnten, Norditalien und Slowenien). Die Grenzziehungen



und die sich daraus ergebenden neuen Nationen mit ihren nationalen Minderheiten waren und sind Zündstoff über Generationen hinweg. Dies gilt bereits für den Ersten Weltkrieg, wo die Region Zankapfel und Frontlinie war; dies gilt für den antifaschistischen Widerstand, der hier begonnen hat, noch bevor in Deutschland die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, dies gilt für den Zweiten Weltkrieg, in dem es hier nicht nur zu regulären Kämpfen kam, sondern starke Partisanenbewegungen aktiv waren; dies gilt für den Kalten Krieg, als die Ost-West-Grenze direkt durch die Alpen-Adria-Region verlief und die Stadt Görz, wie Berlin, in zwei Teile spaltete. Dies gilt schließlich für den jugoslawischen Bürgerkrieg der 1990er Jahre, der nach Ansicht vieler Beobachter das Paradigma der „neuen Kriege“ abgab.¹

Zahlen und Fakten zu Toten und Vertriebenen

Von 1915 -1918 waren an der österr. Italienischen Front mindestens 6 Millionen Soldaten beider Heere und sehr viele Zivilisten betroffen.

1 Zitiert aus dem Vortrag von Werner Wintersteiner, „Krieg und Frieden. Am Beispiel der Alpen-Adria-Region“, gehalten am 13.11.2012 auf der Alpen-Adria-Konferenz in Villach, S. 1.

Die 12 Isonzoschlachten des Ersten Weltkrieges zwischen Italien und Österreich-Ungarn sind deshalb kaum ins breite Bewusstsein gedrungen, weil die Westfront mit ihren Material-Schlachten - man denke an Verdun - näherlag. Nach 1945 geriet das Isonzo-Schlachtfeld erst recht in Vergessenheit. So ist weitgehend unbekannt, dass die Kämpfe am Fluss Isonzo (heute ein Fluss in Slowenien) zwischen 1915 und 1917 auf beiden Seiten über eine Million Tote und eine schier unüberschaubare Zahl von Vermissten, Verwundeten und Verkrüppelten forderten.

Die Idee der ethnischen Homogenisierung in diesem Raum erlebte im Nationalsozialismus eine völlig neue Qualität. Die Umsiedlungen wurden zum Teil begleitet von einer ungeheuren Eskalation der Gewaltausübung. In den Jahren des Zusammenbruchs des faschistischen Italiens 1943 bis zur Mitte der 1950iger Jahre verließen mehrere hundert Tausende Bewohner italienischer Nationalität Istrien und das slowenische Küstenland. Gegen Kriegsende führte eine Gegenbewegung zu zwangsweisen Evakuierungen, Fluchtbewegungen und schließlich Vertreibungen in ungeheurem Ausmaß.

Immer wieder aufflammende internationale Debatten zeigen, dass diese Ereignisse bis heute nachwirken.

Die Region Alpen-Adria

Wie Nationen und nationale Geschichtsschreibungen konstruierte Realitäten darstellen, so ist

auch der Alpen-Adria-Raum als ein solches erschaffenes Gebilde zu verstehen. Der Begriff „Alpen-Adria-Raum“ ist ein imaginärer Akt, ein Akt des Vorstellens und Kreierens, für dessen Wirkungsmacht der Glaube und die Selbstbindung der Individuen an diesen Raum ausschlaggebend waren bzw. sein sollten und nicht eine vermeintlich objektive Realität, so die Historikerin Jurić-Pahor, (2011, S.319).

Es handelt sich bei dieser Form um eine soziale Konstruktion, die selbst geschaffen und hergestellt wurde. Damit diese bloße Erfindung zur gemeinsamen Realität wird und relevante Effekte erzielen kann, muss sie sich in den Köpfen der Menschen und in ihrem alltäglichen Leben manifestieren.

Tatsache scheint es aber zu sein, dass sich die ansässige Bevölkerung nur wenig mit der Alpen-Adria-Region als einem gemeinsamen Lebensraum identifiziert. Das ist zum Beispiel daran zu erkennen, wie wenig die Bevölkerungen von Kärnten, Slowenien und Friaul-Julisch-Venetien über ihre angrenzenden Nachbarregionen und Nachbarn wissen. Den wenigsten ist in Klagenfurt etwa bekannt, dass in und um Udine noch eine andere als die italienische Sprache gesprochen wird – nämlich das Friulanische. Eine ähnliche Unkenntnis gibt es auch in Udine hinsichtlich des zweisprachigen Kärnten, wo deutsch und slowenisch gesprochen wird. Wie soll man aber von einer gemeinsamen Realität ausgehen, wenn die Beteiligten diese gar nicht wahrnehmen? Die Alpen-Adria-Region als ein gemeinsamer Gestaltungsfaktor und Lebensraum braucht daher Strukturen, um dieses Unwissen zu überwinden, Begegnungen zu ermöglichen und Identifikationsangebote zu schaffen.

Die Wirtschaft wird mit dem fortschreitenden Abbau der Grenzbarrieren Gesetzen der Globalisierung folgend – ohne viel Mühe zueinander finden. Mühevoller wird sich der Abbau jener Grenzbarrieren gestalten, die besonders im nationalen Zeitalter im Bewusstsein der Menschen festgeschrieben wurden, so der Historiker Andreas Moritsch (Moritsch, 2001, S. 36). Die Bilder, die vom jeweils Anderen in der Alpen-Adria-Region bestehen, sind stereotypisch und oft auch sehr negativ. Diese (Feind-)Bilder klangen nach den beiden Kriegen aber nicht einfach ab, sondern „spielten eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der weiteren politischen Entwicklung der Region“ (Wintersteiner 2011, S. 66). Wenn aber tatsächlich ein gemeinsamer Lebensraum Alpen-Adria entstehen soll, muss es gerade in dieser Hinsicht zu einem gänzlichen Wandel in Richtung Akzeptanz und Vielfalt kommen.

Der Alpen-Adria Raum und seine geographische Lage

Der engere Alpen-Adria-Begriff umfasst mehr oder weniger das österreichisch-italienisch-slowenische Dreiländereck. In der Habsburgermonarchie war er immer wieder unter einem Dach vereint. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es aber zur endgültigen Trennung in drei Nationalstaaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine weitere Grenzverschiebung erfuhren. In Folge führte das Klima zwischen den verfeindeten Nationalstaaten und den weltpolitischen Blöcken (nach dem Zweiten Weltkrieg verlief zwischen Österreich und Jugoslawien sowie zwischen Italien und Jugoslawien die Systemgrenze zwischen Ost und West) zu einer ökonomischen Marginalisierung des Dreiländereckes und zu einer starken Entfremdung der Bevölkerungen.

Entscheidende politische Veränderungen entstanden durch die Aufnahme der Alpen-Adria-Länder in die Europäische Union: Zum Gründungsmitglied Italien kamen zunächst Österreich 1995, Slowe-

nien 2004 und schließlich Kroatien 2013 hinzu. Dennoch bestimmen die Folgen dieser kriegerischen Auseinandersetzungen bis heute das Alltagsbewusstsein und die Narrative, das heißt die jeweiligen nationalen Erzählungen der Bevölkerungen im Alpen-Adria-Raum und erschweren dauerhafte gewaltfreie Zukunftsszenarien.

Besonders die Kriege im ehemaligen Jugoslawien der 1990iger Jahre und deren Folgen bedeuteten einen herben Rückschlag in den Beziehungen der gesamten Region. Während dieser kriegerischen Auseinandersetzungen und danach zeigte sich, wie wichtig nachhaltige grenzüberschreitende Kooperationen mit den Nachbarstaaten sind und dass sich die Anstrengung der Entwicklung einer «Friedensregion Alpen-Adria» lohnt – auch im Hinblick auf die Möglichkeit, dabei ein Vorbild für andere Grenzregionen Europas zu sein.

Heute stellen sich eine Reihe von neuen Aufgaben, die mit dem alten Geist nicht mehr zu lösen sind. Schließlich sind alle Staaten des Alpen-Adria-Raums Mitglieder der Europäischen Union, also des „Friedensprojekts Europa“. Zugleich aber haben sich diese Staaten grundlegend verändert. Zu diesen „alten“ Nachbarschaften ist inzwischen eine neue Migration hinzugekommen, nicht mehr eine „Binnenmigration“ innerhalb des Alpen-Adria-Raums, sondern aus anderen Teilen Europas bzw. aus Afrika oder Asien. Das verändert die Zusammensetzung der Bevölkerung, die Sprachen, die in der Region gesprochen werden und die sozialen und kulturellen Praktiken. Die Globalisierung ist seither der Kontext und neue Rahmen, in dem sich auch die „traditionellen“ sogenannten Minderheitenkonflikte bewegen (Wintersteiner, 2012, S.5).

Als Vision und Idee eines friedlichen Europas im Kleinen steckt hier eine enorme Kraft. Damit diese Vision auch Wirklichkeit werden kann, bedarf es in der Region aber zunächst eines anderen Verständnisses von Kultur, als jenem dass Kulturen grundsätzlich Einheitlich-

keit und Kohärenz bedeuten.

Ich als Historikerin und Friedenspädagogin möchte hier heute den friedensbildnerischen Aspekt ins Zentrum rücken, der in Konfliktregionen maßgeblich für eine längerfristige Befriedung ist.

Friedensbildung heute

Friedensbildung (Learning Peace) ist heute ein umfassender friedens- und konfliktbezogener Ansatz, der sich nicht auf Friedenspädagogik im engeren Sinne, also schulische und jugendpädagogische Praxisfelder, beschränken lässt. Eine auf

diesem weiten Sinne nimmt dabei auch immer ökonomische, soziale, politische, kulturelle und religiöse Prozesse im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext in den Blick und analysiert, wie über Bildung weitergehende gesellschaftliche Prozesse angeregt werden können. In dieser Weise wird Konflikttransformation nicht mehr bloß als Ausgleich widerstreitender Interessen verstanden, sondern auch als Arbeit am Abgleich nationaler Narrative. Das hat zur Konsequenz, dass die Arbeitsfelder Konflikttransformation, Erinnerungspolitik und Friedenspädagogik zusammenzudenken sind.

konferenz, Bodensee-Konferenz, Euregio Neiß, Euregio Weinviertel genannt. Sie sind freiwillige Zusammenschlüsse über nationale Grenzen hinweg. Sie sehen sich nicht als neue Verwaltungsebene, sondern als ‚Bottom up‘ Initiative, basierend auf der Zusammenarbeit regionaler und lokaler Akteure (vgl. dazu Norbert Heukemes: 2008, 5).

Friedensbildung für den Alpen-Adria-Raum

Langfristig werden und können Kooperationen über die Grenzen in den oben beschriebenen Bereichen einen wesentlichen Beitrag leisten,

Räume und Regionen längerfristig zu befrieden, wenn sie von einer zukunftsweisenden Staaten- und Europa-politik begleitet werden; parallel dazu sind pädagogische Konzepte, Kooperationen zu initiieren und zu fördern.

Hier besteht im Sinne der Prävention vor allem die Notwendigkeit einer konzertierten Zusammenarbeit in der Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich und im Rahmen von grenzüberschreitender Schulentwicklung; im Weiteren ist vor allem die Entwicklung eines längerfristigen Gesamtkonzepts für die Region von hoher Relevanz, wie es die Vorbilder

„Deutsch-Französisches-Jugendwerk“ und auch das „Deutsch-Polnische

Jugendwerk“ ursprünglich gemeinsam andachten und bis in die Gegenwart umsetzen.

Kooperationen im Kontext der Friedensbildung im Alpen-Adria-Raum – einige Beispiele

Es gibt bereits viele grenzüberschreitende Initiativen seitens verschiedener Institute, Universitäten, Bildungsinstitutionen und NGO's



Frieden und konstruktive Konfliktbearbeitung bezogene Bildung versteht sich als pädagogisches Konzept, das sich auf gesellschaftliche Lernprozesse konzentriert. Es geht letztlich darum, wie Gesellschaften lernen, eine jahrhunderte bestehende Kultur der Gewalt abzulegen und Verhaltensweisen, Einstellungen und Konzepte einer Kultur des Friedens zu übernehmen.

Friedensbildung als Ausbildung einer Kultur des Friedens muss politische Veränderungen begleiten und vertiefen. Friedensbildung in

Alpen-Adria Raum als komplexe Grenzregion in Europa

In ganz Europa gibt es ähnliche grenzüberschreitende Regionen. Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF) an der Universität Tübingen erstellte ein Gutachten zu komplexen Grenz-Regionen. Hierbei wurden komplexe Regionen herausgefiltert, zu denen zum Beispiel auch die Alpen-Adria-Region gezählt wird; zudem wurden: Euregio Maas-Rhein, Großregion SaarLorLux Oberrhein-

im vorliegenden Raum. Seitens der Universitäten in Slowenien, Italien und Österreich wurden in den letzten Jahrzehnten gemeinsame Forschungsvorhaben umgesetzt – hier ist beispielhaft die Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt zu nennen, die im Rahmen ihrer verschiedenen Institute über die Grenzen forscht und arbeitet und es gibt im schulischen Bereich seit Jahrzehnten Schüleraustausch, Lehreraustausch und viele nachhaltige Projekte über die Grenzen.

Im Folgenden sollen vier Beispiele kurz skizziert werden.

Dialog Österreich-Slowenien- Projekt Zivile Konfliktbearbeitung

An unserem Zentrum läuft nun mehrjährig ein Projekt des Friedensforschers Wilfried Graf gemeinsam mit VertreterInnen aus Kärnten zum Thema "Herstellung eines Dialogs in Kärnten zwischen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischen Minderheit" - hier geht es unter anderem um die zusätzliche Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln, was die Mehrheit der Bevölkerung in Kärnten über Jahrzehnte verhindert hat. Es geht im Weiteren um die Initiierung eines umfassenden zivilgesellschaftlichen Dialogprozess zum Umgang mit Vergangenheit und Zukunft in Österreich und Slowenien und in weiterer Folge im Alpen-Adria-Raum - verstanden als Prozess ziviler Konfliktbearbeitung".

Die Schlüsselidee dahinter ist, in einem längerfristigen Prozess grenzüberschreitende Versöhnungsarbeit über die gemeinsame Auseinandersetzung mit nationalen Narrativen und einem Abgleich von ihnen, mit nachhaltiger Regionalentwicklung und interkultureller Bildung einzuleiten. Begonnen wurde das Projekt in einem Dialog zwischen dem Leiter des slowenischen Zentralverbands Kärntens und dem deutsch-nationalen Kärntner Heimatdienst, zwei zutiefst verfeindete Initiativen in Kärnten bis in die kurz zurückliegende Vergangenheit. Über die Begleitung und Moderation dieses Dialogprozesses durch unser Zent-

rum (Wilfried Graf) konnte ein wesentlicher Weg in Richtung Versöhnung gegangen werden. Die beiden ehemaligen Feinde Marjan Sturm und Josef Feldner sind heute in diesem Raum gemeinsam unterwegs, um Aussöhnung zwischen Mehrheit und slowenischer Minderheit herzustellen. Dieses Projekt wurde auf Dialogprozesse unter Konfliktparteien in Kärnten ausgedehnt und in den zwei Publikation „Kärnten neu denken“ und „Kärnten liegt am Meer“ dokumentiert. Das Projekt soll nun auf Slowenien und Italien ausgedehnt werden und in einem umfassenden Dialogprozess auf mehreren Ebenen münden.

Sommerfriedensuniversitäten im Alpen-Adria-Raum als friedenspädagogisches Lernarrangement in peripheren Grenzregionen

Ich bringe hier das Beispiel „Sommerfriedensuniversität“, wie sie 2009 von den Universitäten Klagenfurt, Koper und Udine in Tarcento in Italien umgesetzt wurde, an der Studierende aus der gesamten Alpen-Adria-Region teilnahmen und die von ExpertInnen zu Fragen der Friedenskultur im weitesten Sinn unterrichtet wurden; hier wurde ein Modell der Kooperation auf Universitätsebene geschaffen, das friedensfördernd in komplexen Grenzregionen Europa eingesetzt werden kann. In Interviews wurden seitens der Studierenden Kriegsgeschichte und damit verbundene nationale Erzählungen in Slowenien, Italien und Österreich erhoben – diese Ergebnisse wurden dann auf der Friedensuniversität gemeinsam bearbeitet und die unterschiedlichen Sichtweisen der Kriegsgeschichte und Verantwortung reflektiert. Gemeinsam entwickelten wir Friedensperspektiven für den AA-Raum.

Die aktive Nutzung von speziellem Wissen, das von Studierenden mitgebracht wird – einerseits über

² Bettina Gruber/Daniela Rippitsch (Hg.), Friedensregion Alpen-Adria. Lernerfahrungen in einer europäischen Grenzregion (Wochenschau Wissenschaft Schwalbach/Ts. 2011).

die Kompetenz verschiedener Sprachen, Dolmetschqualitäten und Know How über den Raum und auf künstlerisch-kreativer Ebene bedeutet einen Zugang zu neuen Lernformen und Methoden. Die zunehmende Internationalisierung und ihre Auswirkungen setzen solche Lernarrangements voraus; in diesen Modellen auf schulischer wie universitärer Ebene liegen nachhaltige Chancen der Friedensförderung und –erhaltung in Europa aber auch international. Die Konzeption und Durchführung wurden in einer Publikation dokumentiert.²

Die Europäische Jugendakademie 1990-2000

In einem zehnjährigen Prozesse wurden von uns in diesem Raum Jugendakademien durchgeführt – in einem jeweils zweijährigen Prozess arbeiteten verschiedene Schulen aus ganz Europa an Themen wie „Entwicklung einer Friedenskultur“, „Zusammenleben in Europa“, „Was ist Gutes Leben“ „Partizipation von Jugend in Europa“ zusammen; im jeweiligen Durchgang waren 10-14 Klassen beteiligt; nach Zwischentreffen von Lehrern und Schülern an verschiedenen Orten Europas und außerhalb Europas wie in Schweden, der Slowakei, in Italien, in Slowenien, in der Ukraine, auch mit Beteiligung von Kroatien und Bosnien während der Jugoslawienkriege in den 1990iger Jahren trafen sich am Höhepunkt der Zusammenarbeit immer an die 350-400 Schüler in Kärnten und arbeiteten eine Woche zu Fragen von Krieg, Gewalt, und Frieden intensiv miteinander und verbrachten ihre Freizeit zusammen. Die Konzeption und Durchführung wurden in einer Publikation dokumentiert.³

Bildungsk Kooperationen auf schulischer Ebene im Alpen-Adria-Raum

Im sogenannten Dreiländereck, der Grenzregion zwischen Österreich, Slowenien und Italien laufen eine

³ Hermann Bürger/Bettina Gruber/Werner Wintersteiner (Hg.), Erziehung zur interkulturellen Verständigung. Das Handbuch der Europäischen Jugendakademie (Studienverlag: Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002).

Reihe von Aktivitäten genannt „Drei Hände–Tri roke–tre mani“, die die Region zueinander öffnen soll und den dort lebenden Kindern und Jugendlichen interkulturelle, transkulturelle und drei- bzw. mehrsprachige Bildungschancen bieten möchte – dies läuft über Sprachkurse in Deutsch, Italienisch, Slowenisch, Lehreraustausch und regelmäßige Begegnungen von Eltern und Kindern über die Grenzen; diese Kooperation läuft derzeit auf Kinderebene und soll auf der Schulebene weiter ausgebaut werden. Die gemeinsame Vision aller Beteiligten: „Dreisprachig vom Kindergarten bis zum Abitur“ steht im Zentrum.

Resümée

Die vorliegenden Programme und Initiativen im Rahmen der Friedensarbeit sind wesentliche Meilensteine im Bereich der Bildung. In Zukunft wäre hier die Bündelung von bereits bestehenden Bemühungen im gesamten Alpen-Adria-Raum, notwendig. Hier sind Konferenzen zu Fragen der Friedensbildung als Initiierung von Kooperationen wesentlich, es sind regelmäßige Treffen zum Aufbau gemeinsamer Bildungsk Kooperationen sowie einer gemeinsamen Schulentwicklung in der Region relevant. Es müssen langfristige

kontinuierliche Strukturen geschaffen werden, damit die bereits eingeleiteten Vorhaben das Engagement einzelner engagierter Menschen überdauern können.

Ich möchte zum Schluss hier nochmals die Ziele dieser Konferenz aufgreifen und betonen, nämlich wie wesentlich dieser Anspruch eines zivilgesellschaftlichen Engagements und Handelns für Frieden, verstanden als Prozess ist und wie relevant es ist, dass dieses Handeln im Kontext der Friedensbildung, die Partizipation als einen der wesentlichen Faktoren ins Zentrum rückt, erlernt wird, um einerseits präventiv Kriege und Gewalt zu verhindern bzw. nach Konflikten Friedensbildung und zivile Konfliktbearbeitung zu initiieren, um zu ermöglichen, dass Räume wie der Alpen-Adria-Raum viel früher befriedet werden können.

Literatur:

Jurić Pahor Marija (2011): Grenzen, Schwellen, Übergänge: Überlegungen zum Alpen-Adria-Raum, in: Tschernokoshewa, Elka (Hrsg.), Dialogische Begegnungen. Minderheiten – Mehrheiten aus hybridologischer Sicht, Münster, S. 318-337.

Heukemes Norbert (2008): INTER-REG III Programm der EUREGIO MAAS-Rhein. Netzwerk Komplexer Grenzregionen. Ergebnisse der Fachtagung, 21.-23. April 2008 in Eupen (Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Eupen); www.dglive.be

Moritsch, Andreas (2001): Geographische Voraussetzungen der Geschichte der Alpen-Adria-Region, in: Moritsch, Andreas (Hrsg.), Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region, S. 11-36.

Wintersteiner, Werner (2011): „Zypressen. Krieg. Frieden. Kinder“. Krieg und Frieden am Beispiel der Alpen-Adria-Region, in: Gruber, Bettina/Ripptisch, Daniela (Hrsg.), Friedensregion Alpen-Adria. Lernerfahrungen in einer europäischen Grenzregion, Schwalbach/Ts., S. 57-92.

Wintersteiner Werner, Frieden braucht Strukturen. Transkulturellen Austausch und Mehrsprachigkeit im Alpen-Adria-Raum fördern, Manuskript, 13.5.2012.



Frieden für den Nahen und Mittleren Osten ?

Mohssen Massarrat ist in Teheran geboren und lebt seit 1961 in der Bundesrepublik Deutschland. Als Professor lehrte er unter anderem Internationale Politik, Friedens- und Konfliktstudien sowie Internationale Wirtschaftsbeziehungen mit dem Schwerpunkt Naher Osten und Mittlerer Osten.

2006 initiierte er das Konzept einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“, das er als Mitinitiator einer Arbeitsgruppe seither weiter vorantreibt.

Wir beide kennen uns seit sehr vielen Jahren. Es war eine große Ehre und noch größere Herausforderung für mich, als Mohssen Massarrat gemeinsam mit seinem Team mich anfragte, ob ich im Januar 2011 zusammen mit dem Journalisten Andreas Zumach eine Modellkonferenz in der evangelischen Akademie Bad Boll mit 27 Teilnehmenden aus neun Staaten moderieren möchte.

Jeweils zwei bis drei Vertreterinnen und Vertreter aus der Türkei, Syrien, Israel, Palästina, Jordanien, Irak, Iran und Kuwait waren gekommen, um über vier Tage ihre Friedensarbeit vorzustellen und länderübergreifende Querschnittsgruppen zu bilden zu den Themen: Atomwaffenfreie Zone, Interreligiöser Dialog, Friedenserziehung, Wasser und andere Ressourcen.

Diese Tage waren für mich eine der spannendsten Erfahrungen überhaupt, für die ich Dir sehr dankbar bin.



Ja, meine Damen und Herren, vielen herzlichen Dank für die Einführung und überhaupt für die Einladung und für den gelungenen Übergang mit dem orientalischen Tanz zu einem leider nicht allzu fröhlichen Thema.

Frieden ist notwendig, weil es in der Region Mittlerer und Naher Osten seit fast 50 Jahren bis jetzt nur Krieg, Zerstörung, Feindschaft, Zwietracht, Wettrüsten und viele, viele Kriege gibt. Auch wenn die Friedenshoffnung positiv ist, müssen wir uns dennoch für eine Weile mit der traurigen Realität beschäftigen, damit die Idee des Friedens und die spezifische Form des Friedens in dieser Region noch deutlicher herausragt aus dem ganzen Elend, das in der Region seit längerem existiert.

Zwei Konfliktbeispiele

Ich werde versuchen, anhand von zwei aktuellen und besonders prägnanten schwierigen Konflikten,

nämlich des syrischen Bürgerkriegs und des Iran-Atomkonflikts die Konfliktlinien zu beschreiben, um die Verflechtung, Hemmnisse und Schwierigkeiten deutlich zu machen, mit der diese Region in der Tat seit Anfang der 50er Jahre zu kämpfen hat.

Syrischer Bürgerkrieg

Zunächst einmal darf ich Ihnen erläutern, welche Konflikt-Positionen und Parteien im syrischen Bürgerkrieg festzustellen sind. Zum einen sind es Kräfte, die auf jeden Fall für Gewalt-Lösungen eintreten, einerseits gegen das Assad-Regime, andererseits für das Assad-Regime. Es gibt eine unheilige Allianz dieser Kräfte, die ich versucht habe, zu identifizieren. Zu dieser unheiligen Allianz – zunächst einmal auf der Seite der Gegner des Assad-Regimes: Der militärisch-industrielle Komplex im Hintergrund, der aufhören würde zu existieren - würden solche Kriege, solche

Konflikte in der Welt völlig ausgehen. Deswegen dürfen aus der Sicht der langfristigen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes weltweit, insbesondere aber in den Vereinigten Staaten, Konflikte niemals ausgehen. Deswegen können wir davon ausgehen, dass die amerikanischen Neokonservativen, die sehr nahe bei diesem Industriezweig stehen, im Sinne dieses Industriezweigs handeln und agieren. Sie haben sich bis jetzt in dem Bürgerkrieg stets für die Kriegslösung, für die gewaltsame Lösung, für die Waffenlieferung an die Opposition stark gemacht. Sie haben auch mit Regionalstaaten zusammen gearbeitet, die genau in diese Richtung handeln, dazu zählen Saudi-Arabien, Katar, Israel ohnehin, weil Israel schon seit längeren unabhängig von dem Bürgerkrieg mit Syrien in einem ungelösten Konflikt steht, und leider auch die Türkei, die im Prinzip nicht unbedingt zu diesem Lager gehören muss, aber nun aufgrund einer traurig falschen Entscheidung der Regierung, Kriegspartei geworden ist, in Abweichung von der eigenen ursprünglichen Politik, einer Politik der „Null-Probleme mit den Nachbarstaaten“. Die Türkei hat diese Linie verlassen - aus Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann - und ist Kriegspartei geworden.

Diese Allianz verfolgt das Ziel, einen Regime-Change herbei zu führen, also das Assad-Regime gewaltsam zu stürzen und darüber hinaus auch die sogenannte Schiitische Achse, Syrien, Iran und die libanesisch-Hisbollah, zu zerschlagen.

Zu dieser unheiligen Allianz gehören aus meiner Sicht auch die Befürworter des Assad-Regimes. Und dazu gehören vor allen Dingen Militärs in Syrien selbst, aber auch die iranischen Pasdaran, die das Ziel verfolgen, genau umgekehrt, das Assad-Regime mit aller möglichen Gewalt zu schützen und die schiitische Achse zu verteidigen.

Es gibt eine andere Allianz, die hoffentlich den Sieg davonträgt in diesem Konflikt, die für die Verhandlungslösung eintritt. Es gibt

diese potentielle Allianz. Obgleich die Kontrahenten sich gar nicht als Allianzpartner verstehen, gehören sie objektiv zu einer Allianz für eine Verhandlungslösung.

Dazu gehört die US-Regierung, die eingesehen hat, dass dieser Konflikt nicht mit Gewalt zu lösen ist. Syriens moderate Assad-Gegner sind ebenfalls für die Verhandlungslösung. Und natürlich die syrische Zivilgesellschaft.

Die Assad-Regierung selbst, weil auch sie inzwischen eingesehen hat, dass eine Kriegslösung, eine Gewalt-Lösung weder dem Regime langfristig hilft, noch der syrischen Souveränität. Irak, Russland, China aber auch Irans neue Regierung gehören zu den Staaten, die sich bis jetzt in der Praxis eher für diese Lösung eingesetzt haben. Das Ziel dieser Allianz ist, einen Flächenbrand durch die Schaffung einer Regierung der nationalen Einheit, zu der aller Wahrscheinlichkeit eine Luftwaffenfront nicht gezählt werden dürfte, zu verhindern.

Iran-Atomkonflikt

Lassen Sie mich den zweiten, sehr komplexen Konflikt auch noch darstellen anhand der Konflikt-Parteien und Konflikt-Linien:

Ich gehe davon aus, dass die lange Zeit, die dieser Konflikt andauert - inzwischen sind es elf Jahre - so viele Informationen hervorgebracht hat, dass man hier nicht unbedingt ins Detail gehen müsste.

Ich möchte bei der Gelegenheit aber auf eine Broschüre hinweisen, die von Clemens Ronnefeldt und Andreas Buro über die Verhandlungen zu diesem Konflikt zusammengestellt wurde. Ich möchte diese Broschüre allen wärmstens empfehlen. Sie ist sehr informativ und macht klar, mit welchen Intentionen die Verhandlungen bis jetzt geführt worden sind und warum sie gescheitert sind.

Bei diesem Konflikt gibt es ebenfalls eine unheilige Allianz, die eher die Konflikteskalation und Kriegslösung anstrebt.

Wieder der militärisch-industrielle

Komplex. Mit einer Kriegslösung würde aller Wahrscheinlichkeit nach ein Flächenbrand in der Region entstehen mit einem mittel- und langfristig neuen Rüstungswettlauf zwischen all den Staaten in dieser Region, die genügend Geld haben, Petrodollars haben, um die Waffen für die nächste Eskalations- und Kriegsrunde zu kaufen.

Die Neokonservativen haben bis jetzt in ihrer Politik und ganz aktuell im Kongress gezeigt, dass sie keine Verhandlungslösung wollen. Sie streben, obwohl ein Verhandlungsprozess in Gang gekommen ist, in diesem Prozess eine Verschärfung der Sanktionen an, obwohl eine Verschärfung von Sanktionen im Rahmen eines Verhandlungsprozesses überhaupt nichts zu suchen hat, und versuchen dazu beizutragen, dass die Hardliner auf beiden Seiten, in den USA wie aber auch im Iran, die Verhandlungslösung torpedieren. Man kann also sagen, dass zu denjenigen, die für diese Eskalationslösung sind, leider auch Israel gehört. Und Saudi-Arabien und Katar gehören zu den neuen Playern in diesem Konflikt. Beide versuchen, gegen Iran zu mobilisieren; beide versuchen, eine Verhandlungslösung zu verhindern.

Ich komme nachher nochmals gesondert auf die Rolle von Saudi-Arabien zurück. Es geht dieser unheiligen Allianz darum - jedenfalls jenen, die einen Krieg gegen Iran befürworten - die Nuklearanlagen im Iran zu zerstören und den Iran selbst zu irakisieren. Das macht, glaube ich, viel plastischer, welches Ziel da verfolgt wird.

Sie können sich vorstellen, was es für ein Land wie Iran bedeutet, wenn dieselben Ereignisse, die wir im Irak zur Zeit erleben, sich dort flächendeckend durchsetzen, wo die ethnischen Konfliktpotentiale viel umfangreicher sind. Der Flächenstaat und das Land sind ein Vielvölkerstaat. Spannungen sind ohnehin vorhanden.

Also – die Irakisierung des Irans könnte ein Leitbild all derer sein, die für Krieg sind, die für Rüstungs-

exporte sind und die dafür sind, dass in der Region immer, oder jedenfalls weiterhin, Eskalation, Krieg und Gewaltanwendung den Tagesablauf bestimmen.

Auf der anderen Seite würden Irans Pasdaran und die religiösen Fundamentalisten, die zur Zeit von Sanktionen und von diesem Zustand, dem Konfliktzustand, profitieren, eher eine Kriegssituation bevorzugen und eine Verhandlungslösung nicht und diese auf keinen Fall vorantreiben - wie wir sehen. Genau diese Gruppierungen sind im Iran gegen die Anstrengungen der neuen iranischen Regierung, dabei zu bleiben und die 5 + 1-Verhandlungen in Genf, voranzubringen und zu einem Abschluss zu bringen. Sicherlich wird dies an sich ein äußerst schwieriger Prozess sein, von der Sache her, und weil auf beiden Seiten die Interventionsmöglichkeiten von Gegnern ziemlich stark sind. Es wäre überraschend und wir dürfen gespannt sein, wenn das nicht so wird. Ich gehe aber davon aus, dass beide Seiten viele Möglichkeiten planen und demnächst noch einmal auf die Bühne kommen werden, um diesen Verhandlungsprozess zu vereiteln.

Chancen für Verhandlungen?

Im Grunde genommen habe ich das meiste zu der Allianz für Verhandlungen auch schon gesagt. Die neue iranische Regierung, Obamas Administration, dann natürlich die iranische Zivilgesellschaft sind für die Verhandlungslösung.

Die Vereinigten Staaten wollen aufgrund dieser Verhandlungslösung zu einem Ergebnis kommen, bei dem eine islamische Republik geduldet oder hingenommen wird, um sie in die eigene Globalstrategie einzubinden oder sie zumindest zu neutralisieren. Diesen Prozess unterstützen bis jetzt Russland und auch China, obwohl alle beteiligten Staaten ihre eigenen, völlig unterschiedlichen Ziele verfolgen.

Ich gehe rasch über den Stand der Genfer Verhandlungen hinweg, weil ich davon ausgehe, dass dieser Kreis sehr gut informiert ist und um

die Zeit nicht über zu strapazieren und komme zu der Bewertung. Denn ich würde gerne auch noch ein bisschen Zeit haben, um Alternativen aufzuzeigen.

Wenn man sich die Kräfteverhältnisse anschaut, so sieht man, dass Feinde des Friedens außerhalb des Mittleren Osten, also vor allen Dingen in den USA, mit Feinden der Demokratie innerhalb der Region koalieren. Also beides feindliche Strategien, sowohl gegen Frieden als auch gegen Demokratie: Saudi-Arabien, Katar, die Petrodollar-Monarchien, haben keinerlei Interesse an Demokratie. Würde in der Region ein Prozess der Kooperation, ein Prozess des Abbauens von Feindbildern entstehen, so müssten diese Monarchien als erste damit rechnen, zugrunde zu gehen. Solange es Konflikte gibt in dieser Region, so lange können auch diese Monarchien - ohne die geringsten Anstrengungen für eine Demokratisierung zu unternehmen - weiterexistieren. Also sehen wir eine unheilige Allianz zwischen Feinden des Friedens und Feinden der Demokratie in der Region, Saudi-Arabien und Katar. Insbesondere Saudi-Arabien spielte in der Region in den letzten fünf, sechs Jahren eine besonders perfide Rolle.

Ich muss dazu sagen, dass Iran in diesem Kontext nicht unschuldig ist. Denn Iran hat vor etwa zehn, zwölf Jahren einen Perspektivplan für die nächsten 25 Jahre entwickelt. Ganz oben auf diesem Perspektivplan steht, dass Iran in den nächsten 25 Jahren zur stärksten Macht in der Region werden will. Wenn ein Land wie Iran mit dieser Breite und Größe und Stärke so etwas verfolgt, dann müssen wir uns nicht wundern, dass die kleineren Nachbarstaaten anfangen, ihre eigenen auf Militär basierenden Strategien zu entwickeln, mit den Neokons in USA zu koalieren und anfangen Waffen zu kaufen und ein Wettrüsten in Gang zu setzen.

Saudi-Arabien und die Golf-Staaten haben in den letzten 4-5 Jahren für ca. 70 Mrd. US-Dollar allein aus den USA militärisches Werkzeug gekauft.

Deutschland ist mit von der Partie. Frau Merkel hat die Panzerkäufe Saudi-Arabiens damit begründet, dass damit in der Region Stabilität existiere.

Wenn wir alles zusammenrechnen, dann kämen wir wahrscheinlich auf 90 Mrd. Dollar Rüstungsaufträge.

Sie erinnern sich, dass Frankreich in den letzten Tagen der Verhandlungen mit Iran und 5plus1 eine destruktive Rolle gespielt hat. Beinahe wären die Verhandlungen gescheitert.

Es war davon die Rede, dass Saudi-Arabien Druck ausgeübt hat, was heißt Druck, sondern versprochen hat, aus Frankreich Rüstungsgüter zu kaufen.

Zwei, drei Wochen später war der saudische König in Beirut und hat der libanesischen Regierung 3 Mrd. Gelder zur Verfügung gestellt, mit der klaren Verbindung, diese Gelder sind dazu da, damit Libanon aus Frankreich Waffen kauft.

Sie sehen hier den Zirkel, der da agiert. Und stellen Sie sich vor, Libanon, eine libanesischen Regierung, die von den Sunniten unterstützt wird, wird jetzt aufgerüstet, die Hisbollah wird sich auf der anderen Seite weiter aufrüsten und stellen Sie sich vor, was das dann bedeutet.

Dieses Wettrüsten, das Saudi-Arabien jetzt mit vorantreibt, hat es schon mal gegeben, meine Damen und Herren. Nur für die, die das vergessen haben:

In den 70er Jahren gab es ein ganz massiven Wettrüsten in der Region zwischen dem Schah-Regime auf der einen Seite und vor allem Iraks Saddam Hussein und Irak auf der anderen Seite. Von beiden Seiten, von beiden Blöcken. Und wir wissen, wohin dieses Wettrüsten geführt hat. Gleich nach der Revolution gab es einen iranisch-irakischen Krieg, der acht Jahre gedauert hat, 300.000 Menschenleben gekostet hat und 700.000 Invalide und mehrere 100 Mrd. Kriegsschäden.

Das gegenwärtige Wettrüsten ist um ein Vielfaches höher und

stärker - das nukleare Wettrüsten eingeschlossen. Meine Damen und Herren - hoffentlich werden die Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Damit ist erst mal ein Krieg, der Krieg gegen Iran, abgewendet worden. Bis vor einem halben Jahr war immer noch die Alternative Krieg da. Auch heute noch wird mit dieser Alternative gedroht, obwohl verhandelt wird. Außenminister Kerry hat das noch einmal vor drei, vier Tagen gesagt und hat die heftigsten Reaktionen der iranischen Militärs hervorgerufen.

Selbst, wenn wir in Syrien zu einer Regierung der nationalen Einheit kommen, selbst, wenn der Iran-Atom-Konflikt geregelt wird, bleiben aber viele Probleme in der Region bestehen. Das nukleare und konventionelle Wettrüsten schreitet voran. Religiöse, territoriale und viele andere ungelöste Konflikte im Nahen Osten bleiben bestehen. Deswegen trifft es heute noch viel stärker zu, dass das alles nicht reicht. Die Zukunft dieser Region muss darin bestehen, Friedensalternativen zu entwickeln, für die es auch wirklich gute Ansätze gibt.

Friedensalternativen

Es gibt mehrere Ansätze, bei denen es sich für uns, um uns friedenspolitisch dafür einzusetzen, lohnt, sie auch von außen etwas genauer anzuschauen.

Eine Alternative, die jetzt sogar von der iranischen Seite vorangetrieben wird, ist die Idee einer Kooperation innerhalb des Golfkooperations-Rates plus Iran Oman und Irak. Damit wären alle persischen Golfstaaten in einem kooperativen Zusammenschluss, was ja im Prinzip eine gute Sache ist.

Iran setzt sich dafür ein, dass der Golfkooperationsrat auch den Iran, Irak und Oman aufnimmt, damit Sicherheitsfragen gemeinsam diskutiert werden.

Der Vorteil ist – es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Nachteil ist, dass ein solcher Ansatz mit großer Wahrscheinlichkeit dazu beitragen würde, dass alle anderen Staaten, die nicht dazugehören, Israel eingeschlossen, sich sofort auch zusammenschließen werden. Ich habe die potentiellen Staaten, die als Gegenpol in Frage kämen, hier genannt.

Es könnte durchaus sein, dass dann innerhalb des Mittleren Ostens wieder zwei Blöcke miteinander um Wettrüsten und Konflikt-Eskalation konkurrieren. Deswegen halte ich diese Lösung langfristig nicht unbedingt für tragfähig.

Die zweite Möglichkeit wäre eine regionale Zusammenarbeit und gemeinsame Sicherheit im Mittleren Osten im Rahmen einer langfristig angelegten

Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten.

Das Modell, von dem unser Moderator vorhin gesprochen hat das vor zweieinhalb Jahren in Bad Boll diskutiert wurde, dieses Modell war sozusagen ein zivilgesellschaftlicher Versuch, zu schauen, welche Probleme, welche Hoffnungen, welche Perspektiven dabei zu entwickeln sind und identifiziert werden können.

Modell für Kurdistan

Inzwischen gibt es eine positive Entwicklung in Kurdistan. Meine Damen und Herren, die kurdische Arbeiterpartei, die PKK und vor allem Öcalan ist zu einer friedenspolitisch und Demokratie-politisch sehr interessanten Konzeption gekommen. Er hat festgestellt, dass ein kurdischer Staat in der Region mit eigenem Territorium und eigenem Staat, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu haben ist, es sei denn gegen sehr viel Zerstörung und sehr viele Menschenleben.

Dies ist eine sehr wichtige Einsicht, die bei der kurdischen Arbeiterpartei inzwischen entstanden ist.

Öcalan hat inzwischen auch positiv ein Konzept für dieses Kurdistan entwickelt, nämlich ein Konzept für eine demokratisch-föderalistische Struktur für Kurdistan, die erlaubt, dass die vier Siedlungsgebiete in den jeweiligen vier Staaten verbleiben, sich aber kulturell vernetzen, und dass diese föderalistisch-demokratische Struktur durchaus auch als Modell für andere Staaten im Mittleren Osten gelten kann.

Das würde in der Tat eine interessante Perspektive für die Region eröffnen. Denn so eine Struktur, in der die Kurdistan-Frage friedlich gelöst würde, setzt voraus, dass die vier Staaten, nämlich die Türkei, Irak, Iran und Syrien miteinander kooperieren. Dass sie anfangen, durch Kooperation und zahlreiche grenzüberschreitende Abkommen über Handel, über Zoll, über Lockerung von Grenzen, vor allen Dingen im kurdischen Gebiet, miteinander zu kooperieren.



Darin sehe ich eine durchaus realistische Perspektive mit einem wichtigen sozialen Träger, nämlich der kurdischen Bevölkerung, die nach Unabhängigkeit, nach Autonomie, zumindest kultureller Autonomie strebt. Dass eine solche Möglichkeit wegen dieser sehr starken sozialen Träger durchaus realistisch ist, gibt mir die Hoffnung, dass man aus dem Kern einer künftigen Region, in der eine gemeinsame Sicherheit am Ende dieses Prozesses existieren wird und in dem regionale Kooperation im wirtschaftlichen Bereich, kulturellen Bereich auch in Gang kommt, sich etwas wie die EU entwickeln kann. Die EU als positives Beispiel im Sinne von Abschaffung von Feindbildern und Herstellung von Friedensvoraussetzung - nicht in jeder Hinsicht positiv, aber zumindest in friedenspolitischer Hinsicht positiv. Es kann sozusagen eine „EU in der Region“ nach und nach entwickelt werden - hoffentlich mit ganz anderen positiveren Dimensionen, als die EU mit ihren militärischen Ambitionen – und sich für die Region herausarbeiten. Zunächst also ein Kern von Kooperation von KSZNO mit diesen vier Staaten und dann in der zweiten Stufe die Erweiterung dieser Kooperation auf die gesamte Region.

Modell massenvernichtungswaffenfreie Zone

Meine Damen und Herren, es gibt auch eine dritte Alternative, die gar keine Alternative ist zu der zweiten, sondern eine Möglichkeit, die nicht wir aus der Friedensbewegung uns ausgedacht haben, sondern für die die UN bereits einen Beschluss gefasst hat. Bei der vorletzten und letzten NPT-Überprüfungskonferenz 2005 und dann 2010 wurde nämlich der Beschluss gefasst, dass innerhalb des Mittleren Osten eine massenvernichtungswaffenfreie Zone errichtet wird. Dazu sollte eine Konferenz stattfinden, die ursprünglich am 17. Dezember 2012 begonnen werden sollte.

Und ich bin sicher, viele von Ihnen haben von dieser Konferenz über die Medien nichts erfahren. Dies

stelle ich immer wieder fest. So eine perspektivisch entscheidende Konferenz, nicht nur für die Region, sondern auch im Sinne von globaler Abrüstung im atomaren Bereich, so eine Perspektive, die schon von der UNO beschlossen wurde, wird von unseren Parteien, von unseren Regierungen und natürlich auch von den Medien, die ihre Selbständigkeit leider schon längst verloren haben, nicht thematisiert und wir wissen nichts darüber.

Aber – diese Alternative gibt es. Leider wurde die Konferenz, die in 2012 begonnen werden sollte - bis



November 2012 hatten wir alle, die das Konzept näher kannten, die Hoffnung, dass sie stattfindet - kurz davor abgesagt. Durch die Vereinigten Staaten. Und wir wissen aus dem Umfeld der Koordinatoren, dass zuerst Israel seine Teilnahme abgesagt hat und die Vereinigten Staaten ihre Absage deshalb mit dieser Erklärung bekannt gegeben haben:

„Die aktuelle Lage im Mittleren Osten, sowie die Tatsache, dass die Staaten der Region kein Einverständnis über annehmbare Bedingungen zur Konferenzdurchführung herzustellen vermochten, stehen ihrer Einberufung entgegen.“

Das ist die Erklärung, weshalb die Konferenz nicht stattfinden sollte, obwohl dafür Finnland und der Staatssekretär Jako Najawa, des finnischen Außenministeriums, sehr viel Vorbereitungsarbeit geleistet hatte. Hindernisse! Unmögliche Lösung!

Das Problem bei dem Beschluss der Vereinten Nationen war, nämlich von der richtigen Einsicht ausgehend, dass ein solches Abkommen, ein Abrüstungsabkommen natürlich von allen Staaten in der Region

getragen werden müsste.

Aus dieser richtigen Einsicht wurde die Schlussfolgerung gezogen: Also müssen alle diese Staaten gleich am Anfang mit dabei sein. Und Sie können sich vorstellen, was das bedeutet für ein Land, das diese Konferenz überhaupt nicht will. Dann braucht dieses Land nur zu sagen: „Dann nehme ich halt nicht teil“, dann ist die Konferenz gescheitert.

Das ist aus meiner Sicht ein Geburtsfehler dieses UN-Beschlusses. Deshalb meine ich, dass man trotzdem nicht nachgeben sollte und man dafür eintreten sollte, dass dieser Prozess in zwei Stufen stattfindet.

Zunächst beginnt die Konferenz, der UN-Präsident soll diese Konferenz einberufen, natürlich müssen drei Unterstützerstaaten und mit vorbereitende Staaten USA, Russland, Großbritannien einverstanden sein. Aber es kann durchaus mit allen Staaten, die bereits willig sind, begonnen werden, damit der Prozess beginnt, damit eine Dynamik entsteht, und dann der öffentliche Druck auf die Staaten, sei es auf Israel, sei es auf Iran oder auch ein anderes Land so groß sein wird, dass man die Verluste durch Nichtteilnahme auch in den betroffenen Staaten gut vermitteln kann und damit durch den Druck der öffentlichen Meinung die Regierungen, die bis jetzt nicht gewillt waren, daran teil zu nehmen, sich letztlich daran beteiligen.

Also ein zweistufiger Prozess wäre durchaus denkbar. Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Erfahrung, die wir in den nächsten Wochen und Monaten machen werden, in denen Frieden und diese Konferenz wahrscheinlich auch noch nicht beginnen werden, würde ich hier gerne den Vorschlag unterbreiten, durchaus mit Herrn Ischinger darüber zu reden, dass genau dieses Thema: „massenvernichtungswaffenfreie Zone“ im nächsten Jahr einen besonderen Platz in der Münchner Sicherheitskonferenz haben sollte.

Danke.

Aminata Traoré:

Perspektiven für Entwicklung und Frieden in Mali

Abschrift der Übersetzung, von der Dolmetscherin, Fr. Regina Prokopetz, anhand der Tonaufnahme des Originalvortrags

Aminata Traoré beschreibt sich selbst eine sozio-kulturelle Aktivistin, die die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur betont. Mit einer Promotion in Sozialpsychologie und Psychopathologie, war sie Gründungsmitglied der Organisation „Afrikanische Frauen für Forschung und Entwicklung“ und Beraterin für viele Entwicklungseinrichtungen. Sie gründete ein kulturelles Schulungszentrum in Mali, fördert Aktivitäten im Textil- und Design-Bereich und war Ministerin für Tourismus und Kultur in Mali.

Aminata Traoré arbeitet am liebsten direkt in den benachteiligten, städtischen Gebieten und mobilisiert auch kleinere Gemeinden, Infrastruktur, Netzwerke und Unternehmen aufzubauen.

Wir freuen uns, dass Sie den weiten Weg aus Mali auf sich genommen haben - Sie haben das Wort zum Thema „Frieden und Entwicklung in Mali“.

Wenn ein Krieg ausbricht, fragt man sich immer: Warum? Wenn ein Krieg ausbricht, versteht man, wie wichtig Frieden ist. Frieden: Das Aufwachen am Morgen mit der Sicherheit, die Menschen sehen zu können, die einem lieb sind. Mit der Sicherheit, frei und ohne Angst durch die Straßen spazieren zu können, ohne belästigt zu werden.

Ich denke, kein normaler Mensch sollte sich Krieg wünschen oder anderen Krieg aufzwingen. Denn Krieg bedeutet Zerstörung, Verzweiflung und Verarmung.

In meinem Land herrscht derzeit ein Stellvertreterkrieg. Für uns Malier ist das nicht unser Krieg. Es fällt mir schwer, mir eine positive Entwicklung in meinem Land vor-



zustellen.

Deshalb möchte ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie mich eingeladen haben, hierher zu kommen, um über Entwicklungs- und Friedensperspektiven in meinem Land zu sprechen.

Wie kann man von Frieden und Entwicklung sprechen, wenn es doch einen dauerhaften Krieg gibt, dauerhafte Gewalt?

Die brutale Gewalt, die wir hier anklagen, ist militärisch. Aber dem momentanen militärischen Krieg geht in Ländern wie Mali ein anderer Krieg voraus, ein Wirtschaftskrieg, und diesen Krieg gibt es bereits seit über 50 Jahren.

Wir haben das Joch der Kolonialzeit abgelegt in der Hoffnung, Volkswirtschaften aufbauen zu können, die uns Nahrung, Gesundheit, Bildung und den Aufbau von Städten ermöglichen. Aber das Unabhängig-Werden der einzelnen afrikanischen Staaten fand zur Zeit des Kalten Krieges statt. Die Spaltung zwischen Ost und West hatte schreckliche Auswirkungen für Afrika, weil sich Osten und Westen über Drittländer bekämpften. Wir

dürfen auch nicht ausblenden, dass bei der Entkolonialisierung die ehemaligen Kolonialherren – insbesondere Frankreich – zwar durch die Vordertür unsere Länder verließen, aber durch der Hintertür wieder herein kamen.

Die Afrikaner sind vielleicht arm, aber Afrika ist außergewöhnlich reich. Und das kapitalistische System braucht die Reichtümer Afrikas. Das ist das eigentliche Problem Afrikas: Wir sind Opfer unserer Reichtümer – und das nicht erst seit heute.

Wir haben uns wirklich sehr bemüht in den 60er, 70er Jahren. Heute sind wir ein verwundetes Volk. Eines meiner Bücher heißt „Das erniedrigte Afrika“, denn die Kräfteverhältnisse sind vollkommen unausgewogen.

Wir werden derzeit häufig als Brutstätte für Dihadisten dargestellt und als ein großes schwarzes Loch, aus dem Migranten und Drogenhändler kommen. „Seien Sie auf der Hut vor diesen Afrikanern. Wir haben ihnen geholfen, aber umsonst.“ Aber man hat uns nicht geholfen, man hat uns ausgeplündert.

Ich hatte wirklich gehofft, dass wir uns 2014 den Millenniumszielen annähern. Würden wir in einer normalen Welt leben, in der die Menschen tun, was sie sagen, würden sich die Mächtigen vor Augen halten, dass sie sich im Jahr 2000 in New York getroffen und auf acht Ziele geeinigt haben, die bis zum Jahr 2015 umgesetzt werden sollten. In Mali haben wir daran geglaubt. Die EU, alle haben uns immer wieder etwas von Entwicklung und den Millenniumszielen erzählt. Aber in Wirklichkeit bekamen wir statt Frieden Krieg – in der Elfenbeinküste, in Libyen, Mali, Zentralafrika, im Sudan. Und zu unserem Unglück verfügen die herrschenden Länder sowohl über die finanzielle und militärische Macht als auch über die Medienmacht.

Und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, das, was man heute über Afrika berichtet, macht keine Lust darauf, Afrika zu lieben oder dorthin zu reisen. Das wird absichtlich so betrieben.

Würde man Ihnen darlegen, was wirklich geschieht, wären Sie und ich sicherlich solidarischer miteinander. Wir würden besser verstehen, dass wir alle im selben Boot sitzen, das dabei ist, vor die Hunde zu gehen. Das wahnsinnige Boot der liberalen Globalisierung, bei der die Reichtümer in den Händen ganz weniger angehäuft werden auf Kosten der großen Mehrheit.

Sie und wir, wir könnten heute den gleichen Kampf führen. Denn in diesem Befreiungskampf der Völker des Südens gab es Zeiten, in denen die Demokraten des Westens unseren Kampf verstanden haben. Aber verstehen sie auch den Sinn unserer zweiten Befreiung? Denn genau eine solche Befreiung brauchen wir. Warum? Weil die alten Industrieländer, die ihre Vormachtstellung einbüßen, sich das Scheitern ihres Modells nicht eingestehen möchten.

Dieses Modell ist ein verlogenes, zerstörerisches System, das Men-

schenleben, unsere Gesellschaften und unsere Umwelt kaputt macht. Die Industrieländer möchten auch nicht akzeptieren, dass ihre Strukturanpassungsmaßnahmen nicht funktionieren. Heute beklagen sich Spanien, Portugal oder sogar Frankreich über die Sparprogramme. Aber genau solche Sparprogramme hat man uns schon seit Jahrzehnten auferlegt. Stellen Sie sich vor, wir konnten uns gerade erst von der Kolonialherrschaft befreien, hätten keine Industrie, kein Geld, nur Rohstoffe, und man hat uns gesagt: Alles ist gut, exportiert, wir kaufen eure Rohstoffe und schicken euch dann die fertigen Produkte. Sämtliche Versuche, Afrika zu industria-



lisieren sind gescheitert, weil man uns bewusst veraltete Technologien geschickt hat. Unser Kontinent ist heute quasi ein Friedhof alter Technologien, die nicht funktionieren, ganz zu schweigen von der Korruption, die die Preise für die Fabriken in die Höhe treibt. Wir haben also keine Fabriken, keine Arbeitsplätze, keine Zukunft.

Ich möchte mich und unser Land nicht als Opfer darstellen. Ich will nicht sagen, dass Afrika absichtlich ständig geplündert wird, aber ich behaupte, dass das vorherrschende wirtschaftliche System all dies bewirkt.

Wenn ich hierher komme, sehe ich große Kaufhäuser, beleuchtete Städte, alles läuft gut. Frankreich bezieht 30% seiner Energie aus

dem Niger, in Form von Uran, und die Nigrer haben keinen Strom und nichts zu essen. Und die nigrischen Anführer, die versucht haben, dagegen etwas zu unternehmen, die diese Fragen gestellt haben, wurden gestürzt. Aber wenn man einen afrikanischen Anführer stürzt, weil er diese Fragen stellt, oder weil man vielleicht nur den Verdacht hatte, dass er die Frage der Rohstoffe eines Tages stellen könnte, sagt man der öffentlichen Meinung im Westen natürlich nicht, dass es um Rohstoffe geht. Man sagt, es handle sich um einen Diktator. Und es stimmt: Es gibt Diktatoren und es gibt korrupte Anführer, aber es gibt keine Bestochenen ohne Bestecher.

Deshalb habe ich diesen Diskurs über den Kampf gegen die Diktatoren und korrupte Anführer satt. In meinem Land wurde ein Diktator gestürzt, wir hatten Wahlen. 300 Menschen wurden getötet, darunter viele Frauen. Wir haben wirklich an die Demokratie geglaubt.

Aber was passiert? Der neu gewählte Staatschef wird nach Brüssel, Paris und Washington eingeladen. Dort wird ihm gesagt: „Deregulieren Sie, privatisieren Sie, tun Sie dieses,

machen Sie jenes, ansonsten drehen wir Euch den Hahn zu“. Und die Afrikaner erfahren nichts über diese Gespräche.

Wir sind deshalb so leichte Beute, weil die Menschen bei uns in totaler Unwissenheit gelassen werden. Man erklärt uns nicht, was tatsächlich passiert. Ich bin eine Ausnahme, ein Unfall der Geschichte: Ich wollte unbedingt zur Schule gehen, und ich habe es geschafft. Ich könnte heute auf dem Markt sitzen und Tücher verkaufen. Stattdessen bin ich heute hier vor Ihnen, weil ich in beiden Befreiungskriegen gekämpft habe. Nicht als Ministerin, als Ministerin lernt man nicht viel. Aber beim Weltsozialforum in Porto Alegre, all die Diskussionen, all die Kämpfe. Ich konnte mitverfolgen, konnte sehen, was hier alles

geschafft wird, die Möglichkeiten aber auch die Schwierigkeiten hier im Westen.

Also was kann der Westen unter den gegebenen Umständen für uns tun, im Rahmen des geltenden Paradigmas „Alle Macht dem Markt“? Nichts. Nichts, aber leider erlaubt man uns nicht, anders zu denken.

Als ich von der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen wurde, hat man mir das Visum verweigert, weil ich nicht einverstanden war mit der französischen Intervention in meinem Land. Ich bekam also kein Visum für den Schengen-Raum. Ich musste über Berlin nach Istanbul, Dakar und Bamako fliegen. Das sind westliche Demokratien, die uns Afrikanern vorwerfen, Diktatoren zu sein, und verweigern einer afrikanischen Frau die Einreise, weil sie versucht, die Probleme global anzusprechen.

Ich möchte nicht länger festgenagelt werden auf innerafrikanische Angelegenheiten, wo man sich gegenseitig umbringt, weil der eine Hutu und der andere Tutsi ist, der eine Muslim und der andere Christ. Das ist nicht das wahre Problem. Wir leben in einer Zeit der Enthumanisierung, der Entmenschlichung. Diese Enthumanisierung begann bei uns mit dem Rückzug

man uns, wir bräuchten weniger Staat, wir müssten privatisieren. Und dabei hat die Privatwirtschaft bei uns keine Tradition. Egal! Man hat uns gesagt, wir müssten privatisieren.

Die ersten zarten industriellen Keime, die wir hatten, haben wir verkauft. Natürlich haben jene Anführer, die es sich leisten konnten, diese Keime erworben und versucht, für sich das Beste daraus zu machen. Wir stecken in der Sackgasse, weil wir zur Abhängigkeit und Nachahmung gezwungen werden.

Wenn Sie hier für Veränderungen kämpfen, für Entwicklung, dann wissen Sie, woher Sie kommen, was Sie und Ihre Vorfahren durchgemacht haben. Sie haben eine Tradition des Kämpfens. Es gibt politische Kräfte, Gewerkschaften und soziale Kräfte. Sie lassen sich nichts vormachen, weil Sie wissen, wie man Widerstand leistet. Hier ist ein Ort des Widerstands.

Aber wir – wir sind abgeschnitten von unserer Geschichte. Sie möchten Ihre Demokratie, Ihr Wahlsystem exportieren. Und wir gehen von einem Seminar zum nächsten Workshop und versuchen, all das zu verstehen. Aber wir haben eine ganz andere Geschichte als Sie. Wir

haben dasselbe Schicksal, aber nicht dieselbe Geschichte. Das ist das Problem Afrikas.

Ich kann mir vorstellen, dass

finden. Und vor allem kann ich mir vorstellen, dass Sie keine Lust haben, am Abend im Fernsehen immer wieder dabei zuzuschauen, wie sich Afrikaner gegenseitig abschlachten. Man möchte davon nichts wissen.

Aber was nie erwähnt wird, ist die Tatsache, dass die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum, die Arbeitsplätze im Westen nur dank Afrika möglich sind. Das wird nicht erwähnt.

Der Westen braucht für sein Wachstum unsere Ressourcen. Ein Blick auf den Globus zeigt: Afrika ist der Hinterhof Europas. Der Hinterhof, von dem man sich holt, was man für seine Industrie braucht, aber auch der Abfalleimer. Für uns bedeutet Globalisierung die Wiederverwertung westlicher Abfälle.

Wir stellen keine eigenen Produkte mehr her, obwohl wir Naturprodukte haben, Obst, Felder... Ich bin im Textilbereich tätig, weil ich glaube, dass Afrika hier etwas beitragen kann. Es gibt kein Monopol auf Modernität. Afrika sollte seine eigene Modernität erfinden dürfen. Nur so entsteht kulturelle Vielfalt, der Reichtum der Welt. Deshalb bin ich heute hier vor Ihnen in meiner traditionellen Tracht. Ich hätte im Kostüm kommen können, aber ich bin so gekommen, weil das ich bin. Diese Kleidung erzählt die Geschichte eines Stoffes, der von Frauen aus meiner Umgebung gewebt wurde. Auf diese Weise unterstütze ich die heimische Wirtschaft. Auf diese Weise habe ich nicht das Gefühl, einem Modell hinterherzulau-



des Staats, der Entstaatlichung. In den 80er-Jahren sagte man den Afrikanern: „Bei Euch gibt es zu viel staatliche Einmischung.“ Überlegen Sie sich das einmal, Staaten, die gerade erst ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Alles musste neu aufgebaut werden. Und trotzdem sagte

europäische Bürger angesichts der Komplexität der Dinge auch nicht immer alles verstehen und das ein oder andere absurd



fen, das sehr viele wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme schafft.

Wir haben die Möglichkeit etwas zu schaffen. Deshalb verbringe ich meine Zeit damit, die Afrikaner dazu aufzufordern, diese systemische Krise zu nutzen. Diese systemische Krise macht die westlichen Mächte zynisch. Nicolas Sarkozy spricht davon, Komplexe abzubauen. Das ist seine Denkweise. Will heißen, man holt sich mit Waffen das, was man mit Diplomatie nicht erreichen kann. Das heißt, man tischt uns Geschichten auf, behauptet, die Dihadisten seien in Timbuktu, Gao und Kidal, die malische Armee sei unfähig, Frauen werden vergewaltigt, Mali müsse befreit werden. Die Malier glauben die Geschichten. Sie haben selbst Bilder gesehen von abgeschnittenen Händen und Füßen, sie haben Angst, sie sagen sich, wenn die Dihadisten bis zu uns vordringen, sind wir alle tot, also erlauben sie Frankreich zu kommen.

Ich habe diese Geschichten nie geglaubt. Dieselben Dihadisten, die sich mit der Al-Nusra-Front in Syrien zusammengetan haben, haben mit den Dihadisten in Libyen gemeinsame Sache gemacht. Frankreich hat die malischen Tuareg, die in Gaddafis Leibgarde gekämpft hatten, aufgefordert, nach Hause zurückzukehren. Also haben die Tuareg gesagt, ok, wir gehen nach Hause, aber wir wollen einen eigenen Staat, den Azawad. Vor zwei Wochen hat ein Verantwortlicher der MNLA (Nationale Befreiungsbewegung des Azawad) im Internet zugegeben, dass Frankreich zugesichert hatte, diese Unabhängigkeit zu gewähren. Frankreich machte also dieses Versprechen, bot den Tuareg an, nach Mali zurückzukehren, mit dem Ziel, dass sie Al-Kaida bekämpfen und die Geißeln befreien sollten. Aber statt Al-Kaida zu bekämpfen machten sie gemeinsame Sache mit den Terroristen und es entstand AQMI: Al-Kaida im islamischen Maghreb.

Frankreich wusste genau, dass die Tuareg-Rebellen Al-Kaida unterstützen würden statt sie zu bekämpfen und dass sie in die großen Städte

gingen. Wenn man sieht, dass sie nach Kidal und Timbuktu marschieren, würde man sie normalerweise aufhalten. Aber die Kunst, Krieg zu erzeugen, besteht darin, Unheil einzuschleusen, das Feuer anzuzünden und dann als Feuerwehrmann aufzutreten. Genau das haben die Franzosen gemacht. Sie wussten genau, dass diese Leute in den Städten Verbrechen begehen würden. Wir waren alle über diese Verbrechen entsetzt. Alle haben gesagt, wir müssen etwas dagegen unternehmen. Als Frankreich dann eingriff, haben alle applaudiert: „Sie haben uns befreit!“

Das hat aber nicht lange angehalten, denn es war keine Befreiung.

Die malische Armee hätte sich verteidigen können, wenn Frankreich nicht dafür gesorgt hätte, dass sie keinen Zugang zu bestellten Waffenlieferungen bekam. Warum? Der Nouvel Observateur hat aufgedeckt, dass dieser Krieg von langer Hand geplant war.

Man musste nur eine günstige Gelegenheit abwarten, um ihn auszulösen. Genau wie unser Freund vorhin über Syrien gesagt hat: Man wollte keinen Frieden. Die Afrikanische Union, der Papst, alle haben gesagt: „Ihr dürft Mali diesen Krieg nicht aufzwingen. Mali kann das nicht durchstehen. Mali ist nicht bereit.“ Aber Laurent Fabius, Frankreich war bereit, Frankreich wollte zurückkommen und in seiner alten Kolonie wieder Fuß fassen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer hatte sich Frankreich etwas von Mali entfernt. China ist uns näher gekommen, die sogenannten Schwellenländer. Nun wollte Frankreich das verlorene Terrain zurück erobern – und das konnte nur auf militärischem Weg geschehen.

Also machte man uns vor, man würde uns befreien. Und als die französische Armee dann anrückte mit all ihrer gigantischen Ausrüstung – die waren für uns wie Außerirdische. Wir saßen alle vor unseren Fernsehern und sahen diese Soldaten in ihren tollen Uniformen mit all ihren Gerätschaften – Sie hätten sehen sollen, was die alles dabei hatten. Unsere Jugend war

total beeindruckt. Unzählige Tonnen von Material! Wir haben uns gefragt: „All das haben sie dabei, um 700 Dihadisten umzubringen?“ Aber sie hatten nicht nur Kriegsgerät im Gepäck, auch Aufklärungsgerätschaften. Sie waren gekommen, um sich bei uns dauerhaft niederzulassen. Dank seiner technischen Ausrüstung wusste Frankreich ganz genau, wo sich die Dihadisten aufhielten und wo sie ihr Material aufbewahrten. Es wäre für Frankreich ein Leichtes gewesen, die Dihadisten mit Unterstützung aus der Luft vernichtend zu treffen. Aber Frankreich wollte mit einer ganzen Armada anrücken. Und nun sind wir ein besetztes Land.

François Hollande sagt: „Wir werden nicht lange bleiben. Dann erklärt er: Wir werden 1000 Soldaten im Land lassen.“ Für mich sind das 1000 zu viele. Es sind 1000 zu viele, weil der Plan darin besteht, von Dakar bis Djibouti ein militärisches Netz aufzubauen. Heute heißt es, eine massive militärische Präsenz sei die falsche Lösung, man bräuchte Truppen über die ganze Sahelzone verteilt, um bei Bedarf eingreifen zu können. Es geht nicht in erster Linie um Al-Kaida, sondern es geht vor allem um die Ressourcen Afrikas.

Es geht darum, militärisch präsent zu sein, damit es keine echte Demokratie gibt, denn sobald wir auf die Straße gehen und versuchen, einen Anführer zur Rede zu stellen, sind sie sofort da, um all jene mundtot zu machen, die nicht in ihr Konzept passen. Wir sind gefährdete Völker und wir haben Angst, unser Land zu verlieren. Die Situation ist noch zusätzlich Besorgnis erregend, weil wir nicht das Recht haben, hierher zu kommen und uns umzuschauen. Man verweigert uns das Visum.

Aber soll es einfach so weiter gehen, dass man allen afrikanischen Anführern, die es hören wollen, erzählt, dass wir auf dem richtigen Weg wären? ‚Schwellenländer‘ lautet das neue Schlagwort. Sie haben sicherlich schon davon gehört, dass wir ‚Wachstum‘ haben in unserem Land. Wachstum, gut und schön, aber man erzählt uns schon seit 10 Jahren, dass wir in Mali



‚Wachstum‘ hätten. Mali war ja ein Musterschüler in Sachen Demokratie und Wirtschaft, aber warum ist das alles zusammengebrochen? Es handelt sich um ein Wachstum, das den Maliern nichts nützt. Die ausländischen Firmen kommen zu uns und wollen einen satten „Return on Investment“. Sie verschmutzen unser Land und schaffen keine Arbeitsplätze. Sie gehen wieder und legen niemandem Rechenschaft ab. Und die Gewinne fließen in Steuer-oasen. Je besser der Markt funktioniert, umso ärmer wird Afrika.

Ich versichere Ihnen, die vielen unglücklichen Afrikaner, die Sie hier in Europa sehen, werden alle nach Hause zurückkehren, sobald sich die Situation in Afrika ändert. Niemand hat Lust, in Not zu leben. Die Emigranten sind in erster Linie wirtschaftliche, politische und ökologische Flüchtlinge.

Frankreich rauft sich die Haare, weil 700 Jugendliche nach Syrien gegangen sind, um dort zu kämpfen. Man fragt sich, warum sie gegangen sind. Aber niemand stellt sich diese Fragen bezüglich der jungen Afrikaner. Niemand fragt sich, wie die Djihadisten rekrutieren. Afrikaner werden seit jeher nur als Kanonenfutter betrachtet. Das war so in den letzten beiden Kriegen und das ist immer noch so. Im Namen des Kampfes gegen den Djihadismus darf man alle jungen Leute töten. Niemand macht sich die Mühe herauszufinden, wer sie

überhaupt sind. Das ist genau die Frage, die ich in meinen Büchern stelle: Wer sind diese Menschen? Wir haben sie nicht kommen sehen, da waren keine Scharen von Kämpfern, die aufmarschiert sind. Diese Kämpfer werden in den armen Vierteln rekrutiert, in den armen Familien.

Und dann diese ganze Scheinheiligkeit im Zusammenhang mit den vergewaltigten Frauen. Diese ganze Propaganda bzgl. Vergewaltigungen. Die Anstifter dieses Krieges wussten genau, dass wir nicht über die Mittel verfügen, diesen Krieg zu führen. Trotzdem haben sie uns diesen Krieg aufgezwungen und haben uns erklärt, man müsste gegen jene kämpfen, die unsere Frauen vergewaltigt haben. Aber warum haben sie dafür gesorgt, dass diese Vergewaltigten überhaupt erst zu uns kamen? Die Frage der Frauen und der sexuellen Gewalt muss vor dem Hintergrund des Zynismus dieses Systems gestellt werden.

Auch die Frage des kulturellen Erbes. Es wurde so viel zerstört in Bagdad, im Irak, in Mali! Es ist bekannt, dass Bomben kulturelles Erbe zerstören. Und dann wird das, was in Timbuktu geschehen ist, geschickt medial aufgebauscht. Von Wiederaufbau ist die Rede, aber zunächst einmal werden die Dinge zerstört, damit man dann Wiederaufbau anbieten kann. Denn es gibt ja nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die Wiederaufbau-

Industrie. Die wissen genau, was sie zerstören. Und sie wissen, dass heute in Libyen mit Wiederaufbau Millionen von Dollar zu verdienen sind.

Der Moderator hat mir ein Zeichen gegeben und ich komme jetzt zum Schluss.

Meiner Ansicht nach ist die Kultur der beste Ausweg aus dieser Situation. Kultur ist von zentraler Bedeutung. Ich erwähne das, weil es bei Sicherheit für mich zu allererst um die Sicherheit der Menschen geht. Aber bei Kriegen geht es stattdessen um die Sicherheit ausländischer Investitionen, ausländischer Unternehmen, und nicht um die Sicherheit von Menschen. Wir haben ein Problem mit Nahrungsmittelsicherheit, mit Versorgungssicherheit im Bereich Gesundheit und Energie. Es fehlt uns an allem, und gleichzeitig haben wir ein Recht auf all das. Es ist möglich, die Sicherheit für die Menschen zu garantieren. Wir können unsere Kinder vor dieser Misere schützen, indem wir ihnen die Möglichkeit geben zu verstehen, und indem wir die Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklungsanstrengungen stellen.

Menschen sind in der Lage, sich selbst zu schützen. Ich glaube ganz und gar nicht mehr an die UNO und an den Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat ist eine Marionette der Großmächte. Alle Resolutionen mein Land betreffend wurden über die Köpfe der Malier hinweg gefasst. Man teilt uns lediglich mit, wenn wieder eine Resolution angenommen wird und womit wir zu rechnen haben. Aber die Leute von der Straße in Mali wissen nichts von den Vereinten Nationen oder vom Sicherheitsrat. Wo bleibt die Demokratie?

Ich wünsche mir, dass die Menschen, insbesondere die Frauen und die Jugendlichen, über all das aufgeklärt werden. Ich bin überzeugt, dass unsere Völker gemeinsam sich eines Tages revanchieren werden für das, was dieses System angeordnet hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bericht aus dem Gesprächsforum

Zusammenfassung des Gesprächsforums von Gertrud Scherer

Einführung zum Thema Uranabbau in Afrika von Günter Wippel

Der Referent stellte die Organisation Uranium-Netzwerk (**uranium-network.org**) vor, die an diesem Thema arbeitet, und erläuterte seine Ausführungen anhand von drei Folien. Die **erste** zeigt die Uranvorkommen in den verschiedenen Staaten. Die meisten afrikanischen Vorkommen finden sich in Niger, dann folgen Namibia, Südafrika und Tansania.

Auf der **zweiten** Folie wird der Uranabbau weltweit wiedergegeben. Da nimmt inzwischen Kasachstan einen Spitzenplatz als größter Uranlieferant der Welt ein. Niger folgt etwa an dritter Stelle und hat den Ehrgeiz, mit neuen Bergwerken wieder an die erste Stelle zu kommen.

Die **dritte** Folie zeigt, in welchen Ländern weltweit das meiste Uran verbraucht wird. Auf den ersten Blick fällt schon auf, dass in Afrika große Mengen Uran gewonnen, aber nicht dort verbraucht werden. Nur Südafrika hat zwei Atomkraftwerke. Das meiste Uran geht nach Frankreich, in die USA, nach Kanada und in zunehmendem Maße auch nach China.

In den Abbauländern haben die meisten Menschen von diesem Bodenschatz nichts. Im Gegenteil, Sie leiden unter den Strahlungen beim Abbau und unter den Umweltbelastungen auf Jahrhunderte hinaus.



Nun zu Mali. In der deutschen Antiatomkraft-Bewegung kursiert die Vermutung, dass Frankreich 2013 wegen der Uranvorkommen in Mali einmarschiert sei. Diese Befürchtung teilt Herr Wippel nicht, weil die bekannten Uranvorkommen in Mali relativ gering sind. Seine Kollegen im Uranium-Netzwerk verfolgen den Uranexport aus Mali seit jahrzehnten genau. In Südwest-Mali gibt es ein Uranvorkommen in Fanea an der Grenze zu Guinea, wo der Widerstand aus der Bevölkerung gegen den Abbau beachtlich ist (www.fanea21.org). Bekannt ist ein weiteres anscheinend kleineres Uranvorkommen im Norden Malis, an dem aber keine Abbau-Firma Interesse gezeigt hat.

Ganz anders sieht die Situation im benachbarten Niger aus, wo Frankreich zwei riesige Uranbergwerke in Arlit am südlichen Rand der Sahara betreibt. Dort baut die Firma Areva (früher Cogema) seit fast 40 Jahren Uran ab, und das unter Umständen, wie sie bei uns niemals möglich wären. Mit großer Wahrscheinlichkeit beziehen auch deutsche AKWs und die Urananreicherungsanlage in Kronau bei Münster Uran aus afrikanischen Exporten.

Uran aus Niger versorgt derzeit etwa ein Drittel der französischen Kernkraftwerke. Frankreich plane in einem weiteren Vorkommen im nigerischen Ravenne so viel Uran abzubauen, dass sein Bedarf für die nächsten 30 – 40 Jahre gedeckt ist. Von daher hat Frankreich natürlich ein Interesse an Stabilität in der Region, aber nicht an dem Uranvorkommen in Mali.

Abschließend wies Günter Wippel auf das große Interesse der USA an Rohstoffen in Afrika hin, wo es den in letzter Zeit sehr stark gewachsenen Einfluss Chinas zurück drängen will.

Abschließend wies Günter Wippel auf das große Interesse der USA an Rohstoffen in Afrika hin, wo es den in letzter Zeit sehr stark gewachsenen Einfluss Chinas zurück drängen will.

**Uranbergbau -
Menschenrechts- und
Umweltaspekte**

wise
World Information Service on Energy Uranium Project

uranium-network.org

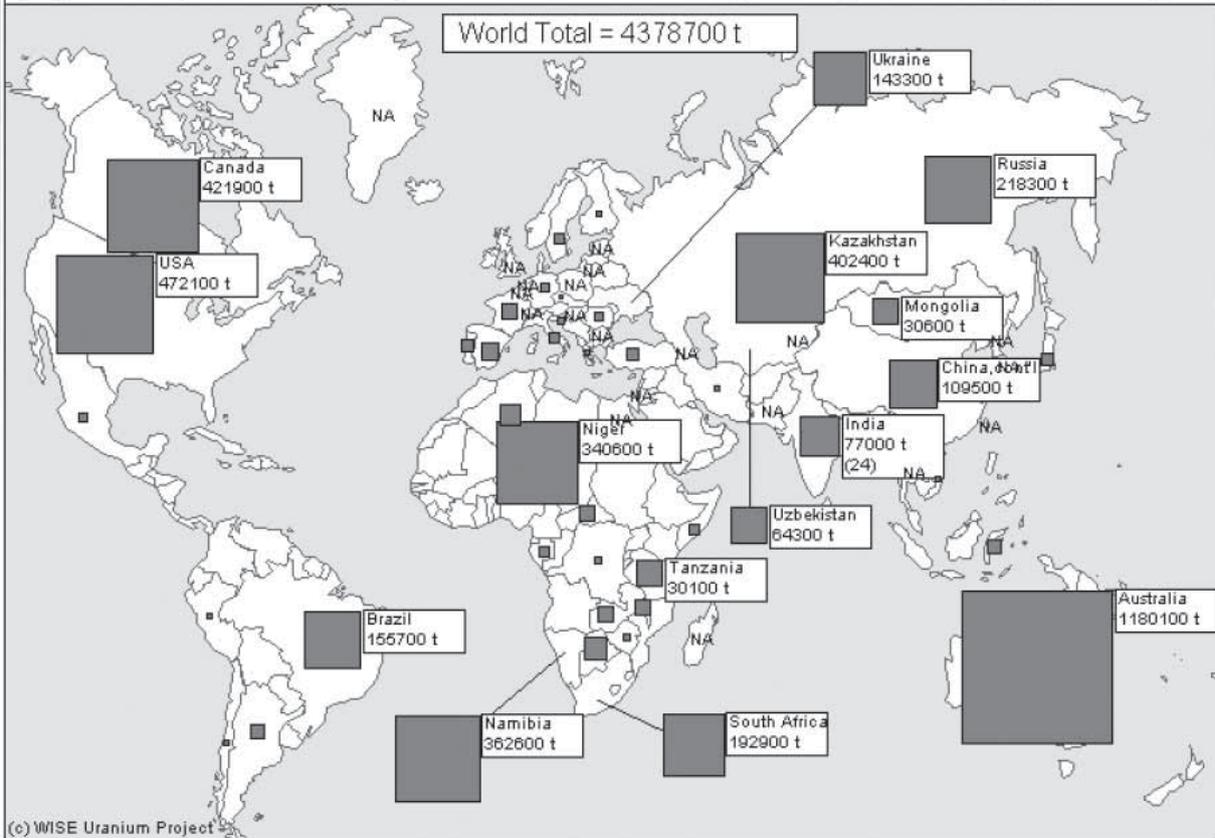
1

URAN - VORKOMMEN

(BEI GEWINNUNGSKOSTEN BIS USD 260/KG)

Uranium Resources (RAR - \$260/kg U)

[t U] Reasonably Assured Resources, recoverable res. as of 1/1/2011, Cost range < US\$260/kg U (OECD 2012)

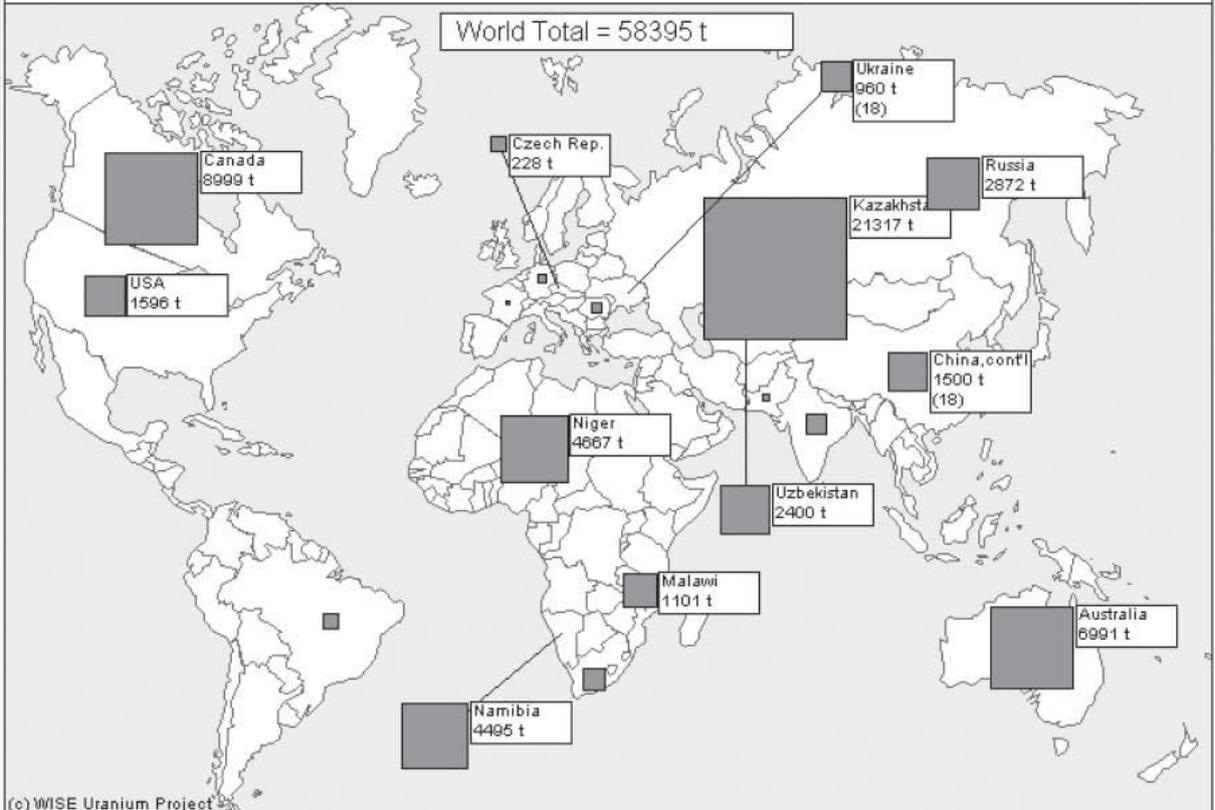


2

URAN - PRODUKTION 2012

2012 Annual Uranium Production

[t U] (WNA June 2013)





Daten zu Mali

Clemens Ronnefeldt:

Das Territorium wurde 1880 französische Kolonie und 1960 unabhängig. Der Staat ist größer als Deutschland, Frankreich und Polen zusammen und hat schätzungsweise 15 Millionen Einwohner, von denen die meisten im Süden leben. Die Bevölkerung im Norden besteht hauptsächlich aus dreihundert- bis vierhunderttausend Tuareg, die bis etwa 1960 in der oberen Gesellschaftsschicht noch afrikanische Sklaven gehalten haben.

Die folgenden Auszüge aus dem Gesprächsforum sind im Wesentlichen den einleitenden Statements der ReferentInnen entnommen.

Aminata Traoré:

Die berühmte westliche Frage nach den Menschenrechten fokussierte Frau Traoré auf den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika. Diesen heißt es, müsse man stoppen, weil China kein demokratisches Land sei. „Wir in Mali erleben aber: Die

Plünderung ist von beiden Seiten die selbe, ob sie durch China oder durch den Westen geschieht. Ich mache da keinen Unterschied, welche Seite demokratischer ist. Den Menschenrechten ist mit dieser vorgeschobenen Begründung kein Dienst erwiesen. Mir geht es in meinem Kampf darum, dass man es endlich den Afrikanern überlässt, sich um ihr eigenes politisches System zu kümmern. Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, mit welchen Mitteln wir unseren Kampf führen.

Ich weiß nicht, ob man sich in den Ländern, die mit dem globalen Süden politisch zusammen arbeiten, dessen bewusst ist, dass diese Situation schon seit 50 Jahren anhält. Seit 50 Jahren funktioniert es nicht, kommt es zu Bürgerkriegen. Man muss sich nach 50 Jahren die Frage stellen:

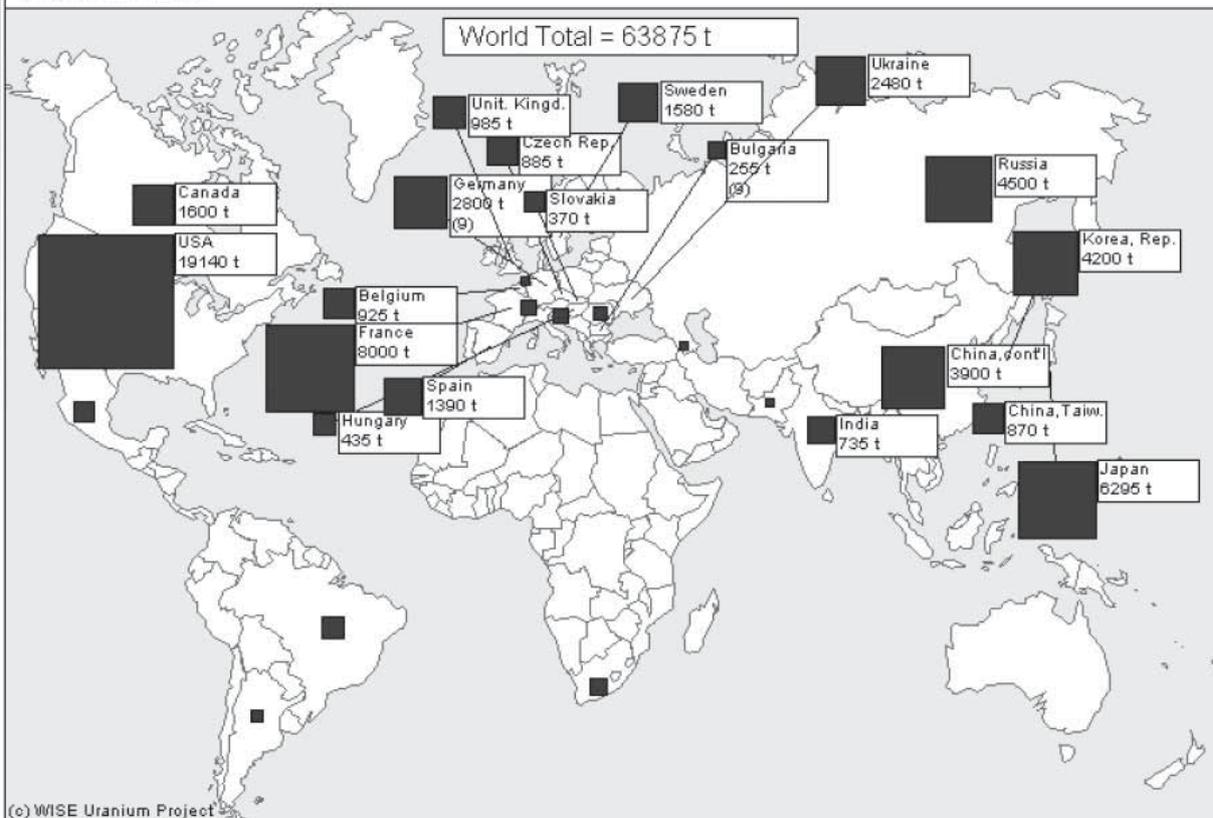
Liegt es an den Methoden, die man uns vorschreibt? Oder sind wir in Afrika derart inkompetent?

Die Region, die hier eingangs



2010 Annual Reactor-Related Uranium Requirements

[t U] (OECD 2012)



gezeigt wurde, ist eine Region der großen Reiche mit einer langen Geschichte. Es gibt die Geschichte der Fulbe, die Geschichte von vielen Gesellschaften, die alle ihre politischen Systeme, ihre Werte und ihre eigenen Orientierungen hatten.

Ich plädiere dafür, dass wir in Afrika uns zunächst einmal mehr zutrauen. Ich bitte aber auch unsere Alliierten, die uns respektieren, dass sie uns mehr vertrauen. Damit wir dann in einer neuen, anderen Partnerschaft bessere Bedingungen schaffen. Bedingungen, die es uns erlauben, uns freier auszudrücken und uns besser zu entwickeln.

Unsere Staaten sind sehr zerbrechlich, nicht nur wegen der Korruption, sondern auch wegen unserer starken finanziellen Abhängigkeiten. Mali hat auf dem Weltmarkt zum Beispiel nur zwei Produkte anzubieten: Baumwolle und Gold. Bei der Welthandelsorganisation

kam es zu Auseinandersetzungen über den Baumwollpreis. Die USA subventionieren ihre großen Produzenten, was zu sinkenden Preisen führt. Die Folge: Unsere kleinen Baumwolllieferanten können nur noch mit Verlusten verkaufen.

Seit der Antike sind unsere Goldvorkommen bekannt. Im 12. Jahrhundert reiste der Herrscher Malis mit sehr viel Gold nach Mekka. Das sprach sich herum und stachelte überall die Gelüste an, Mali zu erobern. Jetzt wird das Gold in Mali hauptsächlich von multinationalen Konzernen abgebaut, die ihren Sitz in Südafrika oder Kanada haben.

Wenn Sie einem solchen Land in der Sahelzone, das absolut isoliert ist und keine Industrie und somit nichts zu exportieren hat, vorschreiben, in den freien Wettbewerb einzutreten, dann muss das zwangsläufig zu einer Katastrophe führen. Das heißt, wenn solche

Länder wie Mali akzeptieren, nach den kapitalistischen Regeln zu spielen, ohne dazu die notwendigen Mittel zu haben, dann sind Sie dazu verdammt, einfach nur Rohstoffe zu liefern.

Wir müssen unterscheiden zwischen Zivilgesellschaft und Zivilgesellschaft.

In Mali gab es im März 1991 einen Aufstand, bei dem versucht wurde, Präsident Traoré zu stürzen. Das war so etwas wie unser Arabischer Frühling. Nach diesem Sturzversuch haben wir so etwa 3000 Vereine aufgebaut, die teilweise untereinander vernetzt sind. Sie agieren zumeist lokal, zum Beispiel zum Thema Frauenbildung und Hungerbekämpfung. Diese Vereine müssen immer mit Zensur rechnen – und außerdem ist da die Selbstzensur: Niemand möchte mit seinen Äußerungen öffentliches Aufsehen erregen.

Zum Beispiel können Fragen, die Sie hier stellen, in Mali nicht öffentlich gestellt werden. Man erlaubt sich keine öffentliche Kritik. Etwa die französische Militärintervention öffentlich zu kritisieren, käme einer Majestätsbeleidigung gleich.“

„Wir hatten in unserem Land immer wieder Aufstände. Das wiederholt sich quasi zyklisch, einfach weil die grundlegenden Fragen immer falsch gestellt und somit nicht gelöst werden. Es gibt strukturelle Probleme in unserem Land; die Sklavenhaltung bei den Tuaregs wurde ja schon angesprochen. Die Tuaregs waren nicht glücklich, als Mali 1960 unabhängig wurde, weil das gleichzeitig bedeutete, dass neue Grenzen gezogen wurden durch das Land, in dem sie sich als Nomaden bewegten, und dieses nun aufgeteilt wurde auf Niger, Mali und Algerien. Die Macht lag nun bei den jeweiligen Zentralregierungen, die sich zum Beispiel alle für die Abschaffung der Sklaverei ausgesprochen hatten. Jetzt konnten auch die ganzen gesellschaftlichen Hierarchien der Tuaregs nicht mehr funktionieren. Man muss aber vorsichtig sein, wenn man von „den“ Tuaregs spricht, weil es bei ihnen auch viele Unterschiede gab und gibt. So war die Sklavenhaltung nicht bei allen Stämmen üblich. Auch heute sind viele Tuareg-Stämme mit dem derzeitigen Tuareg-Aufstand nicht einverstanden. Viele Tuaregs sagten mir, dass sie diese ewigen Aufstände satt hätten und dass Tuaregs heute zu diesen Rebellionen angetrieben würden. Oft sind es die Frauen und Kinder, die darunter leiden, weil sie ihre Region verlassen müssen. 30% der geflohenen Frauen und Kinder kommen nicht mehr zurück. Tuaregs, die eine Beteiligung an den Aufständen verweigern, werden von anderen Tuaregs ermordet.

Was in dieser Situation häufig vernachlässigt wird, sind die Umweltfaktoren. Man sagt immer, die Tuaregs würden diskriminiert, denn sie hätten sich ja nicht weiter entwickeln können. Und dabei wird unterstellt, dass im Rest des Landes

eine Entwicklung geglückt sei. Aber das ist nicht der Fall.

Man muss ja bedenken, dass ein Großteil des Landes trockenes Wüstengebiet ist. Darunter leider nicht nur die Tuaregs, sondern auch die anderen Völker. Der Klimawandel führt zu einer steten Ausbreitung der Wüste, was unser Leben natürlich stark beeinflusst. Diese Folgen des Klimawandels werden von westlichen Beobachtern praktisch ganz übersehen.

Den Menschen in unserem Land werden neoliberale Entwicklungen aufgezwungen, zum Beispiel mit der Sparpolitik. Und dabei haben wir keine Produkte, die wir exportieren könnten. Wir haben zu wenig Wasser, zu wenig Nahrung, müssen in unserem Land sehr große Distanzen überbrücken. Unter all diesen

Bedingungen haben wir keine Möglichkeit, uns friedlich zu entwickeln. Das heißt: Wir müssen eine neue Partnerschaft, neue Modelle finden. Und wir müssen verstehen, dass es nicht möglich ist, Modelle zu exportieren, die zum Beispiel nicht einmal bei Ihnen zuhause funktionieren.“

Gefragt nach Beispielen für die Auswirkungen des Neoliberalismus auf die Gesellschaft in Mali und nach den Lebensperspektiven für junge Menschen, antwortete **Aminata Traoré**:

„Mir scheint, wir stehen hier vor einer Art Mauer, die begründet ist auf diesem Zwang, unsere Wirtschaft für den freien Wettbewerb zu

öffnen. Am Beispiel Baumwolle wird das deutlich. Die malischen Märkte werden überschwemmt mit Textilien aus dem Ausland. Das ist zum Teil gebrauchte Ware mit schlechter Qualität. Von Vorhängen bis zu Büstenhaltern wird alles bei uns abgeladen. Der Zwang, der uns zum Beispiel von der WTO und der EU auferlegt wird, unsere Märkte zu liberalisieren, ist immer daran geknüpft, dass wir Entwicklungshilfe nur bei Einhaltung dieser Regeln bekommen.

Das Ganze gilt nicht nur für Textilien, sondern auch für Nahrungsmittel. Ein Beispiel, das durch die Medien ging, ist die Hühnerzucht. In Europa wird darauf geachtet, dass nur gesundes Fleisch auf den Markt kommt und die Tiere mit guten Körnern gefüttert werden.



Das gute Fleisch wird hier von den Reichen verzehrt. Das schlechte Fleisch, das Fett und die Abfälle, wird nach Afrika geschickt. Die Armen bei uns können sich oft nur noch Gammelfleisch leisten, das zum Teil über Jahre gelagert wurde. Das sind eben die Auswüchse dieses Neoliberalismus, die dazu führen, dass die Armen sich nur alte Kleidung und schlechte Nahrungsmittel leisten können.“

Die zweite Frage betraf die Jugend. „Leider ist unsere Jugend wenig an Politik interessiert und so auch nicht aufgeklärt, vielmehr sehr anfällig für Propaganda, auch für die Werbung für wachsenden Konsum. Was wir brauchen ist Aufklärung für die Jugend, viele kritikfähige junge Menschen, die verstehen, dass sie bei allem, was sie konsumieren, sich entweder bereichern oder durch den Konsum arm werden.“

Bei der nötigen Aufklärung zähle ich persönlich auf die Künstler, die einen wichtigen Beitrag leisten können.“

Clemens Ronnefeldt ergänzte zu dem Thema Textilien, dass wir uns bei der Organisation „Südwind“ mit ihrer Kampagne „Saubere Kleidung“ über die Unternehmen für Altkleidersammlung und ihren Weiterverkauf informieren können.

Nach deren Recherche wurden in den afrikanischen Staaten in den letzten Jahren nachweislich 100.000 Arbeitsplätze in der Textilbranche durch den Import europäischer Altkleidung zerstört.

Mohssen Massarrat:

Eine zentrale Frage drehte sich um die Kurden in den Gebieten Syrien, Irak und Türkei. Mohssen Massarrat machte aber einen Unterschied deutlich zwischen Irakisch-Kurdistan und Syrisch-Kurdistan. Irakisch-Kurdistan werde in der Tat nun autonom



regiert. Die beiden regierenden kurdischen Parteien seien eher nationalistisch und wollten Kurdistan vom Irak trennen. In Syrien und in der Türkei stellte er fest, ist die Situation anders. Hier spielt die PKK die führende politische Rolle. Sie verfolgt dort die Idee des demokratischen Föderalismus mit basisdemokratischen Elementen wie Räten und Wahlen von Führern von unten nach oben. Ableger der PKK in Syrien haben es bisher nicht versucht, den kurdischen Teil vom Staat abzutrennen. Ganz im Gegenteil: Nach ihrer Vorstellung tragen der Separatismus und die Gründung eines kurdischen Nationalstaates

nicht unbedingt zur Demokratisierung, zur Befreiung der Kurden bei. Sie organisieren ihren militärischen Kampf hauptsächlich gegen Al Nusra, nicht gegen die syrische Armee.

In der Praxis gibt es also schon einen Ansatz von dem, was Öcalan mit dem demokratischen Föderalismus meint. „Wenn diese Idee sich im Irak und vielleicht auch irgendwann im Iran durchsetzt, dann könnte ich mir durchaus vorstellen, dass die kurdische Befreiungsbewegung zu einem Träger für eine Kooperation zumindest dieser vier Staaten werden könnte.“



Aktuelle Runde

Frieden für Syrien

Brigitte Wolf

Grußwort des Stadtrates der Landeshauptstadt München

Brigitte Wolf
Stadträtin der LINKEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktive für Frieden und Gerechtigkeit,

ich bedanke mich bei Ihnen für die Einladung und vor allem für Ihr Engagement weltweit. Der Kampf für Frieden beginnt vor Ort, dort wo die Menschen leben und sich in Gespräch, Diskussionen und politischem Streit Meinungen bilden.

Die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt in internationalen Konflikten hängt nicht nur an Entscheidungen der Mächtigen. Ihr geht eine lange Phase der Militarisierung der Außenpolitik und der Rüstungswirtschaft voraus. Diese ist in Bayern traditionell stark, wirtschaftliche Interessen breiter Bevölkerungskreise verflechten sich mit dem Wunsch der politischen Führung, ihre Ziele mit militärischen Mitteln durchsetzen zu können. Jede Waffe findet ihren Krieg – dies bewahrheitet sich leider täglich.

Obwohl seit vielen Jahren auch in Bayern die Militarisierung von Wirtschaft, Hochschulen und Schulen kritisiert wird, dringen die Forderungen nach Rüstungskonversion nicht durch. Und jetzt: Die Rüstungsindustrie streicht tausende von Arbeitsplätzen. Der Eurofighter wird nicht mehr in den geplanten Stückzahlen gebaut. Jetzt sind Drohnen Trumpf. Die Krise der Rüstungsindustrie ist leider nicht die Folge von Abrüstung, sondern von



Umrüstung. Es gilt zu verhindern, dass sich Bayern zu einer Brutstätte der Drohnenrüstung oder gar zum Leitstand des Drohnenkriegs entwickelt. Kaum etwas hat den in der Nato verbündeten Mächten so viel Abscheu und Hass eingebracht, wie die hier entwickelte Kombination von gezielter Tötung und Drohnenkrieg. Hier zeigt sich, dass die militärische Übermacht, die durch Einsatz von Hochtechnologie aufgebaut wird, nicht den Frieden sichert.

Die Schrecken des Bürgerkriegs – und dank der weltweiten formellen und informellen Informationsmöglichkeiten kann davor niemand mehr die Augen verschließen – machen uns empfindlich für die Grausamkeiten des bewaffneten Kampfes. Der Gedanke, ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung militärisch gewaltsam durchzusetzen, liegt ja so nahe. Doch gesellschaftliche Entwicklung lässt sich damit nicht erreichen. Wie können wir aber hier bei uns aktiv werden?

Erstens: Offene Grenzen für Menschen in Kriegsnöten! Das bedeutet für die Menschen in den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten eine Alternative und das konfrontiert die ganze internationale Gemeinschaft mit ihrer Verantwortung, die aus der Militarisierung der internationalen Politik folgt.

Zweitens: Rüstungskonversion ernsthaft angehen! Die Militarisierung der internationalen Beziehungen ist keine Sache der moralischen Einstellung der Mächtigen. Es ist die Abhängigkeit ganzer Wirtschaftsbereiche von Rüstungsaufträgen und Erfordernissen der Kriegspolitik.

Drittens: Interkulturelle Solidarität: Während unsere Öffentlichkeit mit Hinweisen auf die ideologische Verblendung von Bürgerkriegsparteien nicht spart, wird nicht ausreichend gewürdigt, dass in den modernen Städten ein funktionierendes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Weltsicht und Lebenseinstellung praktiziert wird. Wir müssen die Auseinanderset-

zung mit den politischen Kräften suchen, die dieses Miteinander torpedieren wollen!

Die Diskussion der Außen- und Sicherheitspolitik, vor hundert Jahren noch eine Sache der Regierungen, die von ihren Bürgern absolute Loyalität forderten, wird, wenn auch zu langsam, eine Sache der Zivilgesellschaft. Wir folgen nicht mehr in uniformiertem Denken den Mächtigen, die Menschen suchen selbst nach Lösungen für das Zusammenleben, an den Orten und zwischen den Nationen.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Veranstaltung der Friedenskonferenz 2014 viel Erfolg.



Am Podium v. li.:

Christiane Reymann, Hans-Christof von Sponeck, Angelika Holterman, Mouna Sabbagh, Ute Finkh-Krämer

Angelika Holterman: Vielen Dank, Frau Wolf, für dieses inhaltsreiche und auch aufmunternde Statement. Herzlichen Dank möchte ich auch dem DGB München sagen, dessen Geschäftsführerin, Simone Burger, heute leider verhindert ist und daher nicht – wie in den letzten Jahren – auch ein Grußwort sprechen kann.



Und ganz zu Anfang bin ich gebeten worden, unbedingt zu sagen, dass die Organisation der Veranstaltungen sehr teuer ist und viel Geld erfordert. Und auch diejenigen, die früher gehen, werden gebeten, eine Spende nach ihren Kräften in die blauen Büchsen einzulegen.

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Ich heiße Angelika Holterman und habe hauptsächlich in drei Berufsfeldern gearbeitet: als Lehrerin für Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Englisch, als Autorin von Dokumentarfilmen beim Bayerischen Fernsehen und zwi-schendurch nach der Wende in der beruflichen Bildung in den neuen Ländern.

Wir wollen heute über den Krieg in Syrien sprechen. Wir wollen mehr davon verstehen, was dort passiert und warum. Wir wollen uns Gedanken machen, wie endlich ein Waffenstillstand und vielleicht eines Tages sogar Frieden zwischen den verfeindeten Parteien geschaffen werden kann. Und wir wollen von den anderen neuen Kriegen (Afghanistan, Irak, Libyen) lernen. Die Situation in Syrien unterscheidet sich davon, dass westliche Mächte hier machtvoll, aber nur indirekt eingreifen, nicht direkt, wie in den anderen Ländern. Und dennoch gibt es Parallelen. Wir erleben tag-täglich, welcher Unstern über dem Ausgang des Irakkrieges liegt. Und

wir haben hier jemanden bei uns, der das ganz genau miterlebt hat.

Hier nur soviel: nachdem unter Saddam Hussein die Sunniten die herrschende Klasse waren, sind es nach dem amerikanischen Krieg die Schiiten. Ein Attentat, sie haben einfach nur die Macht getauscht, wenn man das so simpel sagen kann. Ein Attentat reiht sich an das andere. Das Fehlen eines echten Interessenausgleichs und das Fehlen friedensstiftender Maßnahmen reichen sich auf bittere Weise die Hand. In Afghanistan verlassen die ausländischen Truppen langsam das Land. Nicht ohne eine herrschaftliche Hand, keine echt helfende mehr, dort zu lassen. Und da erinnere ich an den Aufsatz von Rupert Neudeck in der SZ, den sicher viele von Ihnen gelesen haben, der die Absurdität dieses Vorgehens ganz deutlich gezeigt hat: Von Frieden zwischen den einzelnen Volksgruppen kann keine Rede sein. Korruption bis in die einzelne Regierung hinein lässt keine Besserung erwarten. Die New York-Times berichtet über eine dramatische Hungerkrise. Und die Attentate mehren sich. Ganz abgesehen von den vielen Verstümmelten und Verletzten, besonders viele Kinder darunter, die auch die westlichen Mächte hinterlassen haben. Unheil ist die Folge in Afghanistan, im Irak und auch in Libyen. Das sehen die Menschen und das berichten mir auch die Zeitungen. Aber dennoch geht die veröffentlichte Meinung zu den Kriegsschauplätzen und die Rolle der Bundesrepublik erstaunlich gleichförmig in die andere Richtung. Uwe Krüger von der Universität Leipzig hat unter dem Titel „Meinungsmacht“ eine phantastische Untersuchung zum deutschen Journalismus vorgelegt. Mir sind bei seiner Vorstellung beim Friedensratschlag Kassel und bei der Lektüre die Augen immer größer geworden. Ich habe endlich mal verstanden, warum das so gleichförmig ist und wie das Zustande kommt. In einem Hauptteil untersucht er die Nähe von

Topjournalisten zu Eliten, namentlich auch aus der Bundesregierung. In einer Vielzahl informeller, nicht öffentlicher Netzwerke – oder haben Sie schon einmal von dem sogenannten Wohnzimmer in Berlin gehört, wo zehn Journalisten Reihum kochen und Frau Merkel zum Abendessen kommt und alle anderen auch, immer nur einer ? – und konzentriert sich dabei in dieser Beschreibung auf Stefan Kornelius (SZ), Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ), Michel Stürmer (Welt) und Josef Joffe (Zeit). Erlauben Sie mir ein ganz kurzes Zitat, von dem ich denke, dass es heute durch manche Redebeiträge von der Sicherheitskonferenz schon fast wieder obsolet geworden ist, weil die das jetzt alle auch so vertreten, wobei Herr von Sponeck sagt, so schlimm wäre es nicht: „Alle vier Journalisten propagieren den erweiterten Sicherheitsbegriff, und zwar den Sicherheitsbegriff der Nato, nicht nur Landesverteidigung, sondern Eingreifen bei Terrorismus, bei Regionalkonflikten, bei der Blockierung von Märkten und Rohstoffen.“ Da erinnern wir uns doch alle lebhaft an Herrn Köhler, der das so gesagt hat und viel Prügel dafür bezogen hat! „Alle vier Journalisten machen sich für mehr deutsches Engagement in der Nato und für transatlantische Partnerschaft stark und fordern die Bundesregierung zu größeren Anstrengungen auf, das skeptische Wahlvolk von einer robusteren Außen- und Sicherheitspolitik zu überzeugen.“ Absolut frappierend. Steinmeier, von der Leyen, Gauck – es wurde Verantwortung genannt. Ich habe einfach Zweifel, ob das nur die Verantwortung ist. Die Beispiele, die Steinmeier im Ausschuss für Außen- und Sicherheitspolitik genannt hat, waren humanitärer Art, habe ich gehört. Aber immer wird auch auf Militär verwiesen. Absolut frappierend sind die austauschbaren Argumentationen dieser vier Journalisten, die in diesem Buch dann zu bestimmten Themen aufgeführt werden – da ist man sehr erstaunt, wenn man das liest und hört. Sie missachten dabei jedoch die antimilitaristische

Stimmung in der Bevölkerung und deren mehrheitliche Haltung gegen Waffen- und Kriegseinsätze. Wir leben doch in einer Demokratie, wo die Mehrheit entscheiden soll?! Wir wollen diese dort unterdrückten Meinungen und Argumentationen austauschen und eine friedensbewegte Gegenöffentlichkeit schaffen, wie uns das in den 80er Jahren tatsächlich gelungen ist. Vielleicht klappt es ja wieder.

Ich stelle Ihnen als erste vom Podium Mouna Sabbagh vor. Viele von uns haben sie gestern Abend tanzen gesehen. Das war wirklich ganz wunderbar. Sie ist Tänzerin und Syrerin.

Vorab noch etwas zum Prozedere: Wir wollen auf lange Eingangsstatements der einzelnen PodiumsteilnehmerInnen verzichten, weil wir gerne in ein Gespräch auf dem Podium und mit Ihnen kommen wollen.

Die Ausnahme wird Frau Sabbagh machen, weil sie uns einfach als gebürtige Syrerin aus Aleppo den humanitären Hintergrund zu unserem Thema schildern kann. Sie kam mit ihren Eltern und vier Geschwistern schon in den frühen 60er Jahren nach München, in einer Zeit, in der Arbeitskräfte in Deutschland Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis bekamen. Mit Ausnahme einiger Jahre als junge Erwachsene in Syrien, ist Mouna Sabbagh nun seitdem in Deutschland. Der konservative Vater erlaubte ihre Rückkehr nur, weil ihr erster Ehemann zum Islam konvertierte. Nach einem Studium der Sozialpädagogik unterrichtet sie heute orientalischen Tanz und viele haben sie als Tänzerin auf der Bühne gesehen. Zahlreiche Reisen nach Syrien, ihre Verwandten dort, das Leiden der Menschen hat sie im Februar letzten Jahres zur Gründung des Vereins „Hilfe für Aleppo“ bewogen. Bitte berichten Sie uns aus Ihrer unmittelbaren Erfahrung über das Leben in Aleppo.

Mouna Sabbagh: Vielen Dank, Frau Holterman, für die einleitenden Worte. Ich möchte mich auch recht herzlich bei der

Organisation der Friedenskonferenz für die Einladung bedanken. Meine Informationen erhalte ich über Kontaktpersonen vor Ort, über Skype, wir telefonieren, mailen, je nachdem, was gerade möglich ist. Momentan ist die Situation in Aleppo recht angespannt. Die Kontaktpersonen sind verunsichert und halten sich mit Informationen zurück. Das große Drama in Aleppo ist, dass die Stadt zweigeteilt ist. Wie Sie vielleicht wissen, ist Aleppo die zweitgrößte Stadt Syriens mit mehreren Millionen Einwohnern und liegt im Norden. Aleppo war lange von den Kämpfen verschont, aber seit Juli 2012 finden hier heftige Kämpfe zwischen Regime und Rebellen statt. Die Stadt ist jetzt geteilt, die eine Hälfte wird vom Regime kontrolliert, die andere Hälfte von den Rebellen. Die Hälfte, die von den Rebellen kontrolliert wird, umfasst mehr die ärmeren Viertel, wo mehr sozial benachteiligte Bevölkerung wohnt. Die Viertel, die vom Regime kontrolliert werden, sind mehr die neueren, gut situierten Viertel, wo viele Christen und Armenier wohnen. Die Front dazwischen ist schwer umkämpft und es gibt nur einige wenige Übergänge von der einen zur anderen Seite der Stadt. Diese Übergänge kann man nur zu Fuß überqueren. Man geht je nachdem 15 bis 45 Minuten und in diesem Teil befinden sich Scharfschützen beider Lager, die auf alles schießen, was ihnen verdächtig vorkommt. Wie mir erzählt wurde, sterben jeden Tag vier bis fünf Menschen beim Übergehen. Die Teilung der Stadt reißt Familien auseinander und lähmt das Leben der Stadt sehr. Achmed, einer meiner Kontaktpersonen, lebt im Regimeviertel. Seine Eltern und Geschwister wohnen im Rebellenviertel. Er hat sie seit über zwei Monaten nicht



besucht. Das ist für einen Syrer sehr lange. Der Weg dorthin ist immer wieder umkämpft, und die Front zu durchqueren ist ein Risiko. Trotzdem haben sich zwei seiner Geschwister aufgemacht, ihn zu besuchen und um gleichzeitig wichtige Erledigungen im anderen Stadtteil zu machen. Vor ein paar Tagen haben sie es gewagt. Normalerweise ist das ein Weg von 30 Minuten, jetzt ist das ein Weg von drei Stunden wegen der vielen Kontrollen und Checkpoints. So wie er weiter erzählte, explodierte auf ihrem Weg zwanzig Meter entfernt eine Granatbombe. Sie kamen unversehrt bei ihm an und er sagte: „Gott hat nicht den Tod für sie vorgesehen, sie leben, Gott sei Dank! Aber so sieht unser Leben aus. Das ist unser Alltag. Wir haben uns daran gewöhnt.“ Aleppo, das ist die Wirtschaftsmetropole Syriens mit ehemals vier Millionen Einwohnern. Jetzt wird geschätzt, dass ungefähr die Hälfte davon noch zuhause, also noch in der Stadt ist. Ganze Stadtteile sind verwüstet, Häuser zerstört, Fabriken, Geschäfte – Sie haben bestimmt Berichte im Fernsehen darüber gesehen, ich brauche darüber nicht einzeln zu berichten. Im Rebellenviertel ist die Zerstörung sehr groß. Nach Aussage der Kontaktpersonen muss das Leben weiter gehen. Die Menschen sind dort sehr kreativ. Es funktioniert noch ein Teil der Bürokratie, auch, vor allem im Regimeviertel. Das Rebellenviertel hat andere Gesetze. Aber ungefähr zehn bis zwanzig Prozent der gesamten Produktivität der Wirtschaftsmetropole ist noch intakt. Also das genügt, dass noch ein paar Läden geöffnet haben, wo man einkaufen und die wichtigsten Besorgungen machen kann. Der Einbruch der Wirtschaft nimmt den Menschen ihre Arbeit und gleichzeitig steigen die Preise für die Grundnahrungsmittel, für Gas zum Kochen, Heizöl und Benzin. Die Menschen leiden immens darunter, dass die Preise unentwegt steigen. Ein Kilo Brot hat vor dem Krieg 15 syrische Pfund gekostet, jetzt kostet es 150, 200, manchmal auch 300 syrische Pfund. Wenn man überhaupt ein bisschen Geld

verdient, kann man sich gerade noch das tägliche Brot leisten. Die Menschen haben kaum Geld, um Lebensmittel zu kaufen. Sie hungern, sie frieren, sie sterben wegen der unzureichenden medizinischen Versorgung. Ganz unbemerkt, wie mir berichtet wurde, sie wollen sich schon nichts mehr zum Essen kaufen, sie wollen sich nur noch Medikamente kaufen, damit sie einfach ihre Krankheiten und die Mangelerscheinungen, die sie haben, irgendwie behandeln können. Auf die Frage bei meinen Anrufen „Wie geht es Euch?“, höre ich meistens die gleiche Antwort: „Wir haben keinen Strom, wir haben kein Wasser.“ Bei einem meiner Anrufe bei meiner Tante klagte sie mir über ihre Not: „Wir haben seit über zwei Wochen kein Wasser und keinen Strom. Ich kann meinen Haushalt nicht aufrecht halten. Meine Kinder und ich können uns nicht waschen. Zum Kochen gehe ich auf den Balkon, dort habe ich mir eine Feuerstelle aufgebaut. Mein Mann holt mir Holz von den Bäumen auf den Seitenstreifen der Autobahn.“ Wenn ich das höre, tut mir das im Herzen weh. Die Hochkultur der Stadt, ein kulturelles Welterbe, ist so heruntergekommen. Die Beeinträchtigung des Alltags ist gewaltig. Die Lebensumstände ändern sich ständig. Die Menschen befinden sich in permanenter Unsicherheit und Todesgefahr. Meine Tante erzählt weiter: „Manchmal gibt es ein paar Tage, da ist es ruhig und ich denke, es ist alles vorbei. Dann lasse ich meine Kinder auf die Straße gehen zum Spielen, dann schlägt wieder eine Bombe ein und ich muss die Kinder wieder im Haus zurück halten.“ Neben der Tragik – es sind ja Menschen – gibt es auch frohe Momente. Mein Cousin lebt im Libanon und arbeitet dort, weil er seine Arbeit in Aleppo verloren hat. Er hat sich kürzlich verlobt und wird im Sommer heiraten. Für die Menschen geht das Leben weiter. Und auch zum Scherzen sind die Menschen manchmal aufgelegt. Neulich habe ich mit meinem herzkranken Onkel telefoniert, geskyp. Während wir miteinander gesprochen haben, hat er geraucht und ich

sprach in darauf an. Er sagte mir ganz genussvoll: „Das ist die einzige Freiheit, die ich noch habe.“ Noch einen letzten Abschnitt. Eine andere weitere Kontaktperson, Mohammed, erzählte mir immer wieder, so wie viele andere auch, dass er aus Aleppo, aus Syrien, weggehen möchte. Ins benachbarte Ausland kann er nicht gehen, weil er kein Geld hat. Ins Flüchtlingslager gehen nur die Leute vom Land. Die Menschen aus der Stadt können darin nicht leben. Durch den Verkauf von Obst versucht er, seine Familie über Wasser zu halten. Er macht sich große Sorgen um seine Kinder. Seine jüngere Tochter geht seit über einem Jahr nicht mehr in die Schule. In ihrer Schule sind jetzt Flüchtlinge untergebracht. Die weiterliegende Schule ist belegt durch eine Milizeinheit der Regierung und die nächste in Frage kommende Schule ist zerstört. Mohammed ist auch besorgt um die Zukunft seiner studierenden Söhne. Die Universitäten funktionieren zum Teil noch. 30 Prozent der Studenten besuchen die Universitäten. Aber Mohammed hat kein Geld mehr, um die Studiengebühren und das Lehrmaterial für seine Söhne zu zahlen. Und um zur Uni zu gelangen müssen die Söhne an Checkpoints vorbei, und er fürchtet die Willkür der Posten, ob sie seine Söhne durchlassen, ob sie zurück geschickt oder festgehalten werden. Das ist der Alltag der Menschen.

Angelika Holterman: Vielen Dank. Das Flüchtlingsthema wird später fortgesetzt. Jetzt möchte ich mich an Christiane Reymann wenden und Sie vorstellen. Christiane Reymann ist aus Berlin als Expertin zu uns gekommen. Von ihrer Ausbildung her ist sie Politologin und Soziologin. Vom Beruf her ist sie Journalistin. Neben ein paar Ausflügen in die Printmedien hat sie hauptsächlich für den Deutschlandfunk und das Deutschlandradio gearbeitet. In letzter Zeit hat

sie sich auf persönliches Neuland begeben, indem sie die Arbeit an einem Hörspiel begann und andererseits, ganz wichtig für uns heute, gemeinsam mit Wolfgang Gehrke dieses Buch herausgegeben hat: „Syrien – Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert“. Viele von uns haben das jetzt schon mit großem Gewinn gelesen. Ich kann das Buch sehr, sehr empfehlen. Ich habe das als erste Information vor sechs Wochen bekommen und fand es sehr informativ. In den Zeitungen lesen wir für den Krieg in Syrien immer die Bezeichnung „Bürgerkrieg“: Warum haben Sie sich so entschieden dagegen gewandt?

Christiane Reymann: Erstmal fällt es mir ausgesprochen schwer, auf eine analytische, abstrakte Ebene

zu kommen, weil ich den Bericht aus Aleppo sehr wichtig und für mich sehr bewegend empfunden habe. Ich bewundere Sie, Mouna Sabbagh, sehr, wie Sie das Land vorgestellt und wie Sie einen Eindruck von den Zuständen dort vermittelt



haben. Dafür muss ich mich erstmal bedanken, sonst kann ich nicht weiter reden. (Klatschen). Bedanken möchte ich mich auch, dass ich hier sein und mit dem Podium reden darf. Im Buch sprechen Wolfgang Gehrke und ich zwar noch manchmal von Bürgerkrieg, aber im Grunde genommen, spreche ich nicht mehr von Bürgerkrieg. Und zwar, weil eindeutig der bewaffnete Konflikt in Syrien längst ein Stellvertreterkrieg ist und zwar auf drei Ebenen: internationale Interessen, regionale Interessen und innersyrische Interessen. Um es grob zu skizzieren: Die Kämpfenden werden materiell ausgestattet und politisch unterstützt, alle kämpfenden Oppositionellen. Assad mal rausgenommen, der hat auch Interessen. Sie werden unterstützt politisch und materiell auf internationaler Ebene, vor allem von Großbri-

tannien, Frankreich, USA. Es gibt hegemoniale regionale Interessen, vor allem der Türkei, ganz wichtig, Saudi Arabien, Katar und Iran. Und es gibt innere Interessen an einer Konfessionalisierung der Konflikte, Ethnisierung der Konflikte und es findet das statt, was wir aus Jugoslawien kennen, einem Land, wo es ein relativ gutes Zusammenleben gab, wo in Windeseile nach Ethnien getrennt werden konnte. Einen ähnlichen Prozess haben wir auch in Syrien, das heißt, die Einheit Syriens ist akut gefährdet.

Angelika Holterman: Das geht auch durch die Familien, wie wir gehört haben. Vielen Dank, Frau Reymann. Herr von Sponeck, für einen der Veranstalter heute, die DFG-VK, ist von besonderer Bedeutung, dass Sie einer der ersten Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik waren. (Klatschen) Mit einem Studium der Geschichte, Demografie und Kulturanthropologie sowohl in Deutschland als auch in den USA, legte er wohl eine gute Grundlage für eine mehr als dreißigjährige Tätigkeit als Diplomat bei den Vereinten Nationen. Eine Tätigkeit, die ihn durch die halbe Welt, namentlich aber für unser Thema interessant, in die Türkei und schließlich nach Bagdad in den Irak führte. Als Verantwortlicher des Programms „Öl für Lebensmittel“ (Oil for food) reichte er im Jahr 2000, mittlerweile Beigeordneter, also in der Hierarchie aufgestiegen, des UN-Generalsekretärs, seinen Rücktritt aus Protest gegen die Sanktionspolitik des Sicherheitsrates ein. Sanktionen, die verantwortlich für den Tod Hunderttausender sind. Mit Andreas Zumach hat er das Buch „Irak – Chronik eines gewollten Krieges“ verfasst. Er erhielt für seine Tätigkeit zahlreiche Preise und unterrichtet jetzt am Zentrum für Konfliktforschung in Marburg. Herr von Sponeck, Frau Reymann hat darüber gesprochen, warum der Syrienkrieg kein Bürgerkrieg sein kann. Sie haben in unserem Vorgespräch über „Entwestlichung“ dieser Kriege gesprochen, die auch im Zusammenhang mit all diesen Kriegen von Nöten wäre. Könnten Sie das bitte mit Bezug auf Syrien

ausführen?

Hans-Christof v. Sponeck: Vielen Dank, Frau Holterman, für Ihre Worte. Ich muss aber auch Ihnen allen danken für Ihr Interesse und für die Einladung, der ich gerne gefolgt bin. Mir geht es jetzt, da ich in diesem Raum mit Ihnen bin, nach einem Tag in der Münchner Sicherheitskonferenz wieder besser, weil es hier wärmer ist. (Klatschen) Aber vielleicht nur ein Wort am Anfang über den Kontext, der relevant ist für unsere Krisen heute, aber auf jeden Fall auch relevant ist für die Krise in Syrien. Und das ist dieses Konzept, an das wir uns wirklich, glaube ich, gewöhnen müssen. Das ist das Konzept der Entwestlichung. Es ist auch ein bisschen im Bayerischen Hof angeklungen. Da hat man das nicht so direkt ausgesprochen, aber es ging in die Richtung. Was heißt Entwestlichung? Schauen Sie, wir haben heute 7,3 Milliarden Menschen auf der Welt. Die Welt wird seit dem Ende des Kalten Krieges 1989 von zwölf Prozent der Weltbevölkerung beherrscht. Also zwölf Prozent spielen die Musik und 88 Prozent müssen nach dieser Musik tanzen. Was wir jetzt sehen: Sie und ich sehen das und die 350 Menschen im Bayerischen Hof sehen das auch. Selbst wenn sie das nicht so gerne wahrhaben wollen, dass wir, die globale Öffentlichkeit und nicht nur die, sondern auch Regierungen, nicht mehr bereit sind, diese Diktatur der zwölf Prozent weiter zu akzeptieren. Ich glaube, das wird ganz klar. Wir haben Beweise, damit will ich diese eineinhalb Minuten ausnützen, wir haben Beweise, dass das auf der politischen Ebene stattfindet. Ich möchte anfangen mit dem Iran. Iran war das erste Mal, wo man den Versuch gemacht hat. Die Brasilianer und die Türken haben beide



versucht, das Zepter in die Hand zu nehmen und die Diskussion über die Krise im Iran zu verhandeln. Das ist daneben gegangen, weil die westlichen Großmächte, die P2, im Sicherheitsrat, dagegen waren. Sie sagten „Ihr seid zu klein, überlasst uns das mal“. Dann kam Libyen: Im Sicherheitsrat haben sich fünf der fünfzehn Mitglieder der Stimme enthalten: Indien, Brasilien, Deutschland, Russland und China. Das war ein schüchterner Ansatz, wenn man nicht dagegen ist, sondern sich der Stimme enthält. Ich bin sicher, dass die Chinesen und Russen genau wussten, was sie taten. Sie haben gedacht, dass wenn sie ein Veto einlegen würde, die Sache vorbei wäre. Sie wollten aber lieber diese westlichen Großmächte den Karren in den Dreck fahren lassen. Das ist brutal ausgedrückt und ich glaube auch, dass das gar nicht so ethisch ist, denn der Karren hat viel Schaden angerichtet in Libyen. Das war schon eine Fortführung dieses Versuches, hier eine Entwestlichung sichtbar zu machen. Dann kam Syrien. In Syrien geschah für mich als Unomensch ein Wunder. Diese Uno, die im Eisenschrank für diese ganzen Monate und Jahre war, hat plötzlich, seit der Syrienkonflikt 2011 anfang, wieder gelebt. Es geschah etwas: Die Russen übernahmen die Initiative und dann begann, was die Amerikaner nicht mehr aufhalten konnten. Und zwar ging es um die Federführung in der Diskussion um die C-Waffen. Später heute Abend, hoffe ich, habe ich die Gelegenheit anzudeuten, dass wir das immer ernster nehmen müssen und nicht immer sagen dürfen, dass die schon wieder lügen. Wir müssen etwas dagegen tun, dass die lügen. Da gibt es gewisse Dinge, die man tun kann, darüber müssen wir später nochmal sprechen.

Angelika Holterman: Eine Nachfrage, was ich nicht verstanden habe: Was war im Sicherheitsrat?

Im Sicherheitsrat war die Diskussion über eine mögliche Lösung und wie sie weiter zu bringen wäre

und da geschah gar nichts: Weil die Russen und die Amerikaner sich immer neutralisiert haben. Und dann kam der Vorschlag des Außenministers Sergej Lawrow, dass man die Geschichte mit den C-Waffen so wie er vorgeschlagen hat, handhaben muss, so dass zum Schluss der Außenminister Amerikas John Kerry mitziehen musste. Der konnte dann nicht mehr anders. Das zeigt mir, dass diese politische UNO sehr viel stärker werden kann, wenn man sie geschickt handhabt.

Angelika Holterman: Ich möchte Ihnen Ute Finckh-Krämer vorstellen, die seit 2001 als Referentin im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin gearbeitet hat und nach der letzten Wahl erstmals als Bundestagsabgeordnete der SPD ins Parlament kam. Ihr wissenschaftlicher Hintergrund ist ein Mathematikstudium an mehreren deutschen Universitäten und eine Promotion zum Dr. rer. nat, also einem Dokortitel der Naturwissenschaften. Ihr politischer Hintergrund ist ein entschiedenes Eintreten für Pazifismus. In der Friedensbewegung der 80er Jahre bereits aktiv hat Ute Finckh-Krämer bereits 1989 den Bund für soziale Verteidigung (BSV) mitgegründet, dessen Vorsitzende sie ist. Zivile Konfliktbearbeitung ist dabei ihr Schwerpunkt. Frau Finckh-Krämer, im Vorgespräch haben Sie mit mir über die Bewegung „Adopt the revolution“ gesprochen, die die Solidarität der Menschen mit der syrischen Revolution ganz praktisch eingefordert hat. Mittlerweile haben sich jedoch viele, u. a. auch Konstantin Wecker, mit Begründungen zurück gezogen. Könnten Sie uns über diese Initiative, die erstmal so gut klingt, über ihre Entwicklung und Ihre Haltung dazu berichten?

Ute Finckh-Krämer: Also hinter der in Deutschland organisierten Solidaritätsaktion „Adopt the revolution“ stand die Annahme, dass in



Syrien was ähnliches passiert wie in Tunesien oder in Ägypten, dass nämlich eine junge, gebildete, säkulare, städtische Gruppe von Menschen gegen einen autoritären Staat aufbegehrt. Das war am Anfang aus meiner Sicht zumindest nicht auszuschließen, und wir haben als BSV deswegen dann gesagt, dass unsere Geschäftsführerin in den wissenschaftlichen Beirat von „Adopt the revolution“ geht, weil es sich in Ägypten gezeigt hatte, dass es hilfreich war, dass gewaltfreie Aktive, in diesem Fall aus Serbien, eben die Aufständischen beraten haben in dem Anliegen, gewaltfrei zu bleiben. Bei „Adopt the revolution“ war es dann so, dass einerseits - wirklich eindeutig - gebildete, überwiegend städtische Gruppen, die von Gewaltfreiheit überzeugt waren, sich gefunden haben, die unterstützt werden konnten. Ich habe versucht, eine Überschlagsrechnung zu machen. Dahinter steckten nie mehr als tausend, zweitausend Leute. Die Situation in Syrien ist dann für mein Gefühl sehr schnell - von einem Teil der Aufständischen eingeplant - in einen gewalttätigen Aufstand umgeschlagen, der dann zu einem Stellvertreterkrieg wurde, weil sich so ziemlich alle Extremen in der Konfliktphase eskalierend verhalten haben und nicht konfliktdeeskalierend. Zum Beispiel - hier letztes Jahr von Hanne-Margret Birckenbach sehr ausführlich dargestellt worden - hätte ein Vorgehen der ausländischen Großmächte, was einer Friedenslogik folgt, bedeutet, dass man mit Russland offen über westliche und russische Interessen im Mittelmeer redet und nicht erst den Russen vorwirft, dass sie Interessen haben und die eigenen verschweigt und vice versa. Insofern habe ich dann irgendwann das Gefühl gehabt - so sympathisch mir alle diejenigen sind, die etwas gewaltfrei verändern wollen, dass der Ansatz von „Adopt the revolution“ von der falschen Voraussetzung ausgegangen ist, dass es sich wie in Tunesien und Ägypten um eine

im Kern und sehr breit grundsätzlich gewaltfrei aufgestellte Protestbewegung handelt. Dem war aber nicht so. Und auch die Analyse, dass islamistische Gewaltakteure von außen eingesickert sind, ohne dass sie von ihnen unterstützt wurden. Also, dass die tatsächlich von außen gekommen sind, ist unzweifelhaft. Es waren schon in den ersten Zählungen der Uno, wie viele und welche Menschen umgekommen sind, von Anfang an mehr tote Politzisten und Soldaten auf den Listen, als mit einer gewaltfreien Protestbewegung zu erklären war. Was aber nichts gegen die Gruppen sagt, mit denen „Adopt the revolution“ zusammen arbeitet. Das sind auch die Komitees, die in den Städten versuchen, das Leben aufrechtzuerhalten, und auch die gewaltfrei gebliebenen Akteure. Also gibt es mehr Akteure, über die tatsächliche Fehleinschätzung hinaus. Ich habe darüber in den letzten drei Jahren lange nachgedacht, was das für uns als Gewaltfreie heißt, wenn man merkt, dass die, die man gerne unterstützen möchte und die gewaltfrei sind, eine so kleine Minderheit sind, dass die Gesamtentwicklung von ihnen nicht positiv im Sinne von Gewaltfreiheit beeinflusst werden kann. Das treibt mich echt um.

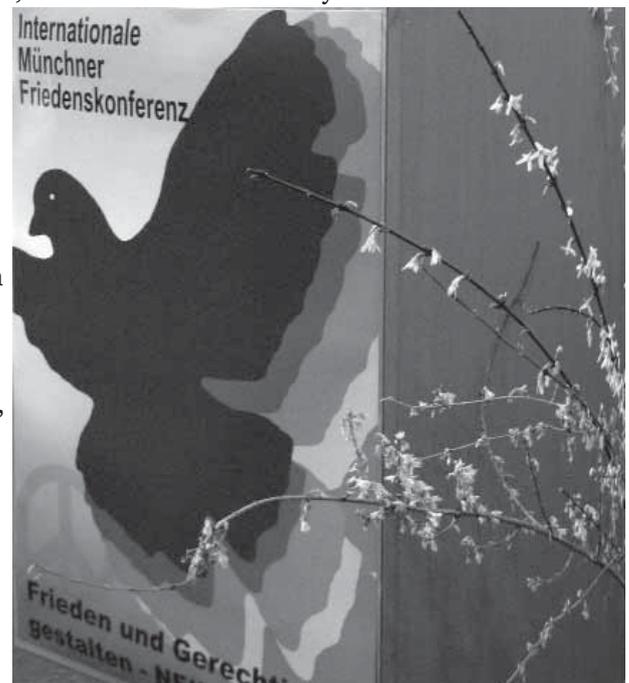
Angelika Holterman: Es wurden hier Unterlagen verteilt. Die Gemengelage ist so kompliziert und deshalb haben wir, zusammen mit Christiane Reymann und Heinz Staudacher und in Anlehnung an das Buch, eine Aufstellung über die politischen Akteure in Syrien versucht zusammen zu stellen. Und jetzt bitte ich Sie, Christiane Reymann, dazu was zu sagen.

Christiane Reymann: Wir hatten uns überlegt, eine Liste der syrischen Akteure in Syrien selbst zu machen, weil wir immer nur eine Gruppe von Opposition kennen. Die Rebellen in der Opposition sind diejenigen, die in Genf mitverhandelt haben. Und das ist die Opposition, die überall in den Medien auftaucht. Sie hat allerdings mit der syrischen Bevölkerung im Augenblick relativ wenig zu tun. Das

sagen alle. Ich habe auch darüber mit dem Stellvertreter von Lakhdar Brahimi gesprochen. Ich war in Damaskus im letzten Jahr und auch die Uno-Leute, die jetzt noch in Syrien sind, bestätigen das. Das ist nicht nur meine Einschätzung von außen. Und wir dachten, es sei auch für Sie sinnvoll, einen Überblick zu kriegen, welche Kräfte es in Syrien gibt. Der Überblick ist gleichzeitig unvollständig, da er die internationale Verflechtung nicht berücksichtigt. Also die ausländischen Interessengruppen, die hier verwoben sind, sind hier nicht aufgelistet. Ich erwähne sie zwar ein bisschen, aber ... Da ist zuerst die große Gruppe der nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte. Das ist die Gruppe, die in Genf war und für die syrische Opposition verhandelt. Das Problem ist, dass diese Gruppe sehr unterschiedlich zusammen gesetzt ist, ihr Exekutivkomitee oder Nationalrat hat - glaube ich - 160 Mitglieder, das Problem ist aber, dass sie alle entweder sehr gewaltbereit sind oder zumindest offen gegenüber Gewalt, also für eine Militarisierung des Konflikts sind. Das hat sich in Genf gezeigt. Dort haben nur zwei gewaltbereite Partner verhandelt, nämlich die Regierung und dieser Teil der Opposition. Und alle anderen Kräfte, die Gewalt ablehnen und auf friedliche Konfliktlösung setzen, die waren in Genf gar nicht anwesend. Grund: weil das Interesse seitens der Kräfte besteht, die mit diesem Teil der Opposition zusammenarbeiten, diese vorzuschieben, um einen Regimewechsel hinzukriegen. Das ist das Ziel. Alle haben gesagt, wir setzen Genf 1 fort - es gibt dazu ein wunderbares Dokument. Die USA haben sogar gesagt, dass sie Iran nicht zulassen, weil vielleicht Iran auf Genf 1 setzt. Aber in Genf 1 ist festgelegt worden eine Übergangsregierung unter Beteiligung aller Kräfte, einschließlich der Regierung, zu bilden. Das wurde explizit benannt. Trotzdem wurde zu einem Regimechange übergegangen. Und zwar deshalb, weil diese Gruppe, die nationale Koalition, inzwischen

verwoben ist mit den sogenannten „Freunden Syriens“. Das lesen Sie auch in der Zeitung, dass die „Freunde Syriens“ wieder einmal getagt haben und Hilfs-Millionen beschließen. Die „Freunde Syriens“ sind 2012 in Marrakesch von 114 Staaten gegründet worden, aber richtig aktiv bilden elf Staaten den Kern, nämlich Ägypten, Frankreich, Deutschland, Italien, Jordanien, Katar, Saudi Arabien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Großbritannien, USA. Und darin sitzt die nationale Koalition der syrischen Oppositions- und Revolutionskräfte. Und die haben jetzt auf ihrer Tagung am 26. Oktober letzten Jahres in London entschieden, dass ihr Hauptziel der Sturz von Assad ist. Der Sturz von Assad war immer die Vorbedingung dafür, dass sie überhaupt an Verhandlungen teilnehmen. Das haben sie zwar in letzter Sekunde als explizite Vorbedingung zurück genommen, aber auf jeder Pressekonferenz in Genf weiter betont. Wenn man als Vorbedingung den Sturz von Assad hat, ist kein Friedensprozess möglich. Denn Frieden kann man nur mit seinen Feinden machen. Diese Opposition ist eine starke Kraft, es handelt sich nicht nur um eine kleine Gruppe. Ein großer Teil der syrischen Gesellschaft ist verwoben mit dem Regime Assad. Wenn man einen Frieden hinkriegen will, kann man einiges unternehmen. Sie wollen aber inzwischen keinen Frieden mehr, sondern einen Regimewechsel, was die Sache sehr erschwert. Ich will nicht lange reden, aber doch noch einen Satz dazu. Die Bertelsmann-Stiftung, die einer unserer großen Thinktanks ist, haben mal aufgelistet, welches Szenario sie für Syrien am wahrscheinlichsten halten. Und das Szenario, das sie am wahrscheinlichsten halten, ist, dass in Syrien die

bewaffneten Konflikte weiter gehen, international Waffen geliefert werden - in diesem Land fehlt es an allem, aber nicht an Waffen! - und dass der Krieg solange weiter geht, bis sie ausgeblutet sind. Das ist das Wort, das sie sagen „er blutet aus“. Und wenn sich das nicht ändert, wird das der Fall sein. Ausbluten, bis alle erschöpft sind, dass sie nur noch am Boden liegen. Das wollen wir doch nicht! Und dann gibt es den militärischen Arm der syrischen Koalitions- und Oppositionskräfte, das ist die Freie Syrische Armee. Bei der Gründung waren das 236 Gruppen, die sich formal zusammen geschlossen haben, damit sie Geld und Waffen aus dem Ausland bekommen. Sie haben formal einen Kommandeur bestimmt, der nichts zu sagen hat. Aber unter diesen Kräften waren immer schon dschihadistische Kampfverbände und die haben in den letzten Monaten rasant an Einfluss gewonnen mit einer ungeheuren Brutalisierung der Kämpfe. Das ist unvorstellbar. Ein Schock auch für die arabische Welt, was dort an Grausamkeit passiert. Zwischenzeitlich haben dann die USA für die Freie Syrische sogar ihre nichtmilitärischen Lieferungen eingestellt, also Autos, Armee, weil sie nur noch Sorge hatten, dass das nur noch in die Hände der Dschihadisten geht. Also die Freie Syrische Armee steht vor



dem Kollaps, wie die Süddeutsche Zeitung schreibt. Ich denke, sie ist schon kollabiert. Dann gibt es das einflussreiche nationale Koordinationsbüro für demografischen Wandel. Das ist eine Vereinigung eher linker, säkularer politischer Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten. Im arabischen Raum spielen Einzelpersonlichkeiten immer eine große Rolle und wer aus welcher Familie stammt. Von denen habe ich auch viele kennengelernt. Vertreter von ihnen schreiben auch in unserem Buch. Diese Gruppierung hat ihren Sitz in Damaskus. Sie gilt als eine in Syrien verankerte Kraft. Sie versucht international Einfluss zu gewinnen und wird überall beschnitten. Sie sind trotzdem relativ einflussreich. Man muss aber sehen, dass Syrien und das Baath-Regime eine schlimme Hinterlassenschaft bedeutet, weil die demokratische Opposition immer brutalst verfolgt wurde. Es wurden auch immer die Kommunisten verfolgt. Immer noch sind hunderttausend politische Gefangene – rechnet man – in den Gefängnissen. Es konnte sich also kaum was nachhaltig entwickeln an demokratischer Opposition. Aber uns wurde bestätigt, auch von anderen Beobachtern, dass sie relativ verankert sind. Ein Beispiel: Im Februar letzten Jahres wurde zu einer großen Tagung nach Genf eingeladen, um die Exilopposition und die inländische Opposition im Kampf zu vereinigen, damit sie gemeinsam das Konzept entwickeln, wie es weiter gehen soll. Die Veranstaltung sollte in Genf stattfinden – wir sprechen von der Schweiz. Es waren 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Syrien eingeladen und 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Syrien haben kein Visum bekommen! Also mit solchen Mitteln wird auch gespielt, dass ihre Stimme nicht gehört werden kann. Und parallel wurde ganz kurzfristig dann zu dieser Genfer Konferenz eine Konferenz der Freunde Syriens in Paris einberufen am gleichen Tag – ganz kurzfristig anberaumt, so dass die Presse dann nur über die Konferenz der Freunde Syriens

berichtet hat. Das nationale Koordinationsbüro besteht weiterhin auf einem friedlichen Weg. Es hat für Genf vorgeschlagen, dass drei Kräfte gleichberechtigt nach Genf fahren: die nationale Koalition, die jetzt da ist, dann sie selbst, also die unabhängigen Kräfte und Kurden. Weil das kurdische Gebiet und die kurdische Selbstorganisation eine sehr, sehr große Rolle spielt. Sie haben eine stille Vereinbarung mit dem Assadregime, dass die Soldaten dort nicht mehr reingehen, die dort noch einen Stützpunkt haben, dass sie in Ruhe gelassen werden, dass sie ihre Autonomie behalten. Sie stehen aber jetzt unter großem Druck durch die dschihadistischen Kräfte, weil die beides ablehnen, das politische Konzept einer kurdischen Autonomie und auch die gelebte Autonomie in ihren selbstverwalteten Gebieten. Und dann gibt es die unabhängigen Kräfte, zu denen viele lokale Komitees gehören. Der Dachverband der lokalen Komitees, mit dem auch „Adopt the revolution“ zusammen gearbeitet hat, ist inzwischen Teil der nationalen Koalition. Aber ich bin sicher, dass es in ganz vielen Bereichen – ich weiß das aus meinen Besuchen in syrischen Flüchtlingslagern – Komitees gibt, die auch unter den schwersten Bedingungen versuchen, das Alltagsleben zu organisieren und die auch versuchen, wenn sie angegriffen werden, Verhandlungen zu führen, die mit den dschihadistischen Kräften nicht zu führen sind. Unter den unabhängigen Kräften möchte ich ganz besonders die Syrischen Frauen für den Frieden erwähnen, sie machen unter den schweren Bedingungen des Bürgerkriegs eine ganz beeindruckende Arbeit. Sie haben mit den Frauen aus dem ganzen Land ein Manifest für den Frieden ausgearbeitet, also auch gewaltfreie Konfliktlösung. Sie schulen Frauen in gewaltfreier Konfliktlösung und entwickeln Konzepte für ein demokratisches Syrien. Sie haben in Genf verlangt, dass Frauen adäquat beteiligt werden. In der Delegation der nationalen Koalition war gar keine Frau, in der Regie-

rung waren sogar mehrere Frauen an verantwortlicher Stelle. Beeindruckend ist für mich auch, in welchem Verständigungsprozess diese Konferenzen der Frauen das hinkriegen – auch auf YouTube anzuschauen: Da arbeiten zutiefst verschleierte Frauen, halb verschleierte Frauen und Frauen mit so kurzen Röckchen. In Genf 1 ist die adäquate Beteiligung von Frauen an friedensschaffenden und friedenserhaltenden Prozessen auch gefordert worden.

Angelika Holterman: Ich würde jetzt gerne Ihnen, Herr von Sponeck, das Wort geben, weil Sie zu verschiedenen Sachen so viel notiert haben.

Hans-Christof v. Sponeck: Wenn ich das höre, was wir gerade alle gehört haben, erinnert mich das vollkommen an den Irak, was in Syrien geschehen ist. In diesem Stellvertreterkonflikt kann man sich den ganzen Plan anschauen. Es gibt einen Plan, der von der konservativen Bush-Regierung ausgearbeitet worden ist, welche Regime im Mittleren Osten entfernt werden sollten, nämlich Libyen, Syrien, Irak, Iran und dazu gehört das Sicheinmischen in die Palästinenserdiskussion. Also Freunde von Syrien, es gab in meiner Zeit auch Freunde für den Irak. Das klingt vielleicht antiamerikanisch, ist es aber nicht. Es ist eine Tatsache. Ich vertreibe keine Ideologie. Der ANC hat ähnlich funktioniert wie die Freunde Syriens. Was ich erst schwer verstanden habe, aber dann ist es mir aufgegangen: Warum ist der amerikanische Außenminister in Montreux einen Tag vor den Gesprächen in Genf ans Mikrofon gegangen – ich habe es selber gehört – und hat gesagt „der Assad muss weg“? Und das am Vorabend eines Versuches von Brahimi, hier eine sehr diffizile Vertrauensbasis zu entwickeln. Man fragt sich, ob der Mann dumm ist, aber er ist nicht dumm. John Kerry ist nicht dumm – das habe ich heute wieder auf der Sicherheitskonferenz mitbekommen. Ich spekuliere jetzt, was ihm in den Sinn gekommen sein könnte – auch das erinnert mich an den Irak: sie

geben vor, einen Prozess zu unterstützen, den jeder normale Mensch unterstützen sollte, aber mit einer versteckten Agenda: „Hoffentlich geht es daneben. Wir wollen das ja gar nicht. Aber wir müssen so tun, als ob wir es wollten.“ Und daher kam dann dieser plumpe Satz, von dem er nicht erwartet hat, dass er soweit an die Öffentlichkeit dringt „der Assad muss weg“. Ich glaube, so war die Denkweise, denn man will keine friedliche Lösung mit Assad, denn das wäre ein Stück Abbruch für den Einfluss des Westens, der Amerikaner in Syrien und im Mittleren Osten. (Klatschen)

Angelika Holterman: Das erinnert mich an die Worte von Mohssen Massarrat gestern Abend, der deutlich die Machtkonstellation beschrieben und gesagt hat, dass von Seiten des Westens, vor allem von den USA eine Irakisierung des Iran betrieben werden soll und Syrien in dem ganzen Spiel nur ein Spielball ist, der erstmal fallen muss. Aber jetzt haben wir soviel über die schrecklichen Hintergründe geredet. Ich möchte jetzt erstmal fragen, welche Schritte zum Frieden sehen Sie hier auf dem Podium, die möglich wären und welche Schritte zum Frieden könnte auch die Friedensbewegung anstoßen.

Mouna Sabbagh: Ich möchte nicht meine persönliche Meinung wiedergeben, sondern das wiedergeben, das ich von den Menschen höre, wenn ich mit ihnen spreche. Ich frage sie: Wie stellt Ihr Euch Frieden vor? Wie meint Ihr, könnte Frieden sein? Da kommt erstmal eine große Resignation. Sie sagen auch: Niemand ist daran interessiert, dass wirklich Frieden herrscht in Syrien. Die Welt lässt uns im Stich. Sie wollen Syrien schwächen, ausbluten. Wie Frau Reymann vorhin dargelegt hat. Wenn ich dann weiter bohre und sage, dass es doch einen Weg geben muss. Dann kommt vielleicht: Es soll sich in Syrien niemand einmischen. Das ist unsere Angelegenheit. Wir wollen nicht, dass die ausländer sich einmischen. Ich höre Stimmen, die sagen: Wir brauchen eine starke Regierung, die uns schützen kann

in dieser Zeit. Im einzelnen führen sie das nicht aus, aber ich kann es mir ausmalen, was sie damit meinen. Sie waren anfangs euphorisch, dass sich mit dem Aufstand vieles verändert. Aber mittlerweile sagen sie, dass die bestehende Regierung die einzige Sicherheit momentan ist. Frieden also auf diesem Weg.

Angelika Holterman: Frau Finckh-Krämer, was meinen Sie: Die Waffenlieferungen und die „Patriot“-Raketen, die wir in der Türkei stationieren und die dort ja nichts zu suchen haben, destabilisieren ja nur die Region.

Ute Finckh-Krämer: Erster Punkt zu den Waffenlieferungen, die über diverse Nachbarländer an alle Beteiligten im Land gehen: Man kann nicht gleichzeitig Leute, die gewaltbereit sind, zu Verhandlungen holen und ihnen weiter Waffen und Munition liefern. Zu einem Verhandlungsetting gehört: „Ihr sollt jetzt verhandeln und keine Waffen mehr anhäufen und einsetzen.“ Zum Durchsetzen muss man mit den Nachbarländern verhandeln und mit den Ländern, die die Waffen liefern. Deutschland ist immerhin in einer guten Situation: Deutschland hat, wenn man von den alten Luftabwehrraketen von 1978 absieht, in diesem Konflikt keine Waffen geliefert. Insofern kann Deutschland die Forderung unterstützen, keine Waffen zu liefern. Es wurden zwar Waffen aus Deutschland gefunden, die aber wahrscheinlich Lizenz-Nachbauten aus Saudi Arabien sind. Insofern hat Deutschland bei allen Seiten des Konflikts den Ruf, kein direkter Kriegersakteur zu sein, der eine der Seiten militärisch unterstützt, nur maximal Ausbilder hingschickt.

Angelika Holterman: Unsere Medien nehmen allerdings eindeutig Stellung gegen Assad und auch in dieser Richtung der Freien Syrischen Armee. Die Bundesregierung steht auf einem anderen Blatt, aber wir werden in dieser Richtung doch gedrängt.

Ute Finckh-Krämer: Es ist unterschiedlich und es kommt darauf an, welche Medien man liest. Ich rege

mich immer über die Artikel von Ines Kappert von der taz auf, aber andererseits hat die taz auch im November den Artikel einer italienischen Journalistin ins Deutsche übersetzt und abgedruckt, der sehr deutlich am Beispiel Aleppo aufgezeigt hat, wie sich auch zum Teil dieser Krieg völlig verselbständigt hat in etwas, wo diejenigen, die ihn tatsächlich führen, also die jungen Männer, die gegeneinander kämpfen und auf sich schießen, überhaupt nicht mehr wissen, wofür sie eigentlich kämpfen. Das ist auch noch ein Aspekt des Krieges, der hier noch nicht zur Sprache kam. Das hat mich auch sehr an das Buch „Im Westen nichts Neues“ erinnert, wo junge Männer aufeinander schießen und überhaupt kein Gefühl mehr haben, warum sie das überhaupt machen. Das ist auch etwas, was mindestens so erschreckend ist wie die Berichte der Menschen, die Geiseln des Krieges sind. Zu den „Patriot“-Raketen: Die Türkei ist ein Nato-Staat, der sich im Lauf der Jahre unterschiedlich positioniert hat. Er versucht sich ein Stück weit der Nato-Solidarität, wenn denn der Krieg in ihr Land überspringen würde, zu versichern und er damit das Gefühl hat, er hat was in der Hinterhand. Sie wollen selber nicht hineingezogen werden und haben das Gefühl, dass es eher eskaliert als nicht. Und deshalb gibt es in der Türkei große gesellschaftliche Gruppen, die die „Patriot“-Raketen-Stationierung letztes Jahr nicht wollten und die auch dagegen gewesen sind, sie jetzt zu verlängern. Das hat einige aus der SPD-Bundestagsfraktion darunter eine in der Türkei gut vernetzte türkischstämmige Fraktionskollegin und mich dazu bewogen, mit nein zu stimmen bei diesem Antrag, die „Patriot“-Raketen zu verlängern. Es ist in keiner Weise damit zu rechnen, dass das Regime Assad irgendwelche Luftangriffe mit Raketen, wogegen die nur helfen, auf die Türkei zu machen. Aber andererseits gibt es Erdogan ein Stück weit Rückhalt im eigenen Land, aber es wirkt gegenüber Syrien eher konflikteskalierend als deeskalierend, und das muss man ja nicht unbe-

dingt unterstützen.

Christiane Reymann: Was eine baldige friedliche Lösung des Syrienkonflikts anbetrifft bin ich leider sehr traurig und nicht besonders optimistisch. Mein Herz wird jeden Tag schwerer. Aber wir sind jetzt hier zusammen und ich bin eine nimmermüde Kämpferin für friedliche Konfliktlösungen und ich denke, wir haben die Pflicht und Verantwortung, erstmal auf unsere Bundesregierung einzuwirken. Da habe ich Sorge aktuell, weil mir ein bisschen zu laut getönt wird von der Kultur der militärischen Zurückhaltung, die Deutschland immer geübt hätte und die wir jetzt immer weiter fortsetzen werden, indem wir nämlich mit Ausbildern die Franzosen in Mali entlasten, damit die besser Krieg führen können. Das ist keine Kultur der Zurückhaltung. Sie ist mir auch zu dicke – auf einmal wird das aus der Trickkiste geholt und jeder spricht auf einmal von der Kultur der militärischen Zurückhaltung. Da müssen Alarmglocken läuten. Wir müssen auch unserer Verantwortung besser gerecht werden. Das hat sogar unser Bundespräsident gesagt, wobei er damit seine Kompetenzen überschritten hat. Auch dabei Alarmglocken, weil er militärische Verantwortung meinte. Bündnistreue ist auch so ein ganz schlimmer Begriff. Er wird in Europa immer mehr beschworen, weil wir ja in Europa immer mehr zusammen wachsen und deshalb Frankreich nie alleine lassen dürfen. Oder wenn die Türkei was sagt, das war damals auch Bündnistreue mit den „Patriot“-Raketen. Alarmglocken läuten. Aufklären. Das ist sehr wichtig. Aufklären gegen diese Strategie, die mit schönen Worten verdeckt wird und die deutsche Interessen verschleiert. Waffen liefern. Wir müssen unbedingt gegen das Embargo auftreten. Die Leute leiden unter dem Embargo. Die Menschen bekommen keine Medikamente mehr geliefert. Das ist inhuman. Wir müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wir müssen Druck machen, dass die EU-Staaten ihre Botschaften in Syrien wieder

öffnen. Die haben alle ihre Botschaften geschlossen, das heißt, sie sind nur noch auf Geheimdienstinformationen angewiesen und haben keine eigenen Kontakte mehr zu den Menschen und politischen Kräften in Syrien. Wir müssen auf humanitäre Hilfe drängen. Und die humanitäre Hilfe muss unabhängig von den politischen Konzepten geliefert werden. In sicheren Korridoren. Sie wird inzwischen gebunden an politische Konzepte! Wir müssen weiterhin Propagandistinnen und Propagandisten sein für das internationale Recht. Das wird immer mehr beschädigt. Der Ruf des internationalen Rechts leidet immer mehr, weil es dauernd gebrochen wird. Aber wir werden nirgendwo in der Welt einen nachhaltigen Frieden bekommen, wenn nicht eine Achtung vor dem internationalen Recht besteht und es auch weiter entwickelt wird. Ich glaube, das sind alles Rahmenbedingungen, die wir in unserem Land herstellen können und wo wir Aufgaben haben. Wo wir uns gegenseitig auch bestärken, dass wir da nicht nachlassen und selber glauben an das internationale Recht. Wenn wir selbst den Glauben daran verlieren, dann gibt es nur noch das Recht des Stärkeren, was anderes gibt es dann nicht mehr. (Klatschen)

Hans-Christof v. Sponeck: Man hört wenig in diesen Wochen, was internationales Recht schützen will. Es erinnert mich an Donald Rumsfeld, als er damals in Bagdad gefragt wurde und sagte: „internationales Recht brauchen wir nicht. Wir sind internationales Recht.“ Wenn das der Ansatz ist, habe ich wenig Hoffnung. Ich glaube aber, dass sich da einiges geändert hat. – Wegen der Stationierung der „Patriot“-Raketen an der syrisch-türkischen Grenze: Das ist wirklich eine Achillesferse der Diskussion. Ich weiß noch von damals, dass man Menschen verhaftet hat an der Grenze, weil sie mit Sarin erwischt wurden. Sarin ist das, was benutzt wurde bei diesen furchtbaren Greueltaten in Syrien – von wem, da bin ich vorsichtig. Diese „Patriot“-Raketen, die von den Amerikanern, den Türken und den Deutschen geliefert

worden sind – laut Nato – dieser Schutz dieser Grenze hat eine Öffnung ermöglicht, durch die Waffen, Geheimdienste herein kamen, das Sarin angeblich auch. Ist da Deutschland naiv gewesen, indem es zustimmte? Herr Schröder sagte einmal: „Wir müssen aufpassen, wir können nicht immer nein sagen.“ Bei Afghanistan hat Deutschland ja gesagt, im Irak hat Deutschland nein gesagt. Und Deutschland ist ein Nato-Partner und gefragt worden, ob es dabei sein will und Deutschland hat dem zugestimmt. Damit hat Deutschland einen negativen Beitrag zu dem Konflikt her geleistet. Damit ist eine Öffnung entstanden, durch die viel Übles in den Irak getragen wird.

Angelika Holterman: Das Wort an das Publikum mit der Bitte die Fragen und Redebeiträge auf eine Minute zu beschränken.

Teilnehmerin: auf der Liste der politischen Akteure in Syrien taucht Assad und seine Regierung nicht auf. Ich würde gerne die Einschätzung seiner Rolle von Ihnen hören.

Teilnehmer: Ich war mit Wolfgang Gehrke vor drei Jahren in Syrien. Auf dem Rückflug sagte ich ihm: Alles, was wir im arabischen Frühling erleben, wird übertroffen werden von dem, was in Syrien geschehen wird. Damals habe ich vorgeschlagen, dass in der Linken-Fraktion eine Stabsstelle errichtet wird, um den gesamten Konflikt des arabischen Frühlings einzubinden. Ich bedaure sehr, dass es nicht dazu gekommen ist. Ich hätte mir gewünscht, dass in Eurem Buch der Bericht der Reise aus dem Jahr davor eine größere Rolle gespielt hätte. Die Reise ist wichtig gewesen, weil sie den Versuch unternommen hat, die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen, statt nur die Großmächte. Frage an Herrn von Sponeck: Hat eigentlich die Frage nach einem Rüstungsembargo gegenüber Syrien und zwar gegenüber allen Parteien in Syrien eine Rolle gespielt?

Teilnehmerin: Die Frauen sollten beteiligt werden, wie Sie gesagt haben. Ich erinnere an die Resolution 1325, die im Jahr 2000 vom

Sicherheitsrat verabschiedet wurde, in der das Recht der Frauen an Friedensverhandlungen auf welcher Ebene auch immer besonders betont wird. Es wird betont, dass besonders Frauen aus den Konflikt- und Kriegsregionen beteiligt werden. Warum wird diese Resolution überhaupt nicht ins Spiel gebracht? Herr von Sponeck, ist Ihnen diese Resolution irgendwo mal begegnet? Hat sich irgendjemand mal dafür eingesetzt? Die Resolution ist jetzt dreizehn Jahre alt und es hat viele Konflikte und Kriege gegeben und auch Friedensverhandlungen, an denen Frauen nie beteiligt waren. (Klatschen)

Christiane Reymann: 1325 ist eine Uno-Resolution, die eine bedeutende Rolle von Frauen in friedensschaffenden und friedenserhaltenden und friedensstabilisierenden Maßnahmen beschreibt. Also auf allen Ebenen: Konfliktlösung, Wege zum Frieden eröffnen, Frieden stabilisieren, Frieden ausformen. Dort sollen Frauen eine bedeutende Rolle spielen. Auch im Dokument Genf 1, das sich auf diese jetzigen Verhandlungen beziehen sollte, steht wörtlich: Frauen müssen in allen Aspekten des Übergangs umfassend vertreten sein. Die 1325 wurde dadurch ein bisschen aufgenommen. Sie wird aber praktisch nicht aufgenommen. Die Verhandlungsdelegation der nationalen Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte, die hier mitwirkte, hat in ihrem nationalen Komitee von 161 Menschen nur zwei Frauen.

Hans-Christof v. Sponeck: Warum wird diese Uno-Resolution nicht durchgeführt? Die Mitgliedsstaaten machen nicht mit, da kann der Generalsekretär der Uno wenig tun. Im Irak sind vielleicht 40 Resolutionen, die wichtig waren, verabschiedet worden. Wenn es einem passte oder nicht passte, wurden sie links liegen gelassen. Wir haben darauf hingewiesen und haben uns beklagt. Was ich besonderes bedrückend finde: Ein Zusammenschluss von syrischen Frauen, mit denen ich zum Teil Kontakt habe, die aus allen verschiedenen politischen Bereichen kommen, die mit

ihren Schwestern in Syrien Kontakt haben, wollten gerne an den Genf-1-Verhandlungen teilnehmen, aber sie sind nicht eingeladen worden. Niemand sagt etwas. Hier würde ich sagen, wir haben eine deutsche Vertretung bei der Uno in Syrien, die kennt diese Resolution, die sollte Krach schlagen, aber das tun wir nicht. Nur wenn Sie sagen und wir sind ja die neue Kraft an der Ecke, the new power, es ist das Zeitalter der zivilen Bewegung gekommen, das sollten wir nicht unterschätzen. Wir haben schon Erfolge. Da sollten wir Krach schlagen. Einfach sagen, hier ist etwas festgelegt worden, was nicht eingehalten wird. Darauf hinweisen, wie auch heute, immer wieder haben die Deutschen gesagt, wir sind ein Rechtsstaat und für uns ist das wichtig. Das ist internationales Recht. Eine Resolution, die verabschiedet wird, ist internationales Recht.

Angelika Holterman: In diesem grünen Buch über Völkerrecht empfehle ich den Artikel von Norman Paech. Er ist sehr interessant, weil man mit der Lektüre kapiert, was alles gegen das Völkerrecht gemacht wird.

Christiane Reymann: Die Rolle Assads haben wir deswegen nicht erwähnt, weil wir nur kurz die Oppositionskräfte beschreiben wollten - nur deshalb. Er spielt natürlich eine Riesenrolle. Ich war im Juli

mit einer Delegation, dreizehn Menschen aus neun Ländern, einer internationalen Initiative „Peace in Syria“ unterwegs. Unser Anliegen und Interesse – von namhaften Nobelpreisträgern unterstützt, wir hatten auch einen Bischof mit dabei – war, die Waffen müssen schweigen, um einen gesellschaftlichen Dialog herzustellen. Wir haben uns besonders konzentriert auf die Zivilgesellschaft, dass die eine Rolle in diesem Prozess spielt. Wir haben auch mit Regierungsvertretern gesprochen und wurden von Präsident Assad zu einem Gespräch eingeladen, was uns überrascht hat. Haben mit verschiedenen Parteien, mit allen Uno-Organisationen, mit gesellschaftlichen Gruppen geredet. Darüber habe ich einen ausführlichen Bericht geschrieben, nachdem das Buch auf dem Markt war. Wir werden jetzt ein neues Buch schreiben, da werden solche Sachen alle rein kommen. Da wurde uns deutlich und von den Uno-Vertretern gesagt, die im ganzen Land rumkommen, dass durch diese schreckliche Brutalisierung dieses Krieges der Rückhalt von Assad in der Bevölkerung wächst. Nicht als Zustimmung zu seiner Politik, sondern als eine Möglichkeit, Versorgung und Kommunikation wieder herzustellen, dass dieses fürchterliche Leiden dieses Krieges aufhört. Sein Rückhalt in der Bevölkerung wächst. Leider wachsen auch seine



militärischen Erfolge. Ich sage deshalb „leider“, weil ich denke, dass auch die Regierung Assad einen ganz wesentlichen Anteil daran hat, dass die Verhandlungen haken. Auch, beide Parteien, aber auch die Assad-Regierung. Ich denke, die Assad-Regierung und das haben wir in unseren Gesprächen auch Assad gegenüber gesagt, hätte aktiver sein können, humanitäre Korridore zu schaffen, wie es in Genf 1 verabredet war. Sie hätten aktiver darauf hinwirken können, befristete Waffenstillstände zu bewirken. Deutlich mehr politische Gefangene entlassen als vertrauensschaffende Maßnahme. All das ist nicht geschehen, weil natürlich die militärische Karte im Hinterkopf und in der Denkungsart dieser Regierung ist. Sie kämpfen solange militärisch, solange es keinen Frieden gibt. Aber dass das zusammen hängt, dass man aufhören muss zu kämpfen, damit man im Frieden weiter kommt, das ist noch nicht richtig verankert. Assad nahm das höflich auf. Er sagte, mit wem sollen wir verhandeln?

Teilnehmer: Assad hat die ganze Welt getäuscht. Er hat immer gesagt, er will verhandeln, aber er glaubt immer noch, durch Gewalt zu gewinnen. Seine Offerten sind also Lügen. Alle Gruppen, die Sie genannt haben, vertreten nicht das Volk. Die Flüchtlinge sind auch das syrische Volk. Mehr als die Hälfte

der Syrier sind geflohen. Wer hört ihre Stimme? Nicht diese Leute. Die sprechen nicht im Sinne des Volkes und die Kämpfe gehen weiter.

Mouna Sabbagh: Ich möchte über die drastische Situation der Flüchtlinge in Aleppo berichten. Aleppo hat ja vier Millionen Einwohner, davon sind fast die Hälfte noch in der Stadt und nach Schätzungen sind zwischen 500.000 und einer Million Flüchtlinge in der eigenen Stadt. Ganz viele sind durch die Kämpfe im Rebellenteil in den Regimeteil geflüchtet. Sie sind in Schulen, öffentlichen Gebäuden, Moscheen, auf Grünstreifen von Straßen untergekommen. Im Rebellenteil erreichen sie noch einzelne Hilfstransporte. Das große Drama ist bei den Flüchtlingen im Regimeteil, die keine Hilfe erreicht. Die sind wirklich auf Hilfe angewiesen. Der größte Teil der Hilfe kommt von einzelnen Initiativen von Frauen, die aus Mitgefühl und mit Geldern, die sie von wohlhabenden Personen bekommen, unter anderem auch von unserem Verein, der Spenden an eine der Initiativen weiter gibt, solche Initiativen ins Leben gerufen haben. Nur durch persönlichen Kontakt ist momentan Hilfe möglich. Das kann geschehen, indem wir Gelder weiter geben an Initiativen, die damit Lebensmittel, Medikamente kaufen oder Brunnen bohren. Die Situation der Flüchtlinge ist katastrophal. Man muss sich

vorstellen: es leben in einem Schulraum zum Beispiel vier bis fünf Familien mit jeweils vier bis sechs Kindern. Ihre Bereiche sind mit Stoffbahnen voneinander getrennt. Der harte Winter hat die Not noch zusätzlich vergrößert. Diese Menschen wünschen sich nichts mehr, als wieder in ihre Wohnungen zurück zu können. Ich weiß nicht, ob es an dieser Stelle so wichtig ist, wer Recht oder nicht Recht hat. Ich glaube, die Menschen vor Ort wollen einfach nur Frieden, Ruhe, Sicherheit. Ich höre immer wieder, dass Menschen sagen: „Wir wollen nichts mehr. Wir wollen nur, dass es wieder so wird, wie es war. Dass wir einfach wieder leben können, wie wir vorher gelebt haben.“

Christiane Reymann: Ich habe im Libanon ein Flüchtlingslager besucht, auch mit Hilfe des Auswärtigen Amtes haben wir eine Frau rübergekriegt zu ihrer Familie. Syrien hat 22 Millionen Einwohner. Neun Millionen sind von Flucht betroffen. Der größte Teil, über sechs Millionen, sind Flüchtlinge innerhalb Syriens. Die syrische Gesellschaft, die immer Flüchtlinge von so vielen Seiten von außen aufgenommen hat, traditionell, versucht jetzt mit einander das Flüchtlingsdrama zu handhaben. In den Libanon sind 1,2 Millionen registrierte Flüchtlinge geflohen. Der Libanon hat bereits 900.000 palästinensische Flüchtlinge aufgenommen. Das sind zusammen über zwei Millionen Menschen bei einer eigenen Einwohnerschaft von vier Millionen. Und ich habe mir immer gedacht, wenn wir hier in Deutschland 40.000 Flüchtlinge aufnehmen müssen. Das sind doch die Relationen!

Teilnehmer: Ich bin von „Bike for Peace“. Ich habe eine Broschüre bekommen von der IPPNW. Sie wollen Frieden und haben kein Eigeninteresse an erneuerbaren Energien, haben aber in dieser Broschüre den Zusammenhang hergestellt. Ich habe aus der Lektüre viel gelernt über die Gründe: In der Nähe der Stadt Homs wurde ein gigantisches Erdgaslager entdeckt, wie das syrische Ölministerium im August 2011 verkündete. Im Mittelmeerraum



befinden sich überhaupt erhebliche Erdgasreserven und Syrien könnte möglicherweise der erdgasreichste Staat werden und obendrein zu einem Knotenpunkt für Energie-transportwege. Warum wird in unseren Medien über diesen Punkt praktisch gar nichts berichtet? Beim Irak wusste fast jeder, dass es Krieg um Öl war, nur bei Syrien wird nicht davon geredet. Ich finde die Antwort dazu erschreckend, die jeden Tag für uns alle zu sehen ist, nämlich die Sonne, die uns jeden Tag mehr Energie spendet, als wir mit unserem verschwenderischen Lebensstil verbrauchen können. Ich finde es erschreckend, dass nicht endlich mehr gefordert wird von unserer Zivilgesellschaft, erneuerbare Energien statt Kriege um Öl. Herr von Sponeck, wir hätten Sie gerne wieder als Schirmherren für die Radltour von Paris nach Moskau. Vielleicht können Sie uns auch die Kosten von der Uno beschaffen.

Teilnehmerin: Mein weibliches Herz hüpf, wenn ich von einer Frauenbewegung höre! Kann man davon sprechen, dass es im arabischen Raum oder in diesen Krisenherden eine Art Frauenbewegung gibt oder dass die Frauen sich jetzt doch mehr verantwortlich fühlen als Frauen für Frieden zu sorgen oder ist das nur eine ganz kleine Nischenhoffnung?

Teilnehmer: Wir hören, dass salafistische Jugendliche aus Deutschland in den Krieg gehen als Dschihadisten. Mich interessiert, wer instrumentalisiert und finanziert sie? Und wer liefert die Waffen für die Dschihadisten? Wie ist das mit dem Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten in Syrien?

Teilnehmer: Wie wir wissen sollten, sind die syrischen Aufständischen in verschiedene Gruppen aufgeteilt, die sich auch gegenseitig bekriegen. Wissen Sie, welche Gruppe von Rebellen es ist, die in Aleppo Teile der Stadt beherrscht? Und dann eine Anmerkung zu den Flüchtlingen in Deutschland, ich bin in Augsburg im Integrationsbeirat und deswegen teilweise zuständig. Wir hatten einen Schwung von Flüchtlingen aus Syrien bekommen,

die über den Libanon nach Deutschland kamen. Sie waren falsch informiert. Sie glaubten, sie würden hier ankommen, gleich eine Wohnung und Arbeit bekommen. Natürlich wurden sie dann in Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge gesteckt und Arbeit gab es auch noch nicht. Man muss die wenigen, die man aufnimmt, wenigstens halbwegs richtig informieren!

Christiane Reymann: Überall geht es letztlich um Rohstoffe. In Mali gibt es Gold, Diamanten und Uran. Mit Energie hat es meistens etwas zu tun. Die Franzosen brauchen das ja auch für ihre AKWs. In Syrien gab es durchaus Erdöl. Die Reserven neigen sich dem Ende zu. Soziale Gründe waren Gründe für den Aufstand in Dar'a, weil die Mittel zur Umverteilung einfach geringer werden. Syrien hat immer sehr stark subventioniert: Lebensmittelpreise, Energiepreise und so weiter. Die Mittel wurden geringer, weil die Öleinnahmen geringer wurden. Die soziale Lage hat sich unter Assad für die Jugend bereits sehr verschärft. Öl lässt nach. Das Ölembargo hat Syrien trotzdem empfindlich getroffen, weil die Öleinnahmen aus dem Export immer noch fünfzig Prozent des Staatshaushaltes ausmachen. Und dann diese gigantische Erdgasblase, die bis nach Zypern rübergeht – dadurch kann man sich erklären, warum Katar so einsteigt. Dieser Zwergenstaat mit 250.000 Einwohnern ist der Hauptfinanzier der Dschihadisten und die machen das, weil sie ihren Erdgasreichtum nach Europa transportieren wollen. Dafür brauchen sie Wege, und ein stabiles Syrien, das selbst Erdgas hat, stört hier erheblich. Fanatisierte junge Leute wird es immer geben, dass es da einen direkten Zusammenhang nach Duisburg gibt, glaube ich nicht. Das unterstreicht den Charakter, dass der Konflikt kein Bürgerkrieg mehr ist, dass sich jetzt selbst solche Leute einmischen.

Ute Finckh-Krämer: Auch in Ländern, wo man das erstmal nicht gedacht hat, haben Frauen Friedensprozesse erzwungen. Wer kennt den Film „Zur Hölle mit dem

Teufel“, wo Frauen aus Liberia geschildert werden, einschließlich der Friedensnobelpreisträgerin, die sich vor das Verhandlungshotel gesetzt und gesagt haben, „wir lassen Euch nicht raus, bis ihr nicht Frieden geschlossen habt.“ Das hätte ich mir auch für Montreux gewünscht, war aber offensichtlich nicht zu organisieren. Interessant ist, dass die Verhandlungen über die Abgabe der syrischen Chemiewaffen - zumindest derer, die im Besitz der Regierung sind, wovon ich ausgehe, dass das die Mehrzahl ist - wurden mitgeführt von Angela Kane, UN-Abrüstungsbeauftragte. Alle Akteure waren Männer und galten genauso als aussichtslos, wie die, die gerade in Montreux gescheitert sind und trotzdem hat sie sie zum Erfolg geführt. Das heißt, eine Frau hat hier unter Umständen einen Durchbruch erzielt, der einem Mann nicht gelungen wäre, gerade weil Männer mit ihrer männlich geprägten Konkurrenz zueinander und keinen Schritt weichen können von einem anderen Mann. Das ist eine Hypothese von mir, aber wäre ein sachter Hoffnungsstrahl. Die spannende Frage ist, wie bekommt man die Frauen, die sich zusammen geschlossen haben, in die Verhandlungen rein. Das werde ich auch mitnehmen nach Berlin.

Mouna Sabbagh: Die Frauen in der Öffentlichkeit: Die Frauen wirken im kleinen Bereich, haben einen größeren Einfluss und Wirkung, als man sich vorstellen kann. Gerade auf die Befriedung zwischen den Menschen, auf den Hass und den Groll haben die Frauen doch einen wesentlichen Einfluss der Versöhnung und des Miteinanders. Wenn ich anrufe und eine meiner Tanten frage, sagen sie: „betet für uns, betet für die Versöhnung, betet, dass die Menschen wieder miteinander können. Sendet uns gute Wünsche und so erlebe ich auch die Frauen, wenn sie untereinander sind. Auch wenn Hass und Groll und Unversöhnlichkeit in der Luft sind, kommt von den Frauen Versöhnungswillen und Herzlichkeit. Das ist für mich ganz wesentlich, auch in der syrischen Mentalität, das darf man nicht verkennen. Das kann die

unversöhnlichen Parteien wieder zueinander führen. Wir sind doch ein Volk, wir sind doch Brüder und Schwestern. Da spielen die Frauen eine wesentliche Rolle. Wegen der Gruppen bin ich keine Fachfrau. Es gibt viele moderate Rebellen, die in einzelnen Rebellenteilen erfolgreich verwalten und eine Zivilgesellschaft geschaffen haben. Es gibt aber auch viele ganz fundamentalistische, vor denen sich die Bevölkerung fürchtet und die sie versuchen zu meiden. Diese Gebiete unter Kontrolle der extremistischen Gruppen sind ein Drama, die die Gebiete von den moderaten Gruppen überfallen. Es ist ein Kampf untereinander mittlerweile. Die Extremisten sind vor allem nördlich von Aleppo und man befürchtet, dass die in Aleppo eindringen.

Teilnehmer: Ich habe zwei Punkte. Erstens: In der Delegation in Genf waren zwei Frauen, die ich in den Medien gesehen habe. Ich habe häufig von ihnen gehört, weil sie von Journalisten befragt wurden. Beide waren bereits als Oppositionelle im Gefängnis. Zweitens: Die Öleinnahme im Staatshaushalt haben keinen Titel. Die erscheinen einfach nicht, weil die Herr-

schaftsfamilie darüber verfügt. Das Parlament behandelt sie nicht. Es gibt zwar Statistiken, aber über die Öleinnahmen verfügt nicht das Volk oder dessen Vertreter, es ist einfach tabu. Das kann man auch nachlesen. Ich bin gebürtiger Syrer und habe bis vor eineinhalb Jahren in Syrien gelebt, habe einige Monate im Gefängnis verbracht und kann Ihnen nur sagen, dass die Revolution und der Aufstand sehr friedlich begonnen haben. Es waren nicht Wochen, sondern Monate. Und diesem friedlichen Aufstand wurde mit einer solchen Gewalt des Militärs und der militärischen Maschinerie Assads geantwortet. Die Leute haben in den Demonstrationen (auf syrisch) „friedlich, friedlich“ gerufen. Das hat dazu geführt, dass viele von der Armee übergelaufen sind. Die Folge davon war, dass die Spezialkräfte Assads die Soldaten vorgeschickt haben, damit sie auf die Soldaten schießen, die überlaufen. Dann hieß es im Staatsfernsehen, dass durch Terroristen Leute erschossen worden sind. Das Vokabular Terroristen wurde schon am ersten Tag der Revolution benutzt von den Assad-Leuten, obwohl es überhaupt keine Terroristen gab. Sondern es waren Leute,

die wollten nichts anderes als mehr Freiheiten, mehr Arbeitsplätze. Was das ganze Volk seit Jahren über hat, sind die dreißig, vierzig Sicherheitsabteilungen, die jeden in Syrien und sich gegenseitig bewachen. Da gibt es tolle Geschichten. Die Militarisierung erfolgte durch die Assad-Kräfte, nicht durch Katar oder Saudi Arabien. Das war ein innersyrischer Konflikt, entstanden wie die anderen. Das lief das ganze Jahr 2011 so. Als internationale Akteure stehen da der Iran und die Hisbollah, die sehr früh da waren. Wie man weiß, kamen die Saudis und Katar dazu und dann die Westmächte, Russland, China. Das syrische Volk wollte nie einen Militäreingriff von außen haben. Nur die Angriffe des Assad-Regimes aus der Luft sollten verhindert werden. Wenn man Lösungen sucht, gibt es zwei einfache Lösungen: erstens sollte Assad das Volk nicht ständig bombardieren, sie haben alle möglichen Terrorinstrumente gefunden, einschließlich dieser Tanks, die sie mit Öl befüllen und mit Metallgegenständen und dann auf die Städte werfen. Aleppo hatte viel darunter zu leiden. Am 15.3. gibt es eine Veranstaltung, in der ein Experte berichtet, wie war Aleppo vorher



und wie ist es jetzt, er ist Archäologe und Museumsdirektor in Oldenburg. Das syrische Volk möchte einmal selber der Hauptspieler sein, aber es möchte, dass Assad keine Unterstützung von außen bekommt.

Angelika Holterman: Professor Mohssen Massarrat hat das gestern ganz deutlich erläutert.

Teilnehmer: Wie kommen wir raus aus der Militärlogik? Es gibt eine Verquickung der verschiedenen Kräfte, die alle auf Militärlogik setzen. Bei Mohssen Massarrat waren zwei Aspekte wichtig, was das ganze auf eine andere Ebene hebt. Der eine Aspekt war der Vorschlag der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten und der andere Aspekt der Vorschlag von Abdullah Öcalan von der PKK für eine demokratische, kurdische Föderation. Der Hintergrund für diesen zweiten Aspekt ist, die kurdische Emanzipationsbewegung als friedensstiftendes Scharnier in dieser Region anzusehen und diese Kräfte zu bestärken.

Teilnehmer: Mich würde interessieren, welchen Einfluss die westlichen Geheimdienste, insbesondere die CIA im Vorfeld des Ausbruches der Gewalthandlungen schon vor Jahren gespielt haben. Ich denke, es ist allgemein bekannt, dass die CIA Millionen für die Opposition gesponsert hat und welche Auswirkungen Ihnen da bekannt sind.

Hans-Christof v. Sponeck: Aufgrund meiner Erfahrungen, die ich in dieser Region gemacht habe und weiß, dass diese ganzen Krisen vielleicht im Land wie Syrien, im Irak entstehen, aber von draußen aufgebaut werden. Wir haben es immer wieder, in Syrien, auch im Iran, haben wir Stellvertreterkrisen. Und solange diese Mächte, die da am Werke sind, sich nicht beeinflussen lassen und die Politik, die sie verfolgen aufgeben, wird diese Militärlogik auch weiter beibehalten werden. Die Amerikaner können vielleicht die Russen und die Russen die Amerikaner beeinflussen. Wir sehen heute einen Spaltungsprozess, durch den die Saudis

sehr viel unabhängiger vorgehen. Sie haben auch gelesen, die Saudis sagen: „Wenn Ihr nicht mitmacht, machen wir’s alleine.“ Sie haben das Geld, sie haben die Möglichkeiten. Ich glaube, wir kommen aus dieser Logik nicht heraus, ohne dass nicht eine starke Diskussion entsteht, ohne die Medien. Das ist eine Verlust-für-alle-Situation. Mit den Geheimdiensten hatte ich nicht freiwillig, aber haufenweise im Irak zu tun. Ich weiß durch einen direkten Kontakt zu einem Geheimdienstmann, dass CIA, aber nicht nur CIA, sondern auch MIT (Türken), Mossad, alle haben mitgemischt. Diejenigen, die am meisten mitgemischt haben, war ohne Frage die CIA. Über die grüne Grenze im Nord-Irak durften nur Uno-Beamte, keine Diplomaten. Dann sah man Ausländer, das war so, als wenn alle Geheimdienste, die Interessen im Nahen Osten hatten, sich regelmäßig dort zu einem Ständchen einfänden. Die Engländer, die Franzosen, die Deutschen – der BND war natürlich dabei, die Iraner – dort traf man sich. Ich weiß auch, dass schon lange bevor der Konflikt in Syrien begann, haben die Amerikaner in Nordjordanien eine Station aufgebaut. Da war sogar Militär – sehr geheim gehalten, aber es war amerikanisches Militär da, die Navy Seals, der Geheimdienst. Was ich nicht weiß ist, wie weit bereits langsam dieser Konflikt vorbereitet wurde, ob das Streichholz nicht von draußen kam, obwohl der Konflikt scheinbar als unschuldiger Konflikt begann. (Klatschen)

Teilnehmer: Viele Konflikte entstehen nicht nur aufgrund inländischer Angelegenheiten, sondern von außen. Aber: wir sind die Kraft und wir sind nicht zu vernachlässigen, wie Herr von Sponeck sagte. Wir als Afrikaner haben festgestellt, dass wir ein Informationsproblem haben. Zum Beispiel gab es in der Elfenbeinküste ein Problem, für das der Präsident einen einfachen Vorschlag hatte, den Krieg zu verhindern. Seine Stimme wurde von den Mainstream-Medien nicht gehört. Gibt es keine Möglichkeit für uns als dritte Kraft eine alternative Medienpolitik auf die Bühne zu be-

kommen, damit wir solche Informationen aus erster Hand bekommen und auch mit unserer gesamten Kraft wirken können? (Klatschen)

Angelika Holterman: Frage an Frau Ute Finckh-Krämer: Welche Haltung zum Syrienkrieg unterstützen Sie innerhalb der SPD-Linken und im Bundestag? Wie verhält sich und wen unterstützt der Bund für Soziale Verteidigung im Hinblick auf die Konflikte in Syrien?

Ute Finckh-Krämer: Wahrscheinlich kann man im Augenblick gar niemanden direkt unterstützen, sondern man kann eintreten für Gespräche, mit denen, die den Konflikt von außen schüren, um zu versuchen, sie davon abzubringen. Es ist ja nicht so, dass man das einfach von Gott gegeben hinnehmen muss. Auch bei Saudi Arabien oder Katar nicht. Ich werde innerhalb der SPD-Linken und im auswärtigen Ausschuss die Frage, ob man nicht noch weitere Gruppen, insbesondere die Frauengruppen einbeziehen sollte, um die Verhandlungen zu erweitern aufwerfen. Und ich werde auch nochmal die Frage, welche kleinteiligen humanitären Lösungen es geben könnte - keine Lösung für’s ganze Land, sondern sowas wie regionale Waffenstillstände, regionale humanitäre Hilfslieferungen - nochmal stärker auf die Tagesordnung setzen. Da ist auch das Bewusstsein inzwischen gewachsen. Seit dem Afghanistankrieg haben auch diejenigen, die offizielle Politik machen, einiges dazu gelernt. Und was wir natürlich auch noch ablesen können aus dem ganzen als indirekte Folgerung: Waffenlieferungen können sich auch nach Jahrzehnten noch als fatal erweisen und dass wir mit Waffenlieferungen außerhalb der Nato oder der Europäischen Union quasi aufhören sollten. (Klatschen)

Alternative Handlungsmöglichkeiten

Angelika Holterman: Frage an Christiane Reymann: Wie sehen Sie Position und Rolle der Bundesregierung in der Syrienfrage? Was fordern Sie von der Bundesregierung und was kann die Friedensbewe-

gung über die so wichtige Information und Aufklärung hinaus tun?

Bundesregierung

Christiane Reymann: Es ist in der Tat so, dass in Syrien selbst bei den verschiedenen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften die Rolle der Bundesregierung gar nicht so negativ gesehen wird. Sie wird nicht gesehen als Teil der Verschärfung der Konflikte. Was allerdings wenig gesehen wird ist, dass die Bundesregierung in zwei Bereichen besonders aktiv ist: einmal bei den Freunden Syriens, da ist sie einfach ein aktiver Faktor. Sie leitet innerhalb der Freunde Syriens die Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Wiederaufbau“ zusammen mit Katar – dort wird das Fell des Bären verteilt. Das gleiche macht die regierungsnahe Stiftung Wissenschaft und Politik, die die Bundesregierung berät. Sie haben im letzten Jahr eine Tagung einberufen, die auch weiterhin tagt, zum Thema „The day after“. Also, was passiert dann. Sie haben bereits eine Liste von noch staatlichen Betrieben, die dann privatisiert werden sollen. Sie sind sehr aktiv, geräuschlos.

Ich verlange aber, dass die Bundesregierung ihr gewisses Renommee als nicht direkte Kriegspartei stärker in die Waagschale wirft. Ich hatte vorhin schon gesagt, sie muss wieder ihre Botschaft öffnen, sie muss aktiver werden in der Flüchtlingsfrage, sie muss einwirken auf die Nachbarländer wie Saudi Arabien. Der Rüstungsexport an Saudi Arabien hat im letzten Jahr den Höchststand erreicht. Und das ist ein Land, in dem dürfen Frauen noch nicht mal Autofahren. Es ist ein Hort der Reaktion, dem man Waffen liefert! Das muss aufhören!

Friedensbewegung

Ich denke, wir als Friedensbewegung müssen in diesem Sinn, auch wegen internationalem Recht, auf die Bundesregierung einwirken, weil wir das können. In unserem Land können wir was verändern. Ich glaube, wir müssen dadurch zugleich miteinander mehr reden und nachdenken, was in der Welt

sich verändert. Zwei Punkte dazu: Das eine ist, wir haben die schrecklichen Szenarien des Afghanistan- und Irakkrieges und so weiter noch vor Augen. Dort wurde über den Atlantik alles rübergeschleppt: Nahrungsmittel, Panzer, Hospitäler und so weiter. Das ist eine wahnsinnig aufwendige Kriegsführung. Die wird den USA inzwischen zu teuer. Deshalb schalten sie um auf eine andere Kriegsführung. Sie lassen jetzt kämpfen. Sie machen höchstens mal wie in Libyen eine kurze Flugverbotszone. Das waren auch 40.000 Luftangriffe. Das machen sie, kurz ins Land rein. Sie schleppen nicht mehr ganze Armeen, sie lassen kämpfen. Und das ist eine ungeheuer gemeine, widerliche Kriegsführung. Sie enthumanisiert. Krieg ist immer inhuman, aber das ist eine Enthumanisierung von Kriegsführung. Hass säen. Die Leute aufeinander hetzen. Das erschwert die Perspektive von Frieden über Jahrzehnte in diesen Ländern.

Das müssen wir uns klar machen. Wir müssen diese Art der Kriegsführung erkennen und adäquat bekämpfen.

Das Zweite ist: Ich denke, wir haben in Teilen der Friedensbewegung - gerade bei Syrien fällt mir das auf - immer noch Schwierigkeiten damit, dass wir zunehmend kriegerische Konflikte auf der Welt haben, in denen es „die Guten“ nicht gibt. Also Vietnam, Befreiungskampf Südafrika – wir hatten eine gute Seite.

Aber in den meisten Konflikten jetzt haben wir keine gute Seite mehr. Was der Kollege sagte, dass wir uns als dritte Kraft verstehen müssen, finde ich sehr wichtig.

Wir müssen eine autonome, dritte Kraft bilden. Uns frei davon machen, dass es in diesem Konflikt eine gute Seite gibt. Es gibt nur die Bevölkerung. Es gibt nur die Zivilgesellschaft, die versucht sich zu organisieren, Demokratie aufzubauen. Das ist meistens eine schwache Kraft und die müssen wir stärken mit allen Mitteln, die wir haben. Und natürlich viel viel besser werden in Öffentlichkeitsarbeit. Viel

viel besser werden in Enthüllungen über die Schweinereien, die es gibt. Viel viel besser werden in dem Vermitteln, welche Friedenskräfte es in den Ländern selbst gibt, denen die Stimme geben. Das ist unsere Aufgabe.

Wie gesagt, nicht zulassen, dass das um sich greift, dass die imperialen Mächte die Armen kämpfen lassen an ihrer Stelle. Diese neue Kriegsführung müssen wir verhindern. (Klatschen)

Angelika Holterman: Herr von Sponeck, Sie haben mir am Telefon ein faszinierendes Projekt beschrieben, das die Motivation der Staaten zum Eingreifen in Konflikte nicht nur entlarvt, sondern das auch an geeigneter Stelle zu Gehör bringen würde. Würden Sie Ihren Vorschlag - durch Ihre lange Erfahrung bei der Uno so wertvoll - bitte auch für unser Publikum beschreiben.

Hans-Christof v. Sponeck: Es gibt eine kurzfristige Lösung und eine langfristige. Die kurzfristige ist, was ich hoffe, dass es als Minimalergebnis in Genf 3 herauskommt. Ich bin enttäuscht, dass man es nicht geschafft hat, dass die beiden Parteien mit dem erfahrenen Lakhdar Brahimi zusammen kommen. Wenn er das nicht schafft... Ein westlicher Verhandlungsführer würde das überhaupt nicht geschafft haben. Aber er hat es versucht und er hat es nicht mal geschafft, dass diese menschlichen, humanitären Korridore eingerichtet werden. Nicht einmal das ist gelungen. Da ist so viel aufgestaut, der Hass ist so groß geworden, dass man noch nicht mal sich gegenseitig in die Augen geschaut hat. Die eine Partei schaute Brahimi an und sprach, dann kam die andere Partei und schaute ihn an. Türe zu und dann die beiden alleine, das gab es bisher nicht. Mal sehen, ob sich das kurzfristig im Februar ändert.

Aber langfristig, so naiv wie das klingen mag, ist für mich ein Schlüsselwort geblieben „Vertrauensbildung“. Und wenn die Uno eine Rolle hat, dann ist es eine Rolle, die absolut auf jeder Seite in der Charta steht, es geht über-

all um Dialog, ein Gespräch, eine Auseinandersetzung. Hat es mit dem Irak auch nicht gegeben. Nur ein Beispiel: Wenn ich in New York war und im Sicherheitsrat berichten sollte, war das zum Beispiel um 15.00 h angesetzt. Um 14.45 h sah man vor dem Konferenzraum alle möglichen Diplomaten, einschließlich Iraker. Und dann ging die Tür um 15.00 h zu und ich sah keine Iraker mehr. Die durfte nicht an den Gesprächen und der Diskussion über die Situation im Irak teilnehmen. Das war Sicherheitsrat, Uno! Man hat das dann so erklärt: Bei informellen Gesprächen im Sicherheitsrat wird nicht erwartet, dass die Nichtmitglieder dieser Fünfzehnergruppe dazu eingeladen werden. Aber hier drin steht, wenn ein Konflikt diskutiert wird, dann muss der betroffene Staat dabei sein dürfen. Es war fast immer so, dass der betroffene Staat nicht dabei war. Da ist von Vertrauensbildung überhaupt keine Rede. Aber das Wort dürfen wir nicht auslassen. Das müssen wir beibehalten, wenn wir uns Gedanken machen, wie geht es weiter, wie kann es weiter gehen. Das ist Dialogbereitschaft. Das ist sehr allgemein und trifft eigentlich auf jeden Konflikt zu.

Jetzt vier spezifische Punkte, die ich aufgrund eigenen Leibes erfahren habe und die mir wichtig erscheinen:

Erstens: Gerade Außenstehende maßen sich oft an, Urteile zu fällen, ohne das Wissen zu besitzen, das man braucht, um der anderen Seite gerecht zu werden, die oft sehr gut vorbereitet ist, die oft die Sprachen sprechen, die die Geschichte kennen, die die Sozialstrukturen kennen, die mit den Ethnien vertraut sind, die den Religionsfaktor einschätzen können. In meiner Erfahrung vor 1989, vor der Wiedervereinigung, war meine Erfahrung – das überrascht Sie vielleicht –, dass die DDR-Diplomaten viel besser ausgebildet waren und mitreden konnten als unsere. Die sprachen die Sprachen, die kannten die Geschichte, die waren gedrillt. Ich habe zehn Jahr in Pakistan gelebt in zwei verschiedenen Abschnitten.

Im ersten Teil gab es noch DDR-Diplomaten. Die russischen Diplomaten. Ich war immer neidisch, wie gut die Pakistan kannten. In der Türkei gab es drei von den fünf permanenten Mitgliedern, die Franzosen, die Chinesen und die Russen. Der chinesische Botschafter sprach kein Englisch und alle drei – und ich stand immer da und habe einen roten Kopf bekommen – unterhielten sich auf Arabisch. Also: die wussten, worüber man redet.

Was ich sagen will: Ein Faktor in der ganzen Teilnahme der deutschen Friedensbewegung von uns allen muss das Wissen sein. Wir müssen uns informieren. Und es darf nicht so sein, dass wir heute über Syrien reden, morgen über Vietnam und am nächsten Tag über Brasilien. Wir müssen uns entscheiden, wo wollen wir uns konzentrieren. Das ist nicht leicht. Manche werden andere Wege gehen. Das ist auch in Ordnung. Aber das Wissen wird gebraucht.

Das andere, dass man fähig ist, versteckte Agenden aufzudecken. Immer wieder, immer wieder wird einem etwas dargestellt und man hat das Gefühl, das ist es. Und dann entdeckt man, es ist überhaupt nicht das. Es geht um – wie heute gesagt wurde – um Öl. Öl war im Irak natürlich ein Problem. Aber das Grundproblem war nicht Öl. Das Grundproblem im Irak war die Kontrolle des Öls. Das ist wieder etwas anderes. Saddam Hussein und seine Regierung haben immer wieder gesagt, wenn die Amerikaner Öl brauchen, könnten sie es von ihm haben! Er verkaufe es ihnen gerne, dieses Öl. Aber das wollten die gar nicht. Saudi Arabien wackelte. Die Situation der Amerikaner in Saudi Arabien war an einem Tiefpunkt angekommen. Die Öffentlichkeit wollte nicht mehr diese vielen Truppen im Land sehen. Also man braucht einen neuen Anker. Das geht jetzt viel zu weit – ich wollte nur sagen: da gab es eine Veränderung. Und Irak war da die Alternative. Diese versteckten Agenden muss man entdecken. Die müssen wir als Zivilbevölkerung entdecken und bloßstellen, bloßlegen.

Im Falle von Syrien erzählen Sie mir nicht, dass eine versteckte Agenda einfach diese Achse ist, Hisbollah-Syrien-Irak zu zerstören. Das ist doch ein Teil des ganzen Ansatzes und eine gar nicht versteckte Agenda. Es geht um die Macht und die Kontrolle. Es geht darum, dass plötzlich – und das meinte ich mit Vernetzung – dass der Iran als schiitisches Land Konkurrenz zu Saudi Arabien sein kann. Und dann kommt plötzlich die sunnitische Komponente ins Spiel. Die Saudi-Sunniten, die mit den Sunniten aus Syrien und anderen Sunniten zusammen kollaborieren. Das ist eine versteckte Agenda, die muss man kennen und ergründen können. Da gibt es andere Beispiele, aber ich möchte weiter gehen.

Ich möchte sagen, das andere ist die atemberaubende Fähigkeit zu lügen. Es ist ungeheuer, was uns gesagt wird. (Klatschen).

Sie klatschen und man muss frustriert sein. Es ist nicht so leicht zu entdecken. Es gibt immer wieder Fälle, die man kennt und die ich kennen gelernt habe. Wenn wir in Bagdad zum Beispiel uns angestrengt haben und das haben wir getan für eine humanitäre Lösung. Dann sagt mir der Direktor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen: Die Lebensmittelverteilung über das Lebensmittelverteilungsprogramm „Oil-for-Food“ klappt nicht gut. Sie klappte ausgezeichnet! Wir hatten viele Beobachter, die das kontrollieren konnten! Und wir waren eigentlich ganz zufrieden. Und dann lesen wir in der internationalen Presse, dass der Warenkorb und Nahrungsmittelkorb, von dem die Bevölkerung abhing, dass dieser Nahrungsmittelkorb von Saddam Hussein vorenthalten wurde denen, die ihm nicht genehm waren. Das stimmte nicht! Das ist keine Verteidigung von Saddam Hussein. Das ist eine faktisch falsche Darstellung. Das zu entdecken ist das eine. Das andere ist, dass die Medien entweder oberflächlich arbeiten oder sie arbeiten unter Decke mit einer handfesten politischen Interessengruppe. Und dieses Lügen, das wir immer wieder

sehen, im Falle von Syrien möchte ich behaupten, dass auf zwei Ebenen hart gelogen wurde. Das eine ist, diese schnelle Schlussfolgerung, dass 1.445 Menschen von Assad durch Giftgas hingerichtet worden sind. Daran sah man schon, das kann ja gar nicht wahr sein. Denn selbst die internationalen Organisationen - einschließlich der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (englisch Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, OPCW), eine nicht Uno-Organisation, die aber im Auftrag der UNO gearbeitet hat - haben sich täuschen lassen. General Robert Mood, der Norweger, der in Syrien fabelhafte Uno-Arbeit geleistet hat, hat sich nie darauf eingelassen und die Finger gezeigt, weil man sie nicht zeigen konnte. Aber in der Presse und in manchen Regierungshauptstädten wurde immer sehr schnell gesagt, „das war ja der“. Dann kamen die Russen, die sagten, dass sie das nicht so sähen. Sie hätten Beweise, die sie auch angebracht haben. Dann wird es noch schwieriger, das Lügen aufzudecken. Wieder ein irakisches Beispiel: Es wurden drei Reagenzgläser nach Amerika, nach Frankreich und in die Schweiz geschickt, an drei renommierte Labors. Drei verschiedene Resultate! Die Franzosen sagten: „Es könnte das sein, aber wir sind nicht sicher.“ Die Amerikaner sagten: „Wir sind sicher, dass dieses Anthrax von den Irakern auf die Raketen gebracht worden ist.“ Und Spiez, das renommierte Schweizer Institut sagte, dafür gäbe es keine Beweise. Und wenn das so ist, hat man es als Laie sehr schwer, sich ein Bild zu machen. Aber als Bewegung darf man nicht vergessen, dass man in einer solchen Situation wie heute, alles erst mal in Frage stellen muss. Man darf nicht von vorneherein sagen, „so ist es“. Man muss es nachfragen und man kann der Wahrheit ein wenig näher kommen. (Klatschen)

Ein vierter Punkt, der uns alle tangiert: Mut. Wir brauchen eine gehörige Portion Mut. Da muss ich an Kant denken, der sagte: „Hab' den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Wir müssen die-

sen Mut, unseren eigenen Verstand zu nutzen, den Mut müssen wir aufbringen. Und dann auch so Sachen ansprechen. Und jetzt sage ich etwas, wozu in Deutschland leider noch Mut gehört: Der Israel-Faktor kann nicht ausgelassen werden in der Syrien-Diskussion. (Klatschen)

Ich möchte nochmal wiederholen: Wir müssen teilnehmen an der Entwestlichungs-Diskussion. Es gibt einen Mann, den ich sehr schätze. Er war Botschafter von Singapur in New York, ein Professor aus Singapur, er sagte: „Es geht darum festzustellen, wieviel Gutes im Westen geschaffen worden ist. Aber sie sollen das weiter geben. Es gehört nicht ihnen. Sie sollen diese Erfolge mit uns teilen.“ Das ist meine Kritik an der Nato, die sagt: „Wir sind 28. Wir müssen unsere Energiesicherheit schützen.“ Und was mit den anderen 167 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ist, bedenkt man nicht. Man denkt nur an sich selber. Entwestlichung bedeutet, dass man langsam feststellt: „Wir sind eine Gemeinschaft von vielen Ländern und wir müssen das teilen, was wir haben. Nicht, dass man sagt, ihr kriegt alle dasselbe. Nein, aber dass man die Vorteile, die wir erarbeitet haben, weiter gibt. Das wird zu einer Entspannung führen, wenn es dazu kommt.“

Und jetzt möchte ich behaupten – ich hoffe, Sie stimmen mir zu – der gute Wille, den wir alle haben, die Rhetorik, die wir immer zeigen, die Versuche, dass Sie hier am Abend herkommen, zuhören, nach Hause gehen, vielleicht diskutieren und dann sich auch ausdrücken – das reicht nicht. Das ist nicht genug. Wir machen das. In manchen Kulturen, gerade in Südostasien, da bin ich ein bisschen vertraut, da reicht es oft, dass man etwas Gutes will, das reicht dann. Nein! Es darf nicht reichen! Wir müssen den nächsten Schritt gehen. Dazu gehört dieser schwierige frustrierende Versuch der politischen Einflussnahme. Da muss man viel mehr tun. Und vielleicht ist es gut, dass nur ich heute in dieser Sicherheitskonferenz gewesen bin. Denn wenn Sie alle dort gewesen wären, dann wären

Sie wahrscheinlich ... ich habe mir notiert: „zwei Welten“. Ich war sprachlos, ich war entfremdet. Und ich war auch überwältigt. Denn was ich da gesehen habe: tadellose Organisation. Ich glaube, soviel polierte Medaillen habe ich noch nie auf den männlichen Brüsten gesehen, wie heute dort. Diese glasklaren Blicke, diese Vehemenz, mit der man auftrat. Da bekommt man Angst. Man ist sprachlos. Ich glaube, man darf einfach den Mut nicht verlieren zu einer Gesprächsbereitschaft. Das brauchen wir und deswegen verstehe ich nicht, warum es hier unter uns eine Gruppe gibt, die sagt: „Kein Kontakt mit denen“. Man muss doch sein Gegenüber kennen und dann kann man vielleicht, wenn man ihn kennt, wenn man das Wissen hat, dann kommt man vielleicht ein bisschen weiter. Es sind nicht alles gebackene Teufel, die man dort trifft. Manche sind das. Und von den Typen kann ich die Namen nennen: John McCain, Lindsey Graham, der Vorsitzende eines ganz wichtigen Kongressausschusses für Intelligenzfragen ist. Wenn die dahin gehen und in die Augen dieser hochqualifizierten und gebildeten, chinesischen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Zentralkomitees Chinas sagen: „Diese Russen, diese Chinesen, vor denen müssen wir uns schützen.“ Das hört man auch. Aber dann gibt es andere, die dann sehr viel mehr bereit sind zu einem Gespräch und das muss man ausnutzen. Wenn wir hier zwei Parteien bilden, dann verlieren wir sowieso. Das schaffen wir nicht. Denn die sind viel zu gut organisiert.

Von dieser Einflussnahme, die ich meine, müssen wir sehr viel mehr Gebrauch machen. Dazu gehört diese gezielte Lobbyarbeit. Dabei geht es, den Anker zu finden zur EU, zum Bundestag – hier haben wir schon einen. Und noch etwas: ich gehöre keiner Partei an und ich kann Ihnen eins sagen: wenn ich in Berlin war nach dem Irak: die bestinformierte Partei, die wusste, wie der Hase läuft im Mittleren Osten, war die PDS und war die Partei, die wir heute Die Linke nennen.

Die anderen haben furchtbar vieles, vielleicht bewusst, das ist noch schlimmer, dummes Zeug gesagt über den Irak. Ja, so war das! (Klatschen)

Zur Lobbyarbeit gehört auch die UNO. Wir müssen uns auch da vernetzen. Bei der UNO mache ich gerne mit. Es gibt andere, die mit der EU das tun können, andere mit dem Bundestag. Mit der arabischen Liga. Wir haben Landsleute unter uns, die Arabisch sprechen und da den Kontakt bedienen können. Das ist nicht illusorisch. Das ist möglich, wenn man es will. Dann gibt es das Weltsozialforum. Dieses wunderbare Gebilde, das auch nicht so strukturiert vorgeht, um Gewicht zu haben. Da wird gut geredet, interessante Sachen, aber der große Unterschied ist schwer zu entdecken. Also: gezielte Lobbyarbeit. Sorgfältige Kontaktpflege.

Das habe ich gelernt. Gerade mit den Medien. Wenn man merkt, hier ist ein Journalist, eine Journalistin, die/der Interesse hat, dass man ihnen oft etwas sagt. In der Art: „nicht, dass ich einen Artikel von dir erwarte, sondern weil ich möchte, dass du das weißt.“ Solche Beziehungen helfen enorm, um dann eben über diesen guten Willen hinaus einen Eindruck zu machen. Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Organisationen ist nicht Konkurrenz. Wir haben viel zu viel Konkurrenz. Es gibt viel zu viele Primadonnen, die einfach meinen, sie seien die erste Stimme. Das ist menschlich, aber abträglich gegenüber dem, was man erreichen will. Wir müssen das erreichen in Bezug auf Syrien und viele andere Krisen, die uns bewegen.

Dann die Einrichtung von Arbeitsgruppen. Das ist doch möglich! Wo man die Aufgabe definiert, einen Zeitplan aufstellt, eine Arbeitsteilung vornimmt. Ein Schlüs-

selwort für mich für mein restliches Leben, ist die Forderung nach Rechenschaft. Es geht nicht, dass wir in den Sicherheitsrat hineinmarschieren, etwas entscheiden, was dann weder in Syrien noch im Irak noch im Iran wahrgenommen wird. Da geht man aus dem Saal heraus und zwei, drei Jahre später hat sich nichts geändert. Nur das Leben der Bevölkerung hat sich geändert. Für die Folgen gibt es dann überhaupt keine Rechenschaft! Für die ermordeten Menschen im Irak gibt es in Washington und London niemanden, der hinter Gittern sitzt. Müsste aber so sein! (Klatschen)

Angelika Holterman: Ich möchte Ihnen herzlich danken für Ihren Einsatz und Ihre Bereitschaft, Ihr Wissen und Ihre Erkenntnis mit uns zu teilen. Danke für ein gutes Gespräch. Ein bisschen ist es uns gelungen, wie wir es gewollt haben. Danke an das interessierte Publikum. Ein besonderer Dank geht an die federführenden Organisationen der DFG-VK, Tommy Rödl und Heinz Staudacher (Klatschen), die mit ihren Helferinnen und Helfern aus dem Trägerkreis die letzten Wochen quasi rund um die Uhr mit der Friedenskonferenz beschäftigt waren (wie ich beobachtet habe) und deren starke Bitte um Spenden und Unterstützung ich hiermit weiter gebe.

Ein Wort zu dem Buch: Es kostet unter 10 Euro (Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke „Syrien –

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert“). Das andere ist teuer, es ist eine Dissertation von Uwe Krüger „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Reihe des Instituts für Praktische Journalismusforschung (IPJ)“, teilweise schwierig zu lesen, aber die Erkenntnisse sind umwerfend, 29,50 Euro.

Das Wort „Friedenslobby“, wie Herr von Sponeck mir das erklärt hat, finde ich sehr bestechend. Es bedeutet für mich auch ein zeitgemäßes Instrument mit den Arbeitskreisen zu schaffen, die friedensbewegten Kräfte zu bündeln, ohne Scheuklappen. Lobby ist kein Lieblingswort der Linken, trotzdem ist es bekannt. Einen Weg zu gehen, den die anderen verstehen. Wenn die Idee Funken schlägt, kann man sich an die nächsten Institutionen wenden und dafür werben. Zum Beispiel Friedensratschlag, zum Beispiel Friedensbündnis, zum Beispiel Friedenskonferenz. Wir können soviel Sachverstand aufbringen, und das meine ich wirklich. Von den praktischen Fähigkeiten zu den soziologischen, politischen, juristischen, zu den PsychologInnen und MediatorInnen, zu den UN-Erfahrenen und den Medienerfahrenen. Wir könnten da wirklich was bewirken in dem Sinne dieses Projekts, das Herr von Sponeck gerade in Umrissen skizziert hat. Und jetzt folgt eine praktische Übung in

Offenheit, eine ganz ungewöhnliche. Heute haben wir eine Tanzlehrerin unter uns, die mit uns einen einfachen syrischen Kreistanz tanzen möchte für die internationale Solidarität mit dem syrischen Volk. Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Mouna Sabbagh: Ich möchte Sie herzlich einladen, für den Frieden in Syrien zu tanzen. Ich freue mich, wenn Sie dableiben.



Friedensgebet der Religionen

Das Friedensgebet der Religionen im Rahmen der Internationalen Münchner Friedenskonferenz fand 2014 wieder in dem schönen, uns schon so vertrauten Pfarrsaal von St. Anna im Lehel statt. Juden, Christen, Muslime, Bahá'í und Buddhisten hatten dazu eingeladen und etwa 140 Personen waren gekommen. Das Contra-Ensemble begleitete uns wie gewohnt mit seinen wunderbaren Einlagen. Nicht zuletzt ihm ist es zu verdanken, dass sich wieder eine wohltuende Atmosphäre der Achtsamkeit entwickelte. Aber auch das diesjährige Motto mag dazu beigetragen haben:

Von der Toleranz zum Respekt



Die Statements und die vorgetragenen Texte waren durchwegs aktuell und ließen das persönliche Engagement der Sprechenden spüren.

In ihrer Einleitung wies Gertrud Scherer auf die Notwendigkeit der Toleranz für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft hin. Sie machte aber auch deutlich, wie sich hinter dem Einfordern von Toleranz so eine Haltung verstecken kann wie „Ihr könnt ja sein, wie ihr wollt, aber ohne mich – und stört mich nicht!“ Und wie oft rechtfertigt eine solche Haltung Ablehnung! Toleranz allein zeigt sich als nicht ausreichend für ein gelebtes Miteinander.

Respekt dagegen spielt sich eher auf Augenhöhe ab und beinhaltet Achtung vor einem anderen Menschen. In den Statements unserer Religionsvertreter wurde das sehr anschaulich.

Herr Marwan Al Moneyer brachte seinen muslimischen Freund mit, der während der Diktatur von Ben Ali aus Tunesien flüchten musste. Die Schilderung der über zwei Jahre dauernden dramatischen Flucht ließ uns miterleben, was der junge Mann alles durchgemacht hatte, bis er nach München kam, wo in einem langen Verfahren die politische Verfolgung in seinem Heimatland endlich anerkannt wurde und er Asyl bekam.

Unser Bahá'í-Vertreter Harald Hackländer zeigte uns an einem anderen Beispiel, welche Rolle der Respekt gerade für Menschen am Rande der Gesellschaft spielt. Er arbeitet in einem Wohnheim des Internationalen Bundes für obdachlose Männer, das unter anderem erste Anlaufstelle für Strafentlassene ist. Die ehemaligen Gefangenen erscheinen oft in einer depressiven Haltung, mut- und perspektivlos. Herr Hackländer schilderte uns, wie sehr es

in dem Begrüßungsgespräch darauf ankommt, jetzt nicht die einstige Straftat zu sehen, sondern das, was der Häftling inzwischen durchgemacht hat. Der Sozialarbeiter versucht, eine Atmosphäre des Willkommens zu schaffen und sein Gegenüber als einen bürgerlichen Menschen anzuerkennen, der sich eine neue Zukunft aufbauen will. Respekt vor einem Menschen, der sich dieser Herausforderung stellt!

Judith Bernstein ist ein neues jüdisches Mitglied im Vorbereitungsteam. Sie benannte in ihrem Statement Nelson Mandela als Leitbild für die Aussöhnung zwischen Palästinensern und Israelis und verwies dabei auf eine Fülle von israelischen Gruppen und Organisationen, die sich auf ganz verschiedene Weise für ein Ende der Unterdrückung der Palästinenser durch die israelische Besatzungsmacht einsetzen. Für die Palästinenser repräsentieren sie – wie sie sagt – „das andere Israel. Ein Israel, mit dem sie bereit sind sich auszusöhnen, auch in dem Wissen, dass es ein Volk ist, das für ihr Schicksal verantwortlich ist.“ Nelson Mandela ist für sie ein Leitbild für die Aussöhnung, denn „er hat daran geglaubt, dass die Feinde von einst den gemeinsamen Frieden von heute und morgen schaffen können, wenn sie sich mit Respekt begegnen.“



Stefan Jakob Wimmer lenkte zum Schluss der Statements noch einmal den Blick auf Menschen, die in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft – wie man sagt – am Rande stehen: auf einen Flüchtling, einen Obdachlosen, einen Arbeitslosen, auf eine ihrer Würde beraubten Frau, auf jemand, der oder die einer religiösen Minderheit angehört. Sie „gehören nicht dazu“, wo und solange sie nur als Fremde angesehen werden, die einen nichts angehen. Erst wenn wir sie und ihr Schicksal, das was sie durchgemacht haben, kennen lernen, werden wir sie erkennen, ihnen mit An-er-ken-nung begegnen.

Herr Wimmer sei mit seinen abschließenden Worten zitiert: „Wir haben heute Menschen kennen gelernt, und weil wir sie kennen, können wir uns eingestehen, dass nicht sie vor uns, sondern wir vor ihnen den Hut ziehen müssten.“

Die Kollekte ging in diesem Jahr an eine private Organisation namens „Orienthilfe“, die unter dem Krieg leidende Menschen in Syrien unterstützt. Zwei junge syrische Frauen schilderten eindringlich, aber auf sehr sympathische Weise die Situation in ihrem Herkunftsort und die Art ihrer Hilfe. Dank ihrem Aufenthaltsstatus in Deutschland, ihren verwandtschaftlichen Kontakten und ihrem großen Einsatz können sie dafür sorgen, dass die Spenden bei den bedürftigen Menschen in ihrem Heimatland ankommen.



TeilnehmerInnen:

Dr. Ute Finckh-Krämer

Geburtstag und -ort: 16.12.1956, Wiesbaden

Familienstand: verheiratet, zwei erwachsene Kinder
(1986 und 1988 geboren)

Studienabschluss: 1983 – 1994: Mathematik und Informationstechnik, diverse Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung

1994 – 2000: Datenbankbetreuung und medizinische Statistik in einem Drittmittelprojekt des UKBF

Seit 1.9.2000 Referentin im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (bis 14.2.2010 im Bereich Informationstechnik, seit 15.2.2010 im Bereich Presseauswertung und -dokumentation)



Politisches Engagement außerhalb der SPD:

Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung und aktives Mitglied der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Langjähriges Engagement in der evangelischen Kirche und in der Friedensbewegung.

Derzeitige Ämter: Mitglied der Ver.di-Betriebsgruppe des BPA, stellvertretendes Mitglied des Personalrats

SPD-Biografie: Seit 17.12.1972 Mitglied der SPD, letzte wichtigere Ämter:

- 1996-2002 Abteilungskassiererin
- 2000-2002 Beisitzerin im Kreisvorstand Steglitz-Zehlendorf
- 2002-2008 Kreiskassiererin Steglitz-Zehlendorf
- 2009 Wahlkampfbeauftragte im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf

Politische Veröffentlichungen:

Mitherausgeberin (gemeinsam mit Inge Jens) und Mitautorin von „Verwerflich? Friedensfreunde vor Gericht“, Droemer Knauer 1985

„Militärische Interventionen“ in: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (Hg.): „Gewaltfrei streiten für einen gerechten Frieden“, Publik-Forum edition 2008

Aufsatz „Zivile Konfliktbearbeitung und zivile Krisenprävention“, in: „vorgänge“ 1/2011

Mitherausgeberin (gemeinsam mit Jan-Thilo Klimisch) und Mitautorin von „Vorrang für zivil‘ im Parlament“ Aphorisma-Verlag, 2012

Zahlreiche Aufsätze in friedenspolitischen Fachzeitschriften, insbesondere in „Forum Pazifismus“, „Wissenschaft und Frieden“, „FriedensForum“

Sonstiges: Übungsleiterin in der Abteilung Aikido des SSC Südwest, 1. Dan Tendoryu-Aikido

Wikipedia-Autorin (UteF)

Als „Zeitzeugin“ interviewt für den zweiteiligen Dokumentarfilm „Pershing statt Petting“ (ZDF, August 2011)

Kontakt:

über DFG-VK Bayern

Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Tel.: 089 89 62 34 46, fax: 089 834 15 18

E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Dr. Bettina Gruber



Zeithistorikerin und Friedenspädagogin, stellvertretende wissenschaftliche Leiterin des ZFF-Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik

Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte:

- Grenzüberschreitende Forschungsprojekte im Alpen-Adria-Raum (Peace Building Südosteuropa)
- Friedenspädagogik (Interkulturelles Lernen, Erinnerungskultur)
- Kulturwissenschaftliche Friedensforschung
- Migrationsforschung und -politik
- Jugendpolitik
- Partizipation

November 2011: Durchführung einer internationalen Konf. zum Thema: „20 Jahre Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Erinnerungskultur und Friedensperspektiven“

November 2012: „Internationale Alpen-Adria-Konferenz: Friedensbildung“

Auszug aus den letzten Publikationen:

Bettina Gruber/Daniela Rippitsch (Hg.), Friedensregion Alpen-Adria. Lernerfahrungen in einer europäischen Grenzregion (Wochenschau Wissenschaft Schwalbach/Ts. 2011).

Bettina Gruber/Werner Wintersteiner/Gerlinde Duller (Hg.), Friedenserziehung als Gewaltprävention. Regionale und internationale Erfahrungen (drava Diskurs: Klagenfurt/Celovec 2009).

Bettina Gruber, Widerwillig unterwegs. Herausforderungen und friedenspolitische Zukunftsperspektiven für Städte und Regionen. In: Maximilian Lakitsch (Hg.), Flucht und Migration. Dialog. Beiträge zur Friedensforschung. Band 64; Lit Verlag: Wien; erscheint im Dezember 2013.

Daniela Gronold/Bettina Gruber/Jacob Guggenheimer/Daniela Rippitsch (Hg.), Kausalität der Gewalt. Kulturwissenschaftliche Konfliktforschung an den Grenzen von Ursache und Wirkung (transkript Verlag: Bielefeld 2012).

Bettina Gruber, Zur Kritik an kulturellen und religiösen Konfliktphantasmen. In ebd., 73ff.

Bettina Gruber, Migration und Integration. Kommunen und Regionen im Zugzwang. In: Differenzen leben. Utta Isop/Viktorija Ratkovic (hg.), transkript Verlag: Bielefeld 2010), 62ff.

Bettina Gruber/Daniela Rippitsch (Hg.), Jahrbuch Friedenskultur 2011. Migration. Perspektivenwechsel und Bewusstseinswandel als Herausforderung für Stadt und Gesellschaft (Klagenfurt/Celovec: Drava 2011).

Bettina Gruber/Daniela Rippitsch/Werner Wintersteiner (Hg.), Jahrbuch für Friedenskultur 2009. Menschenrechte und Frieden (Klagenfurt/Celovec: Drava 2009).

Kontakt:

Mag.a Dr.in Bettina Gruber

ZFF-Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik

T + +43 (0) 463 2700 8650

F + +43 (0) 463 2700 998650

E bettina.gruber@uni-klu.ac.at

Dr. Angelika Holterman



Oktober 2003 bis heute:

Moderationstätigkeit bei politischen Diskussionen, u.a. im Rahmen der alternativen Friedenskonferenz und bei einer Diskussion mit Gregor Gysi

Juli 1998 bis Febr. 2004:

freiberufliche Tätigkeit u.a. als Textredakteurin, als Autorin und freie Mitarbeiterin bei verschiedenen Rundfunksendern, beim Bildungsträger IMBSE e.V. in Mecklenburg-Vorpommern, als Sprachtrainerin in Englisch und Deutsch; Mitarbeit als Rezensentin bei www.politik-buch.de und bei der Referentenagentur www.p-networks.de

1994 bis 1998:

Studium der Sozialpsychologie in München, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, mit dem Abschluss Promotion. Dissertation: eine qualitative Untersuchung, erschienen bei Leske + Budrich unter dem Titel „Das geteilte Leben. Journalistenbiographien und Medienstrukturen zu DDR-Zeiten und danach“, Opladen 1999.

1991 bis 1993:

Koordinatorin eines Bildungsträgers in Mecklenburg-Vorpommern (IMBSE e.V.)

1980 bis 1991:

Autorin und Regisseurin von Dokumentarfilmen (z.B. der Reihe „Lebenslinien“) sowie aktueller Beiträge in Abendschau und Zeitspiegel im Bayerischen Fernsehen

1976 bis 1980:

verbeamtete Gymnasiallehrerin bei der Stadt München, zuletzt als Oberstudienrätin

1976:

2. Staatsexamen

1974 bis 1976:

Referendariat in Würzburg; Zusatzprüfung in Englisch

1973:

1. Staatsexamen in Deutsch, Geschichte, Sozialkunde

1966 bis 1973:

Studium der Geschichte, Germanistik und Soziologie in Bonn, München, Arkansas/USA, München, Aix-en-Provence und wieder München, jeweils mindestens ein Jahr bzw. 2 Semester

1966:

Abitur in Neuß/Rhein, am Geburtsort

Kontakt:

über DFG-VK Bayern

Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Tel.: 089 89 62 34 46, fax: 089 834 15 18

E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Prof. Dr. Mohssen Massarrat

1942 geboren in Teheran

Seit 1961 Bundesrepublik Deutschland

Akademische Grade/Qualifikationen: Diplom-Ingenieur für Bergbau; Promotion in Politikwissenschaft; Habilitation in Wirtschaftswissenschaften

Lehre in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft / Politische Ökonomie; Sozialökologische Ökonomie; Internationale Politik / Friedens- und Konfliktstudien; Internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Mittlerer und Naher Osten/ Iran.

Ab Wintersemester 2007/2008 im Ruhestand

2006 Initiator des Konzepts „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“ (KSZMNO) und Mitinitiator einer IPPNW-Arbeitsgruppe zur Durchführung einer zivilgesellschaftlichen KSZMNO (<http://mohssenmassarrat.weebly.com/basic-documents.html>)



Seine Themen:

I - Probleme des Kapitalismus

1. Kapitalismusvarianten im jeweils spezifischen historischen Kontext: Laissez-faire-(liberaler)Kapitalismus;
2. Keynesianischer Kapitalismus und Neoliberaler Kapitalismus
3. Ursachen der Massenarbeitslosigkeit
4. Arbeitszeitverkürzung als Lösung der Massenarbeitslosigkeit
5. Ursachen und Folgen der Einkommensumverteilung in den letzten Jahrzehnten
6. Finanz- und Weltwirtschaftskrisen 1927-30 und 2008: Ursachen und Folgen im Vergleich
7. Defizite der parlamentarischen Demokratie; Demokratisierung der Demokratie
8. Gerechtigkeitsfragen; Macht- und Chancenungleichheit

II - Globale Fragen

1. Krieg und Frieden
2. Hegemonialsystem und Unilateralismus der USA. Können internationale Beziehungen demokratischer und friedlicher gestaltet werden und wie müssten sich die USA verändern?
3. Klimaschutz: Strategien, Probleme, Alternativen

III - Weltenergieprobleme

1. Politische Ökonomie des Energieweltmarkts: Ressourcenverteilung, Preisbildung, Ölrente, OPEC, Oil Peak
2. Politische Ökonomie der Atomenergie
3. Transformationsstrategien in das solare Zeitalter

IV - Mittlerer und Naher Osten

1. Historisch bedingte Andersartigkeit: Zentralismus, Klientelismus, Diktatur
2. Islam und Demokratie
3. Gegenwärtige Konfliktformationen
4. Perspektiven der regionalen Kooperation und gemeinsamen Sicherheit (KSZMNO)

V – Iran

1. Geschichte
2. Revolutionen und Modernisierungsversuche im 20. Jahrhundert
3. Die theokratische Herrschaft und die Perspektive der Demokratie
4. Iran-Atomkonflikt

Kontakt:

Prof. Dr. i. R. Mohssen Massarrat

Universität Osnabrück

FB Sozialwissenschaften

Tel: 0049/541/969-4156

Fax: 0049/541/969-4600

Email: Mohssen.Massarrat@uos.de

<http://mohssenmassarrat.weebly.com>

Hep Monatzeder



Hep Monatzeder über Hep Monatzeder:

Ich bin gebürtiger Niederbayer, Jahrgang 1951, und lebe seit 1968 in München. Ich habe zwei Kinder und bin Sozialpädagoge und Politologe. Vor meiner Bürgermeister-Tätigkeit war ich der Gesamtleiter der sozialen Einrichtungen im Schulzentrum München-Johanneskirchen. 1990 wurde ich erstmals in den Münchner Stadtrat, und am 2. Mai 1996 und am 2. Mai 2002 zum Dritten Bürgermeister gewählt.

In meiner Freizeit beschäftige ich mich sehr gerne mit Musik - auch aktiv: Ich tanze gerne und spiele Schlagzeug und Gitarre in einer Band.

Seit vielen Jahren bin ich außerdem begeisterter Hobby-Taucher. Wann immer es möglich ist, erkunde ich am liebsten schöne Tauchgebiete - vom Starnberger See bis zu den Korallen-Riffen der Malediven.

Als Aufsichtsratsvorsitzender des TSV 1860 bin ich natürlich auch bekennender „Löwen- Fan“.

Kontakt bis 2014:

Bürgermeister Hep Monatzeder
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089-233-92478
info@hepmonatzeder.de

Christiane Reymann

Ich bin Journalistin, Autorin, Bewegungsfrau für Frieden und Feminismus, aktiv in der LINKEN und Europäischen Linkspartei (EL) .

letzte Buch-Veröffentlichung:
Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann (Hrg.),

Syrien- Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert
Papyrossa-Verlag

ein Ukraine-Buch ist derzeit in Arbeit



Kontakt:

Christiane Reymann

Rykestr. 39

10405 Berlin

Tel: 0170 861 3474

reymann-berlin@t-online.de

Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main.

Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ im Bistum Mainz. Seit 1992 ist er als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des „Internationalen Versöhnungsbundes“ tätig.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002

sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 54 70 15
Fax 08161 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Mouna Sabbagh



Künstlerin und Referentin bei der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2014

1. Vorsitzende des Vereins „Hilfe für Aleppo e.V.“

in Aleppo, Syrien geboren. In jungen Jahren kam sie mit ihren Eltern und Geschwistern nach Deutschland, studierte dort Sozialpädagogik und arbeitet heute als Tänzerin.

Vor dem Krieg leitete sie Reisegruppen durch Syrien.

Zusammen mit der jüdischen Sängerin Nirit Sommerfeld entwickelte Mouna Sabbagh das Tanz-Musiktheater „Salam-Shalom“. Dieses künstlerische Programm für Frieden zwischen Juden und Araber wurde über viele Jahre in Deutschland und im europäischen Ausland aufgeführt.

Im Juli 2012 begannen die bewaffneten Auseinandersetzungen in Aleppo. Aleppo ist die zweitgrößte Stadt Syriens und wird heftig umkämpft. Im ständigen Kontakt mit den dort lebenden Menschen erhält Mouna Sabbagh Informationen zur humanitären Situation, wie der Sicherheitslage, der Versorgung mit Lebensmitteln, Strom, Wasser, Medikamenten und ärztlichen Behandlungen sowie der Wohnraum- und Bildungssituation. Seit Ausbruch der Kämpfe herrscht in Aleppo eine humanitäre Katastrophe.

Zunächst sammelte Mouna Sabbagh in privater Initiative in Deutschland Spenden, um den notleidenden Menschen in Aleppo zu helfen. Im Frühjahr 2013 wurde darauf aufbauend der Verein „Hilfe für Aleppo“ gegründet. Der Verein hilft innerstädtischen Flüchtlingen und bedürftigen Familien durch die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten und unterstützt den Bau von Brunnen.

Kontakt:

Hilfe für Aleppo e.V.

Linzer Straße 9, 94032 Passau

Tel: 0049(0)851-7560911

Email: info@hilfe-fuer-aleppo.de

hilfe-fuer-aleppo.de

Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck



* 1939 in Bremen

deutscher UN-Diplomat,

Autor politischer Sachbücher

Hochschullehrer

Von 1968 bis 2000 war er an verschiedenen Einsatzorten für die Vereinten Nationen tätig, zuletzt in Bagdad (Irak).

Er ist Sohn des von den Nationalsozialisten in der Folge des 20. Juli ermordeten Generalleutnants Hans von Sponeck.

Mitglied des Ehrenkurats der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Kontakt:

von_sponeck@yahoo.com

Dr. Aminata Traoré



Geboren 1947 in Bamako, Mali

Aminata Traoré ist eine sozio-kulturelle Aktivistin, die die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Kultur betont. Mit einer Promotion in Sozialpsychologie und Psychopathologie, war sie Gründungsmitglied der African Women for Research and Development (afrikanischen Frauen für Forschung und Entwicklung) und Beraterin für viele Entwicklungseinrichtungen. Sie gründete ein kulturelles Schulungszentrum in Mali, fördert Aktivitäten im Textil- und Design-Bereich und war Ministerin für Tourismus und Kultur in Mali.

Sie arbeitet am liebsten direkt in den benachteiligten, städtischen Gebieten und setzt sich ein für Unabhängigkeit, den Einsatz der lokal vorhandenen Fähigkeiten der Menschen und einheimischer Rohstoffe und mobilisiert Gemeinden, Infrastruktur, Netzwerke, um Unternehmen aufzubauen.

Sie kritisiert die neoliberale Ökonomie, schlechte Regierungsführung und die Abhängigkeit von Spenden. Aminata Traoré ist Gründerin und Koordinatorin des Forum pour l'autre Mali (Forums für ein anderes Mali) und ist im International Network for Cultural Diversity mit tätig. Sie nimmt aktiv an internationalen Debatten über eine andere Globalisierung teil, die auf kultureller und politischer Kreativität basiert.

Sie hat bisher über 50 Artikel und Bücher publiziert. Und es ist bemerkenswert, wie ihre Ideen in der Praxis auf lokaler und globaler Ebene umgesetzt werden. Eine Anerkennung dafür ist der Prince Claus Award, der Aminata Traoré's mutige und visionäre Führungsstärke würdigt, wenn sie Gemeinden ermutigt, Lösungen für ihre Probleme in sich selbst und ihrer Kultur zu finden.

Kontakt:

über DFG-VK Bayern

Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Tel.: 089 89 62 34 46, fax: 089 834 15 18

E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Günter Wippel



Günter Wippel ist studierter Volkswirt.

Seit 30 Jahren ist er beim „Uranium-Netzwerk“ engagiert und dort Vertretungsberechtigter.

Angesichts der weitreichenden Konsequenzen der Exploration von Uran und des Bergbaus für Mensch und Natur vernetzt uranium-network weltweit verschiedene Organisationen, die sich gegen Uranbergbau einsetzen.

uranium-network ist ein gemeinnütziges Projekt von MENSCHENRECHTE 3000 e.V.

Kontakt:

AG uranium-network MENSCHENRECHTE 3000 e.V.

Postfach 5102

79018 Freiburg

Deutschland

Tel.: 0761 - 44 36 56

mail@uranium-network.org

www.uranium-network.org

oder WISE Uranium Project (Peter Diehl)

www.wise-uranium.org

Spendenkonto:

Menschenrechte 3000 e.V.

Volksbank Freiburg BLZ 680 900 00,

Konto-Nr. 21 33 57 03

Verwendungszweck:

„Widerstand gegen Uranbergbau“



Brigitte Wolf



Stadträtin in München seit 2002

Geb. 1962 in Augsburg. Dipl.-Informatikerin,

1981-1987 Studium an der TU München. Seitdem Teilzeitbeschäftigung in der Softwareentwicklung.

Engagiert in der Fachschaft Informatik und in außerparlamentarischen Bewegungen: Friedensbewegung, Anti-Atom-Bewegung, Kurdistan-Solidarität.

1995 Eintritt in die PDS,

seit 2007 Mitglied der LINKEN. Sprecherin der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung.

Mitglied von ver.di, Betriebsratsvorsitzende.

Mitherausgeberin der „Politischen Berichte“. Mitarbeit in der Redaktion der „Münchner Lokalberichte“; Vorsitzende des Forum Linke Kommunalpolitik München e.V..

Schwerpunkte seit 2002 im Stadtrat:

- Demokratisierung und Dezentralisierung der Gesellschaft auf kommunaler Ebene
- Ausgrenzung durch soziale oder rechtliche Benachteiligung bekämpfen
- Widerstand und Kritik aus der Gesellschaft aufgreifen
- Stadt- und Regionalplanung sozial gestalten

Mitarbeit in den Ausschüssen: Planungs-, Gesundheits-, IT- sowie Verwaltungs- und Personalausschuss

Kontakt:

DIE LINKE. im Stadtrat München

Rathaus, Marienplatz 8, Zi. 176

80331 München

Tel. 089 233-25235

Fax. 089 233-28108

Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Spenden:

Sparkasse Minden-Lübbecke
IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72
BIC: WE LA DE D1 MIN

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Wir wollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“



Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden:

Netzwerk Friedenssteuer e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzserklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de

Spenden:

H-M-V-Bildungswerk e.V., GLS- Bank,
Stichw. „Friedenskonferenz“
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 ;
BIC: GENODEM1GLS



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de

Spenden: Kto 603 131 40 10,
Pax Bank BLZ: 370 601 93
IBAN: DE 34 370 601 93 603 131 40 10



Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

Kontakt:

Pienzenauerstr.50
81679 München
Telefon + 49(0)89 / 66 09 01 38
Telefax + 49(0)89 / 60 66 68 72 (nach tel. Ankündigung)
E-Mail: mskveraendern@web.de
Internet: www.mskveraendern.de



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss

Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Schützenstrasse 6a
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86 Fax: 030 - 31 99 66 89
www.natwiss.de
E-Mail: geschaeftsfuehrung@natwiss.de

Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 393 408 504
IBAN: DE24 3701 0050 0393 4085 04
BIC: PBNKDEFF

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Telefon: 0049 / 89 / 88952871
E-mail: gudrun_haas@t-online.de
Postanschrift: Postfach 50 04 71, 80974 München

Unser Spendenkonto:

Raiffeisenbank München Nord Konto-Nr. 436054 BLZ 701 694 65
IBAN: DE62 7016 9465 0000 4360 54
BIC: GENODEF1M08

